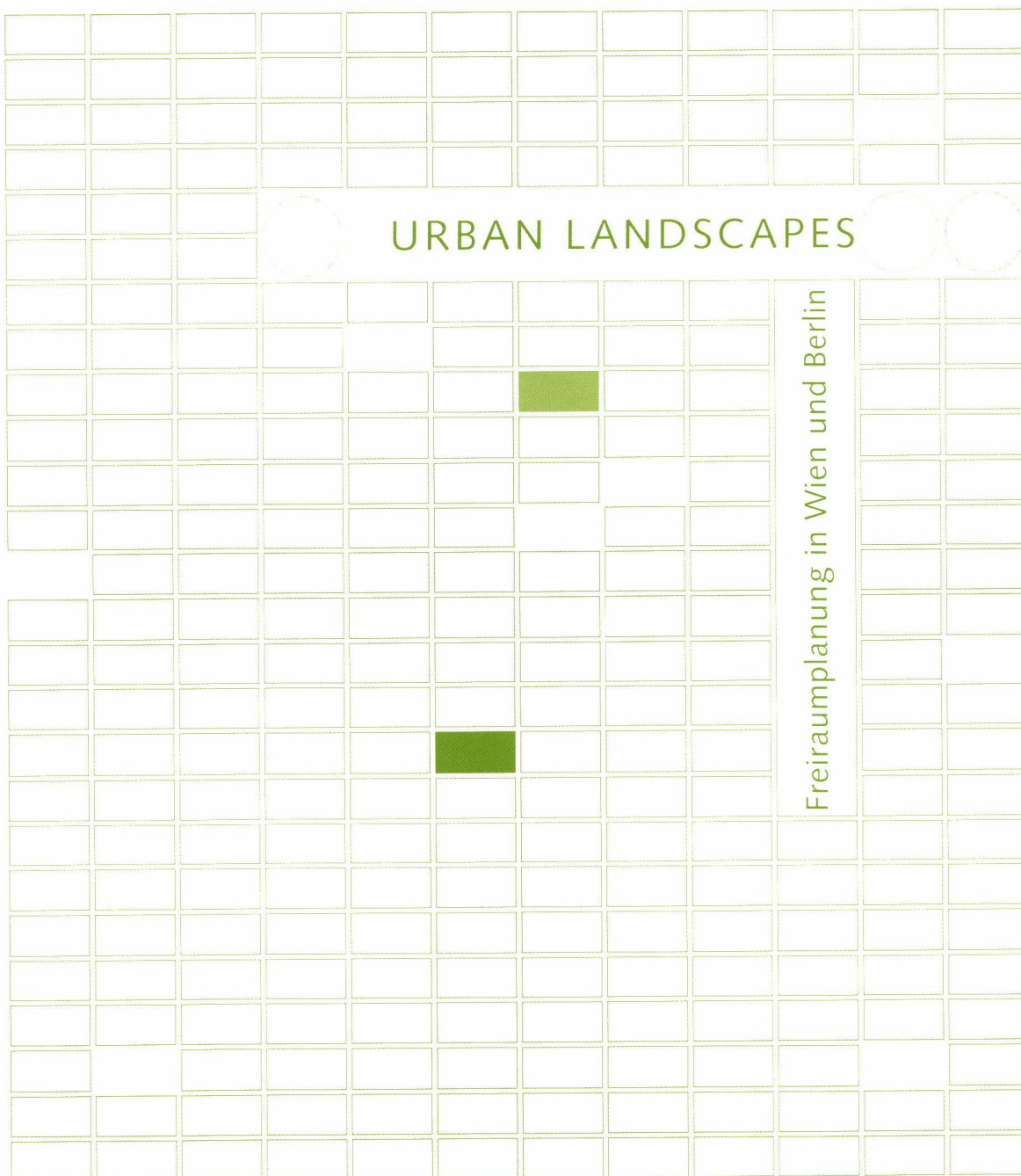


WERKSTÄTTBERICHT



URBAN LANDSCAPES

Freiraumplanung in Wien und Berlin

Beiträge zur gleichnamigen Tagung an der
Technischen Universität Wien, im Auftrag der
Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18

Impressum:

Eigentümer und Herausgeber:

Stadtentwicklung Wien,
Magistratsabteilung 18

Inhalt und Konzeption:

Institut für Landschaftsplanung und
Gartenkunst, Technische Universität
Wien, Norbert Trof, Gisa Ruland,
Richard Stiles

Lektorat und Layout:

Arno Kapelari

Technische Koordination:

Willibald Böck,
Magistratsabteilung 18

Covergestaltung:

Atelier Unterkirchner, Jankoschek

Vervielfältigung / Druck:

MA 21B, Astoria-Druck

© Wien 2001

ISBN 3-902015-36-5

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	1
Der Grüngürtelplan in Wien	3
Freiraum im Wettbewerb	7
Freiraumplanung durch Gebietsbetreuung	19
Bezirksfusion und leere Kassen	23
Raum, Tradition, Reduktion	33
Objektplanung in Berlin	43
Gut und billig: Neues Grün für Wien.....	51
Diskussion.....	59
Teilnehmerverzeichnis.....	71

Einleitung

Richard Stiles

Schon seit mehr als eineinhalb Jahrhunderten scheinen sich alle, die am Prozess der Stadtplanung und -entwicklung beteiligt sind, darüber einig zu sein, dass der Freiraumqualität einer Stadt eine große Bedeutung zugemessen werden sollte. Seit den Anfängen der industriellen Revolution sind sowohl Politiker und Planer als auch die Bevölkerung, die direkt davon profitiert, eindeutig für grüne Städte. Es geht heute anscheinend nur noch um die teuflischen Details ...

Im Laufe der letzten Jahrzehnte sind wir jedoch nicht immer der gleichen Meinung darüber gewesen, *warum* der früher als „Stadtgrün“ bezeichnete städtische Freiraum eigentlich von so großer Bedeutung sei. Diese Verschiebung in den Interpretationen seiner Bedeutung kann als Ausdruck der gesellschaftlichen Interessen des jeweiligen Zeitalters interpretiert werden. Sei es bei Parkanlagen – als Gegenmittel zu den Auswirkungen von schlechter Luft auf die Gesundheit der Fabrikarbeiter im 19. Jahrhundert – oder beim Drang, im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts städtische Freiflächen für Sport, Spiel und Bewegung zu schaffen: Die Argumentationslinien für den städtischen Freiraum haben sich immer wieder verändert. In der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts traten ökologische Argumente stark in den Vordergrund: Städtische Freiräume – auch die ungestalteten

Restflächen – seien zu schützen und zu gestalten, da sie wichtige Rückzugsgebiete für Pflanzen und Tiere auf der Flucht vor einer industrialisierten Landwirtschaft darstellten. Heute kommen wieder stärker stadtgestalterische Argumente zur Anwendung, unter anderem weil Städte mit attraktiven Freiräumen wirtschaftliche Vorteile für sich erkämpfen können, zum Beispiel durch die Anziehung von internationalen Investoren oder auf Grund eines gesteigerten Städtetourismus, und somit als besser eingeschätzt werden als Städte mit wenigen Grünflächen, die allgemein als eher unattraktiv gelten.

Städtische Freiräume (beziehungsweise die ganzheitliche Freiraumqualität einer Stadt) sind demnach in letzter Zeit an die Front eines starken Städte Wettbewerbs herangerückt. Auch wenn es nur um ein „Freundschaftsspiel“ geht wie zwischen Wien und Berlin zum Beispiel, ist die Suche nach „best practice“ in Sachen Freiraumqualität ein Thema, das immer mehr an Bedeutung gewinnt. Woher kommt nun aber die Freiraumqualität einer Stadt, und ist es überhaupt sinnvoll zu glauben, dass unterschiedliche Städte sehr viel voneinander lernen können? Die heutige Freiraumqualität einer Stadt kann auf drei unterschiedlichen Quellen zurückgeführt werden: erstens die naturräumlichen Vorgaben, die als Ausgangspunkt für jede Stadt

anders sind, zweitens die aus der Geschichte ererbten Freiraumstrukturen und einzelnen Freiräume und drittens die heutigen Mechanismen und Strukturen für den Schutz und die Weiterentwicklung dieses historischen Erbes und der damit verbundene politische Wille, diesen Prozess zu unterstützen.

Das Ziel der Tagung „Urban Landscapes – Freiraumplanung in Wien und Berlin“, die im Jänner 2001 vom Institut für Landschaftsplanung und Gartenkunst der Technischen Universität Wien veranstaltet wurde und die mit dieser Veröffentlichung dokumentiert wird, war es, durch eine aktuelle Bestandsaufnahme vor allem die als dritten Punkt genannten Quellen der Freiraumqualität zu hinterleuchten. Bevor wir dazu kommen, sollten hier ein paar Worte zu den ersten zwei Quellen gesagt werden, damit die Vergleiche der gegenwärtigen Planungspraxis, wie sie aus den folgenden Tagungsbeiträgen hervorgehen, in einen breiteren Zusammenhang gestellt werden können.

Was die naturräumliche Ausgangssituation angeht, kann argumentiert werden, dass Wien mit der umgebenden sanften Hügellandschaft des Wienerwaldes und dem durch den Donaustrom gebildeten, breiten Flusskorridor einen klaren Vorteil besitzt. Im Vergleich dazu bietet die karge, san-

dige, moränenartige Topographie der Mark Brandenburg keine klaren landschaftlichen Strukturen als vorgegebenes Gerüst für eine dauerhafte Freiraumstruktur, wenngleich die Flusstäler und Seen von Havel und Spree durchaus eine eigene Attraktivität besitzen.

Als Residenzstädte bekamen beide Metropolen großzügige herrschaftliche Parks, die heute eine sehr wichtige Freiraumressource bilden, aber erst im 19. Jahrhundert fing die wirkliche stadt- und freiraumplanerische Arbeit an. In Berlin war am Anfang des 19. Jahrhunderts der Landschaftsgärtner Peter Josef Lenné in die Entwicklung der Stadterweiterung maßgeblich involviert. In Wien war die Schleifung der Befestigungsmauern für den Bau der Ringstraße eigentlich ein bedeutender Verlust eines wichtigen Freiraumelements der Stadtstruktur, das durch einige kleine Parks nur zum Teil ersetzt wurde.

Beide Städte haben wichtige freiraumplanerische Leistungen im frühen 20. Jahrhundert erbracht, die weit über ihre Grenzen hinaus bewundert und nachgeahmt worden sind. In Wien war die Schaffung des Wald- und Wiesengürtels vor dem ersten Weltkrieg ein gelungener Versuch, die wichtigen Erholungsreserven des Wienerwaldes zu erhalten; sie blieb bis heute ein anerkannter Beitrag zur Geschichte der Freiraumplanung. In Berlin fand

die große Entwicklung in der Freiraumplanung in den Zwanzigerjahren mit dem Aufbau eines radialen, sternförmigen Freiraumsystems und der Sicherung von großzügigen Erholungsflächen im Großraum Berlin statt.

Nach dem zweiten Weltkrieg hatte die unterschiedliche geopolitische Lage der beiden Großstädte an der Grenze zum Eisernen Vorhang jeweils andere Auswirkungen auf die Freiraumsituationen. In (West-)Berlin gewannen durch den vollständigen Verlust des Umlandes als Erholungsfläche die Freiräume innerhalb der nun eingemauerten Stadt eine unvorhersehbar große Bedeutung nicht nur als Freizeitgebiete für die Wohnbevölkerung, sondern sogar als Experimentierfläche für Ökologen. In Wien, im Vergleich dazu, bekam der städtische Freiraum nicht so einen wichtigen Stellenwert durch die Geschichte verliehen. Zwar sind im Außenbereich große neue Parks geschaffen worden, aber die vielleicht wichtigste Freiraumentwicklung, der Bau der Donauinsel, war eigentlich nur ein zufälliges Nebenprodukt eines groß angelegten Hochwasserschutzprojektes.

Mit dem Fall des eisernen Vorhangs 1989 bekamen beide Städte einen sehr wichtigen Entwicklungsschub und damit einerseits neue Chancen für die Entwicklung von neuen Parks, Plätzen und Grünflächen; andererseits ent-

standen auch große Gefahren für das Überleben vieler bestehender städtischer Freiräume. Wie mit dieser neuen Situation umgegangen wurde und wird, war das Hauptthema der Tagung „Urban Landscapes“ und ist somit auch das Hauptthema dieser Veröffentlichung.

Die Freiräume einer Stadt sind sehr vielfältig; es ist daher vielleicht nur den Freiraumplanern vorbehalten, all die höchst unterschiedlichen Flächen als Teile einer größeren Einheit wahrnehmen und verstehen zu können. Die Bevölkerung im Allgemeinen, die eigentlichen Hauptbenutzer der Freiraumressourcen einer Stadt, erleben diese Ressourcen meist in Form von einzelnen Parks. Auf Grund der differenzierten Wesen der städtischen Freiräume ist es natürlich wichtig, bei jedem Vergleich der Situation in verschiedenen Städten die unterschiedlichen Maßstabebenen – die Stadt als Ganzes, die einzelnen Stadtteile und die Projektebenen – separat zu betrachten. Diese drei Ebenen spiegeln sich in den hier veröffentlichten Beiträgen zur Freiraumplanung in Wien und Berlin wider, wobei es uns hauptsächlich darum gegangen ist, die oben genannte dritte Quelle der Freiraumqualität sowie die gegenwärtige Freiraumplanungskultur zu untersuchen, und das in allen ihren teuflischen Details.

Now read on ...

Der Grüngürtelplan in Wien

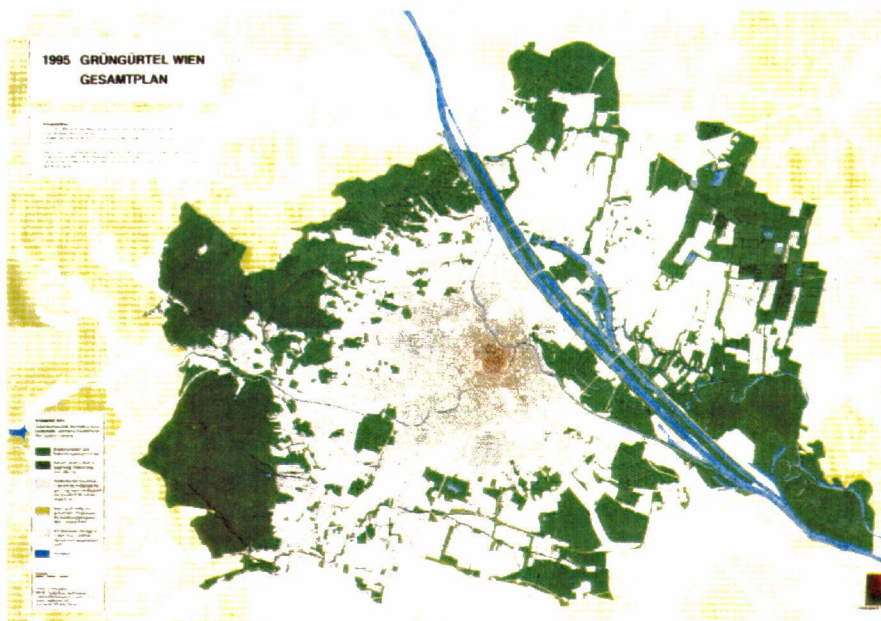
Vortrag von Karl Glotter

Dieser Beitrag entspricht im Wesentlichen dem Bericht für die Sitzung des Wiener Naturschutzbeirates vom 2. März 2000. Die angeführten Daten sind allerdings am Stand Ende 2000.

übergeordneten Grünsystems im Nordosten von Wien umgesetzt werden soll ... Darüber hinaus werden die zuständigen Stellen aufgefordert, im Hinblick auf die Siedlungsentwicklung im Süden von Wien analog zum

quente Verfolgung eines Bündels von Maßnahmen erfolgen konnte. Die wichtigsten Maßnahmen waren:

- eine nachhaltige Unterschutzstellung nach dem Naturschutzgesetz;
- eine nachhaltige Sicherung durch die Widmung;
- der Erwerb von Flächen, die von der Stadt Wien ebenso zügig zu erwerben sind wie die Wohnbauflächen oder gewerbliche Bauflächen;
- eine faktische „Tabuisierung“ dieser Flächen in Form der Ausgestaltung. (Erfahrungsgemäß werden Flächen nicht mehr der Besiedelung überlassen, wenn sie bewaldet, als Park gestaltet oder mit Wein bewachsen sind beziehungsweise mit Wasser „versehen“ werden.)



Der Wiener Grüngürtel 1995

Der Grüngürtelplan 1995

Am 15. April 1994 beschloss der Wiener Gemeinderat einstimmig, „... dass auf Basis des von der Magistratsabteilung 18 (Stadtentwicklung und Stadtplanung) vorgelegten Berichtes und Planes ‚Realisierung eines übergeordneten Landschafts- und Freiraumkonzeptes für den Nordosten von Wien‘ ... ein Maßnahmenpaket zur Sicherung des

Nordosten ebenfalls ein Programm zur Realisierung eines übergeordneten Landschafts- und Freiraumkonzeptes zu erstellen und dem Wiener Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Diese Teile der Stadt waren Schwerpunkte einer zu dieser Zeit maßgeblich forcierten Stadterweiterungspolitik. Es war daher davon auszugehen, dass die Sicherung der übergeordneten Grün- und Freiräume nur durch die konse-

Damit wurde 90 Jahre nach der beispielhaften Absicherung des Wienerwaldes ein Programm zur Sicherstellung eines gesamtstädtischen, übergeordneten Grünsystems mit nachhaltiger Wirkung eingeleitet. Über den gemeinderätlichen Auftrag hinausgehend wurde auch eine Darstellung der entsprechenden Landschafts- und Freiraumgebiete im Westen Wiens zusammengefasst, sodass nun tatsächlich für den gesamten nicht dicht bebauten Teil Wiens ein Landschafts- und Freiraumsystem vorgelegt werden konnte. Die dafür vorgesehenen Flächen wurden geschäftsgruppenübergreifend innerhalb des Magistrates abgestimmt und in folgenden Kategorien dargestellt:

- Flächen, die durch das Naturschutzgesetz gesichert sind.
- Flächen, die durch eine Schutzwidmung gesichert sind.
- Landschaftsgestalterische Vorrangflächen, die das Grundgerüst des übergeordneten Landschafts- und Freiraumsystems darstellen. Durch Widmung, landschaftsgestalterische bzw. pflegerische Maßnahmen und/oder Unterschutzstellung sind die Kernzonen des Grünraumes sicherzustellen. Der Ankauf eines Teiles der Flächen ist vordringlich anzustreben.
- Landwirtschaftlich bzw. gärtnerisch genutzte Flächen, die ebenfalls zum Grundgerüst des Freiraumkonzeptes gehören, deren Erwerb jedoch nicht unbedingt erforderlich ist. Nutzung, Pflegemaßnahmen sowie Ausgestaltung sind im Sinne der Landschaftsrahmenpläne Wien-Nordost, Wien-Süd und Wien-West oder der darauf aufbauenden Landschaftspläne zu gewährleisten.

Dieser Plan „Grüngürtel Wien“ wurde vom Wiener Gemeinderat am 29. November 1995 beschlossen. Gleichzeitig wurde der Auftrag erteilt, ein Maßnahmenprogramm zur Realisierung dieses übergeordneten Landschafts- und Freiraumkonzeptes zu erstellen. Die beiliegende Darstellung verdeutlicht die Gesamtheit aller Flächen dieses Landschafts- und Freiraumsystems. Die Unterteilung in Kategorien bedeutet lediglich eine qualitative Abstufung hinsichtlich Priorität und Ausgestaltung und erhöht somit die Lesbarkeit des Planes.

Dieser Beschluss des Gemeinderates ist jedenfalls in einer Linie mit dem zukunftsweisenden Beschluss des Gemeinderates vom 5. Mai 1905 zu sehen, einen „Wald- und Wiesengürtel“ für Wien zu schaffen. Hiermit wurde 1995 die politische Absicht dokumentiert, die jahrzehntelang formulierte städtebauliche Zielsetzung der „Schließung des Grüngürtels“ endlich zu

realisieren. Die dieser politischen Willenserklärung zu Grunde liegenden Pläne sowie die auftragsgemäß darauf aufbauenden Maßnahmenpläne stellen die Grundlagen dafür dar, ganze Landschaftseinheiten bzw. zumindest größere zusammenhängende Teilbereiche sicherzustellen und – wenn erforderlich – auch auszugestalten, um sie den Bewohnern und Besuchern der Stadt zur Verfügung zu stellen.

Die Gesamtgröße der Flächen dieses Freiraumsystems beträgt ca. 19.260 Hektar. Für den Westen Wiens konnte vom Grundsatz her im Großen und Ganzen auf die seit mehr als 90 Jahren unter Schutz gestellten Flächen zurückgegriffen werden. Im Detail sind das jene Flächen, die derzeit durch ihre Widmung eindeutig als Grün- und Freiflächen definiert und überwiegend unter Schutz gestellt, in einigen Bereichen sogar explizit durch das Naturschutzgesetz gesichert sind. Die Summe aller Flächen für den Westen beläuft sich auf etwa 4620 Hektar.

Auch im Süden Wiens ist ein Großteil der Flächen, die zum Grüngürtelprogramm 1995 zählen, bereits Bestandteil des „Wald- und Wiesengürtels“ von 1905 gewesen, wie z. B. Teile des Lainzer Tiergartens, des Wienerbergs und des Laaer Bergs, Schönbrunn und der Prater. Die Gesamtsumme der Flächen im Süden beträgt ca. 6970 Hektar, wovon rund 800 Hektar durch landwirtschaftliche bzw. gärtnerische Nutzung geprägt sind.

Den größten Anteil am Grüngürtelprogramm 1995 haben die Bezirke jenseits der Donau, also jene Teile der Stadt, die bisher noch nicht in den „Wald- und Wiesengürtel“ integriert waren. Ausgehend von den beiden Eckpunkten Bisamberg und Lobau sowie vom großen Erholungsgebiet der Donauinsel, gilt es, ein stabiles, zusammenhängendes System von Frei-

räumen („landschaftsgestalterische Vorrangflächen“) sicherzustellen, an welches Landschaftsteile, die mehrheitlich durch landwirtschaftliche Nutzung geprägt sind, angehängt sind. Das Gesamtausmaß dieser Flächen im Nordosten beträgt ca. 7670 Hektar, das so genannte „grüne Rückgrat“ erstreckt sich davon auf etwa 6160 Hektar.

Maßnahmenprogramm

Wie bereits erwähnt, wurde gleichzeitig mit dem politischen Beschluss des „Grüngürtels Wien 1995“ vom Gemeinderat ein Maßnahmenpaket zur Umsetzung der beschlossenen Zielvorstellung eingefordert. Diese Maßnahmen umfassen die folgenden Kategorien:

- Widmung;
- Ausgestaltung;
- Ankauf.

Die Magistratsabteilung 18 hat bereits im März 1995 für die Bezirke 21 und 22 den jeweils ersten Teil eines solchen Maßnahmenkonzeptes erstellt. Analog dazu erfolgte die Ausarbeitung des Maßnahmenkonzeptes für die Bezirke 10, 11 und 23 im Oktober 1996. Diese Konzepte wurden in Abstimmung mit den Dienststellen der MA 21 sowie den jeweils aus rechtlicher und fachlicher Sicht betroffenen Dienststellen MA 22, MA 42, MA 45, MA 49 und MA 51 erstellt und diesen sowie der MA 69 zu ihrer Verwendung übermittelt. Auf Grund des eher schleppenden Fortschrittes bei der Realisierung der gesteckten Ziele wurde im Rahmen einer Regierungsklausur im Mai 1998 beschlossen, aus diesen vorliegenden ersten Maßnahmenkonzepten besonders vordringliche Flächen zur kurzfristigen Realisierung vorzuschlagen. Daraus entstand im Oktober 1998 ein Paket mit acht Flächen höchster Priorität und acht weiteren Flächen.

Entwicklung der Flächenwidmung

	95	96	97	98	99	00
Sww (SwwL)	11.017 ha.	11.343 ha.	11.377 ha.	11.515 ha.	11.528 ha.	11.531 ha.
L	4.533 ha.	4.187 ha.	4.129 ha.	4.093 ha.	4.040 ha.	4.031 ha.
E, Epk, Esp, Spk	3.239 ha.	3.256 ha.	3.259 ha.	3.286 ha.	3.302 ha.	3.305 ha.

Die Umsetzung

Die Magistratsabteilung 18 hat sich zum Ziel gesetzt, in regelmäßigen Abständen einen Erfolgsbericht über die schrittweise Realisierung des Grüngürtels von Wien zu verfassen. Aus diesem Anlass wurden im Sommer vorigen Jahres die betroffenen Dienststellen gebeten, ihre seit dem Gemeinderatsbeschluss vom 29. November 1995 getätigten Umsetzungsmaßnahmen bekannt zu geben. Im Herbst 2000, also fünf Jahre nach der Beschlussfassung „Grüngürtel Wien 1995“, sollte das erste Resümee gezogen werden. Der vorliegende Bericht für den Naturschutzbeirat war als Vorstufe dazu zu verstehen.

Entsprechend den im Maßnahmenprogramm aufgestellten Kategorien Widmung, Ausgestaltung und Ankauf, werden im Folgenden die durchgeführten Maßnahmen aufgelistet.

Widmungsmäßige Vorkehrungen

Seit dem November 1995 wurden insgesamt ca. 400 Plandokumente, in denen Flächen oder Flächenanteile die Bestandteil des Grün- und Freiflächenprogrammes sind, beschlossen.

Anhand der planlichen Darstellung ist zu erkennen, dass in keinem der relevanten Plandokumente die Realisierung des Grüngürtels der Anlassfall für eine Überarbeitung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes war, sondern dass die den Grüngürtel betreffenden Flächen bei den jeweiligen Plandokumenten „mitgenommen“ wurden. Sie wurden aber auch nie zum Anlass für eine Erweiterung des Plangebietes genommen. Wie im Bericht eingangs dargestellt wurde, sind es vor allem Schutzgebietwidmungen, die für die Sicherstellung des Grün- und Freiraumes von Relevanz sind. Daher soll vor allem die Entwicklung der Widmungen „Sww“ (Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel, ab 1998 auch SwwL) herausgehoben werden. Die beiden Widmungskategorien haben im Beobachtungszeitraum einen Zuwachs von ca. 500 Hektar aufzuweisen. Dieser Zuwachs hält sich allerdings mit dem Verlust an L-Widmungen in der Höhe von ca. 500 Hektar etwa die Waage. Die in der Liste ebenfalls angeführten Widmungen E (Erholungsgebiet) und Spk (Schutzgebiet Parkanlage) mit einem Zuwachs von ca. 70 Hektar betreffen fast ausschließlich die im Rahmen der Stadterweiterung erforderlich gewordenen „wohngebietsbezogenen Freiflächen“.

Ausgestaltung von Freiflächen

Hinsichtlich der Ausgestaltung von Freiflächen im Sinne des Grüngürtelbeschlusses ist vor allem auf die Leistungen der MA 49 (Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien) zu verweisen. Sportbauprojekte im Bereich des Grüngürtels Wiens wurden laut Angabe der MA 51 (Sportamt) weder geplant noch realisiert. Aus Gründen der Information sollen hier schließlich noch die Ausgestaltungsmaßnahmen seitens der MA 42 (Stadtgartenamt) angeführt werden, die sich jedoch durchwegs auf Epk-gewidmete (Erholungsgebiet, Parkanlagen) Flächen in Stadterweiterungsgebieten beschränken und somit für den Grüngürtel nicht relevant sind. Diese Maßnahmen betrafen insgesamt fünf Anlagen mit einer Gesamtgröße von ca. 3,3 Hektar.

Ankauf von Flächen

Aus dem Titel der Sicherung des Grüngürtels von Wien wurden bisher insgesamt Tauschaktionen (Einlösung, Tausch oder Ankauf) in der Größenordnung von nicht ganz 50 Hektar getätigt.

Freiraum im Wettbewerb

Vortrag von Almut Jirku

Der Freiraum steht in vielerlei Hinsicht im Wettbewerb. In Zeiten knapper Kassen konkurriert er mit anderen öffentlichen Aufgaben um die Zuteilung von Finanzmitteln, er wetteifert mit vielen anderen Themen um öffentliche Aufmerksamkeit, andere Flächennutzungen erheben Anspruch auf die vorhandenen Freiflächen. Und sofern er, was leider nicht oft genug der Fall ist, in allen drei Punkten als Sieger aus dem Wettstreit hervorgeht, finden weitere Wettbewerbe um seine Gestaltung statt.

In der seit 1999 in dieser Form existierenden Senatsverwaltung für Stadtentwicklung – vorher aufgeteilt in zwei verschiedene Senatsverwaltungen – ist eine Reihe von Abteilungen und Referaten für den Freiraum zuständig. An den Plänen und Programmen, die ich im Folgenden vorstellen werde, arbeiten also viele Kolleginnen und Kollegen. Unter der Ebene der Hauptverwaltung gibt es seit dem 1. 1. 2001 zwölf Bezirke (früher 23). In jedem Bezirk sind leider die Zuständigkeiten für Landschafts- und Freiraumplanung

anders geregelt, was die bezirksübergreifende Kommunikation mitunter erschwert.

Ein kurzer Rückblick auf die Geschichte

Wichtig für das Verständnis der heutigen Freiraumentwicklung in Berlin ist vor allem die Kenntnis der Flächenankaufspolitik, welche die Stadt Berlin Ende des 19. Jahrhunderts begonnen und bis in die Zwanzigerjahre des 20. Jahrhunderts fortgesetzt hat.

Regionalparks Berlin



Zur Freiflächensicherung für die Erholung und zur Abwasserverrieselung wurden außerhalb der damaligen Stadtgrenzen Wälder und Stadtgüter aufgekauft. Die Wälder, insbesondere der Grunewald, die Wälder rund um den Müggelsee und der Tegeler Forst, wurden zu Dauerwäldern erklärt und so bis heute erfolgreich gesichert.

1920 erfolgte dann die Gründung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin. Unter Martin Wagner wurde das Freiflächensicherungsprogramm nachdrücklich vorangetrieben und ein Freiflächenschema für Berlin entwickelt, welches Grünkeile von außen in die Innenstadt vorsah. Gleichzeitig wurde der radiale S-Bahn-Ausbau in das Umland weiter betrieben. Im März 1933 besaß Berlin, auch außerhalb der Stadt, ein gut ausgebautes S-Bahn-Netz, 25.000 Hektar Forstflächen und 27.000 Hektar Stadtgüter, womit ein guter Grundstock für die heutige Regionalentwicklung gelegt wurde.

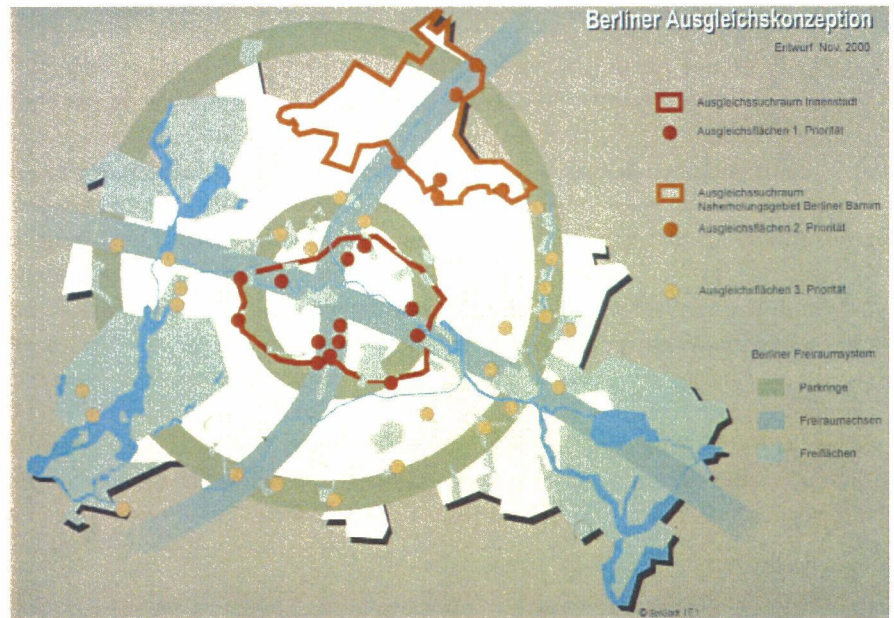
Sternmodell und Regionalparkkonzept

Die Arbeitsgruppe Potsdam des provisorischen Regionalausschusses, die gleich nach der Wende gegründet wurde, hat mit dem so genannten Sternmodell an das Zwanzigerjahresschema angeknüpft. Entlang der S-Bahn-Radialen wurden Siedlungsachsen vorgesehen, mit Grünräumen dazwischen. Korrespondierend zu den damaligen, sehr euphorischen Wachstumsvorstellungen, die dann doch nicht im erwarteten Umfang eingetreten sind, war der Mantel entsprechend weit geschnitten.

Die länderübergreifende Zusammenarbeit wurde anschließend in offizieller Form fortgesetzt, bis hin zur Gründung der Gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg (GL), die im Vorgriff auf die erhoffte Länderfusion am 1. Januar 1996 gegründet

und auch nach dem Scheitern der Volksabstimmung im Mai 1996 beibehalten wurde, um trotz des nun weiter bestehenden Wettbewerbs um Investitionen ein Höchstmaß an Abstimmung und Kooperation zu sichern. Auch wenn es unvermeidbar ist, dass auf Grund des Nachholbedarfs auf vielen Ebenen ein gewisser Suburbanisierungsprozess eintreten muss, so ist gleichzeitig das Bewusstsein für die

Sie sind länderübergreifend, wobei der größere Teil stets in Brandenburg liegt. Auf der Zeichnung (vgl. Abb. Regionalparks) wird der unterschiedliche Charakter der einzelnen Parks deutlich: Einerseits Wald- und Seengebiete, deren Reiz sofort sichtbar wird, aber auch offene Agrarlandschaften, für die zu werben ist und die mehr landschaftlichen Entwicklungsbedarf haben.



Berliner Ausgleichskonzeption

einmalige Situation rund um Berlin, auf Grund der besonderen historischen Bedingungen, durchaus hoch. Die unmittelbare Nachbarschaft von Großstadt und attraktiven, schützenswerten Freiräumen ist ein einmaliges Potenzial, ein Standortvorteil der Region. Deswegen wurde 1996 das Konzept der Regionalparks entwickelt mit dem Ziel, aus den „Achsenzwischenräumen“ Räume mit eigenständiger Identität und eigenem Profil zu machen, sie so inhaltlich zu füllen und damit besser zu sichern.

Regionalparks sind keine gesetzlich vorgesehene Kategorie wie Natur- oder Nationalparks, sondern ein Angebot der Landesplanung an die Kommunen und die Akteure vor Ort.

- Ziele des Regionalparkkonzeptes:
- Förderung der länderübergreifenden Kooperation;
 - Erhalt und Gestaltung der Kulturlandschaft mit dem Ziel der Freiraumsicherung;
 - Qualifizierung der Landschaft für die Naherholung;
 - Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur;
 - Förderung der regionalen Identität;
 - Stärkung der vorhandenen Potenziale für eine dauerhaft sich selbst tragende Entwicklung.

Es handelt sich also nicht nur um landschaftsplanerische, sondern auch um regionalökonomische Ziele, wobei die Gewichtungen in den einzelnen Parks unterschiedlich sind.

Das Landschaftsprogramm

1994 wurde das Landschaftsprogramm (Lapro) zusammen mit dem Flächennutzungsplan (FNP) vom Abgeordnetenhaus für Gesamtberlin verabschiedet. Es legt für alle Flächennutzungen in vier Themenkarten die Ziele fest in Bezug auf:

- Naturhaushalt, Umweltschutz;
- Biotop- und Artenschutz;
- Erholung und Freiraumnutzung;
- Landschaftsbild.

Die Darstellungen sind entsprechend der gesamtstädtischen Ebene relativ abstrakt und werden in erläuternden, ergänzenden und vertiefenden Modellen, Plänen und Konzepten konkretisiert.

Ein System von Grünringen und -achsen aus bestehenden und geplanten Parks und Grünzügen dient dem Abbau von Freiraumdefiziten und der Vernetzung von Wegen, aber auch von Biotopen, und der Freihaltung von Frischluftschneisen. Im inneren Parkring sind der Mauerpark und das Schöneberger Südgelände bereits gebaut, Blankensteinpark und Gleisdreieck sind finanziell gesichert und folgen in den nächsten Jahren. Im äußeren Parkring befindet sich der Naturpark Johannisthal-Adlershof sowie Parks im Wuhletal im Bau. Auch entlang der Havel, der Spree und der Panke sind kleinere und größere Uferabschnitte oder Parkanlagen bereits fertig gestellt oder im Bau.

Im Nordosten der Stadt, auf dem Berliner Barnim, soll das vierte Berliner Naherholungsgebiet auf ehemaligen Rieselfeldern, die dem Land Berlin gehören, entstehen. Einzugsgebiet sind vor allem die Großsiedlungen Hohenschönhausen, Marzahn und Hellersdorf, aber auch die neue Siedlung Karow mit zusammen über 300.000 Einwohnern. Im Gegensatz zu den drei anderen Naherholungsgebieten,



Mauerpark 1995

die von Wald und Wasser geprägt sind, bestimmen hier ausgeräumte Agrarlandschaften das Bild.

Die Herausforderung bei der Gestaltung dieser Areale besteht darin, unter Beibehaltung einer existenzfähigen Landwirtschaft an der Peripherie attraktive Freizeitangebote zu machen, die ohne Beschwörung falscher Idyllen auskommen, sondern vielmehr die vorhandenen Qualitäten identifizieren und sie behutsam ergänzen. In drei Wettbewerben wurden für erhebliche Teile des 1400 Hektar großen Areals Gestaltkonzepte gefunden, der Bereich „Neue Wiesen“ ist bereits weitgehend fertig.

Areal Neue Wiesen, Berlin



Da über die normale Investitionsplanung des Landes Berlin kaum noch Mittel bereitstehen, müssen andere Wege für die Umsetzung der Programme gefunden werden. Neben städtebaulichen Verträgen (Neue Wiesen, Wuhletal), Integration in städtebauliche Entwicklungsgebiete (Blankensteinpark Eldenaerstraße, Hauptstadtentwicklungsgebiete, Wasserstädte), Sponsoren (Mauerpark, Südgelände und Lustgarten), Fördermitteln der EU für landwirtschaftliche Bereiche (Neue Wiesen, Wartenberger Feldmark, Gut Falkenberg) sind vor allem Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (A+E) ein wichtiges Instrument zur Umsetzung grüner Konzepte. Das

Bundesnaturschutzgesetz sieht vor, dass jeder Eingriff in Natur und Landschaft – sei es durch Bebauung, Verkehrsstraßen, Abgrabung oder Ähnliches, ausgeglichen bzw. ersetzt werden muss. Sofern es vor Ort nicht möglich ist, kann die Maßnahme auch an anderer Stelle geschehen. Wenn sich keine sinnvolle Einzelmaßnahme abzeichnet, kann eine Bündelung erfolgen.

Damit dieses Instrument planvoll eingesetzt werden kann, wurde von der Gruppe Landschaftsplanung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung als Ergänzung des Landschaftsprogramms die Berliner Ausgleichskonzeption erarbeitet, die zur Zeit förmlich abgestimmt wird. Darin werden die räumliche Prioritäten für den Einsatz von A+E-Maßnahmen festgelegt.

In der Innenstadt sind zudem die BFF-Landschaftspläne (Biotopflächenfaktor), ein wichtiges Instrument zur Umsetzung des Lapros. Sie bewirken, dass bei baulichen Veränderungen im Bestand parallel Maßnahmen zur Entsiegelung und Begrünung der verbleibenden Freiflächen von den Eigentümern durchgeführt werden müssen. Die fachlichen Grundlagen sowie die grundsätzlichen juristischen Aspekte

wurden von der Hauptverwaltung erarbeitet, auf ihnen aufbauend können die Bezirke nun eigenständig die entsprechenden Landschaftspläne aufstellen.

Für den Bereich der Innenstadtpree, deren durchgängige Erschließung mit Uferpromenaden und -wegen ebenfalls ein wichtiges landschaftsplanerisches Ziel darstellt, wird in der Hauptverwaltung an einem Regelwerk gearbeitet, mit dem sichergestellt werden soll, dass zusammengehörige Abschnitte einheitlich gestaltet werden, über Bezirks- und Eigentumsgrenzen hinweg. Da Uferabschnitte außerhalb von Entwicklungsgebieten oft grundstückswise und in zeitlichen Abständen erschlossen werden und eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure dabei tätig wird, soll so gewährleistet werden, dass die Zusammenhänge nicht verloren gehen.

Naturschutz

Auch in der Großstadt Berlin gibt es eine Reihe von Flächen, die so wertvoll für Natur und Landschaft sind, dass ihre Unterschutzstellung als Natur- oder Landschaftsschutzgebiet gerechtfertigt ist. Die Umsetzung der EU-Richtlinie bezüglich der Flora-Fauna-Habitate (FFH) ist zur Zeit ein wichti-



Areal Neue Wiesen, Berlin

ges Arbeitsfeld. Wenn auch die Mittel für den Natur- und Artenschutz weniger geworden sind – entsprechend der abnehmenden politischen Wertschätzung für diesen Aufgabenbereich – so sind doch seit der Wende viele Schutzgebiete gesichert worden.

Besonders ist die Festsetzung des Naturparks Barnim, eines länderübergreifenden Areals im Kranz der Regionalparke, hervorzuheben. Dazu musste eigens das Berliner Naturschutzgesetz geändert werden, weil die Kategorie Naturpark darin vor der Wende verständlicherweise nicht vorkam. Eine Naturparkverwaltung, die mit einem eigenen Haushalt ausgestattet ist, ist nun mit der Entwicklung des Naturparks beauftragt.

Ebenso wurde im Bereich des Artenschutzes etliches geleistet, beispielhaft sei hier der Schutz der Fledermäuse und der Gebäudebrüter genannt, zweier Gruppen, die sich zum Teil gar nicht schlecht mit der Großstadt arrangiert haben. Auch die Öffentlichkeitsarbeit spielt eine wichtige Rolle; z. B. findet regelmäßig eine Fledermausnacht in der Zitadelle Spandau statt, die sehr populär ist.

Stadtkante Hohenschönhausen

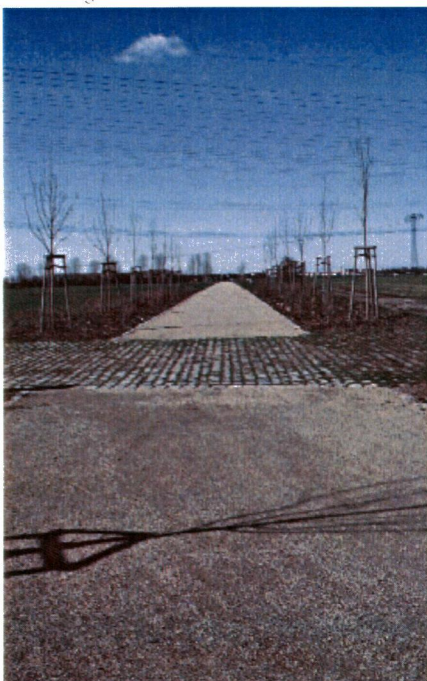


Wohnumfeldverbesserung in den Großsiedlungen

Während das Geld für die öffentlichen Räume stets knapp war, standen für die Wohnumfeldverbesserung in den Großsiedlungen des Ostteils Berlins dank umfangreicher Förderprogramme des Bundes Finanzmittel in dreistelliger Millionenhöhe zur Verfügung. Allein in Marzahn standen zwischen 1991 und 1998 96 Mio. DM bereit. Sie durften jedoch nur für private Flächen, überwiegend im Besitz verschiedener Wohnungsbaugesellschaften, verwendet werden. (Zum Vergleich: An Investitionsmitteln im Grünbereich standen 1993 für ganz Berlin 126 Mio. DM zur Verfügung, 1998 nur noch 31 Mio. DM.)

Gleich nach der Wende begannen im Rahmen von vier Modellvorhaben des experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) zahlreiche Projekte, teils zur Verbesserung, teils überhaupt zur Erstanlage von wohnungsnahem Grün. Der Handlungsdruck war groß, auch mussten die Mittel unverzüglich abgerufen werden. Darüber kam die fachliche Diskussion über die sinnvolle Abgrenzung öffentlicher,

Wartenberger Feldmark



halb öffentlicher und privater Bereiche sowie die jeweils angemessene Gestaltung der entsprechenden Räume zunächst zu kurz.

Nicht ausreichend beachtet wurde, dass man es hier mit einem Typus von Städtebau zu tun hatte, für den ein angemessener Freiraum erst zu entwickeln war. Insbesondere die Dimensionen der Großhöfe und die Nutzungsansprüche an sie waren mit jenen von Blockinnenhöfen der Gründerzeit nicht vergleichbar. Dennoch wurden vielfach Konzepte von Kreuzberg nach Hellersdorf unhinterfragt übertragen. Auch waren die verhältnismäßig großzügigen Quadratmeterpreise nicht immer ein Garant für gute Gestaltung – mancher Hof der letzten Jahre ist mit deutlich weniger Geld erheblich besser gelungen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass Mitte der Neunziger eine Auseinandersetzung über den adäquaten gestalterischen Umgang mit dieser neuen Aufgabe durch Tagungen, Exkursionen, Veröffentlichungen und einige – wenn auch viel zu wenige – Wettbewerbe in Gang kam. Letztendlich ist in den letzten zehn Jahren Erhebliches in den Freiräumen der Wohnungsbaugesellschaften geleistet worden.

Auf der Strecke blieb jedoch der öffentliche Raum in den Großsiedlungen. Dafür gab es keine Fördermittel. Unsere Verwaltung hat errechnet, dass Mitte der Neunziger etwa 400 Hektar öffentliche Grünflächen ungestaltet waren – viel hat sich seither nicht geändert. Wie mühsam die Bezirke beim Versuch, die Lage zu verbessern, vorankommen und warum das so ist, wird im Beitrag von Herrn Schütze-Sieff dargestellt.

StEP Öffentlicher Raum

Bereits 1995 wurde, basierend auf Diskussionen im Stadtforum, gefordert, dass zu den vielen anderen in

Arbeit befindlichen Stadtentwicklungsplänen ein Stadtentwicklungsplan Öffentlicher Raum (StEP ÖR) kommen müsse, um in der Stadt- und Landschaftsplanung das Verständnis für die dritte Dimension, das räumliche Denken und die Verknüpfung zwischen Räumen zu heben. Ziel war es, Stadtstrukturen sichtbar zu machen und ins Bewusstsein zu heben, damit sie bei je anstehenden Veränderungen entsprechende Beachtung finden würden. Ergänzt werden sollte das Gesamtkonzept um einen „Akupunkturplan“, mit dessen Hilfe 100 Punkte, die mit Priorität in Angriff zu nehmen seien, identifiziert werden sollten. Das Konzept wurde von der Hauptverwaltung erstellt und anschließend mit den Bezirken abgestimmt.

Mit dem Regierungswechsel und dem Beginn der Arbeit am Planwerk Innenstadt geriet der StEP ÖR zunächst etwas in Vergessenheit. Hinzu kam, dass mit dem StEP ÖR methodisch, inhaltlich und darstellerisch Neuland beschritten wurde – bei der Arbeit stellten sich immer wieder neue Probleme ein. Seit 1998 wird der StEP ÖR, wenn auch in kleinerem Rahmen als vorher, weitergeführt. Grafisch anschaulicher und mit einer pragmatischeren Herangehensweise sollen herausgearbeitet werden:

- städtebauliche Strukturen;
- die Stadt prägende Räume und Netze;
- die Identifizierung stadtstrukturell wichtiger Problem- bzw. Potenzialräume;
- übergeordnete Leitlinien und -bilder sowie Strategien und Instrumente zu ihrer Umsetzung.

Ergänzend dazu liegt ein „Handbuch zur Gestaltung von Straßen und Plätzen in Berlin“ vor, das als Regelwerk, von der Hauptverwaltung erarbeitet, für die Bezirke und andere Akteure im öffentlichen Raum konkrete Gestaltungshinweise gibt.

Städtebauliche Entwicklungsgebiete und andere Projekte von übergeordneter städtischer Bedeutung

Es gibt eine Reihe von förmlich festgesetzten städtebaulichen Entwicklungsgebieten, für die die Hauptverwaltung zuständig ist. Von besonderer Bedeutung sind die beiden Hauptstadtentwicklungsgebiete Spreebogen und Spreeinsel. Hier beteiligt sich der Bund zumeist zu zwei Dritteln an allen öffentlichen Baumaßnahmen, also auch an den Grünflächen wie den neuen Parks nördlich und südlich des Bands des Bundes im Spreebogen. Diskutiert wird zur Zeit, ob sich der Bund in Zukunft auch an Pflege und Unterhaltung beteiligen wird, zwei großen Sorgenkindern der Berliner Grünverwaltung.

In den anderen Entwicklungsgebieten müssen die Grünflächen aus den Planungsgewinnen erwirtschaftet werden. Weiterhin werden für viele Projekte städtebauliche Verträge geschlossen, in denen Investoren dazu verpflichtet werden, den Bau von öffentlichen Räumen und Grünflächen zu übernehmen, im Rahmen einer sogenannten „public private partnership“. Solche Verträge werden sowohl auf Senats- wie auf Bezirksebene ausgehandelt, je nach Bedeutung des Projekts.

Planwerk Innenstadt

Das Planwerk Innenstadt beherrschte die stadtplanerische Diskussion der letzten vier Jahre. Sein Ziel ist es, die realen und unsichtbaren Grenzen der jahrzehntelang geteilten Stadt zu überwinden, ein gleichermaßen anschauliches wie einheitliches Gesamtbild des historischen Zentrums wie der City West aufzuzeigen und damit die Identifikation der Berliner mit der Gesamtstadt – und nicht nur mit der einen Hälfte, in der sie selbst leben – zu fördern.

Das Planwerk Innenstadt ist Bestandteil einer Strategie zur Wiedergewinnung der Innenstadt als Zentrum einer europäischen Metropole. Nicht eine uniforme Sicht der Stadt, sondern ein Dialog zwischen unterschiedlichen Positionen soll erreicht werden, mit dem Begriff „Stadt“ als gemeinsamer Ausgangsbasis. Das leitende Prinzip der Arbeit bestand darin, dass jeder sektorale Anspruch – und als solcher wird auch die Landschafts- und Freiraumplanung gesehen – sich revidieren lassen muss, wo er den gemeinsamen Gegenstand des Städtischen in Frage stellt. Dies gilt in besonderem Maße für die Verkehrsplanung mit ihren maßlosen Flächenansprüchen auf der Basis einer überholten Stadtauffassung.

Der Rückbau überdimensionierter Verkehrsschneisen zu Stadtstraßen findet jenseits der Autolobby allgemeine Zustimmung. Auch die Rückbesinnung auf die Freiraumvokabeln Park, Platz und Hof für jene Bereiche, in denen die Stadtstruktur von Blöcken und Straßen geprägt ist, sowie die Betonung der Gestalt- und Nutzungsqualität vor reiner Quantität finden Akzeptanz. Umstrittener ist die Anwendung dieser Vokabeln auf die fließenden Freiräume des DDR-Städtebaus, z. B. die Fischerinsel oder die Karl-Marx-Allee, zweiten Bauabschnitt. Auch wenn das Planwerk Innenstadt im Mai 1999 vom Senat beschlossen wurde, geht die Auseinandersetzung über einen angemessenen städtebaulichen und landschaftsgestalterischen Umgang mit diesen Räumen weiter.

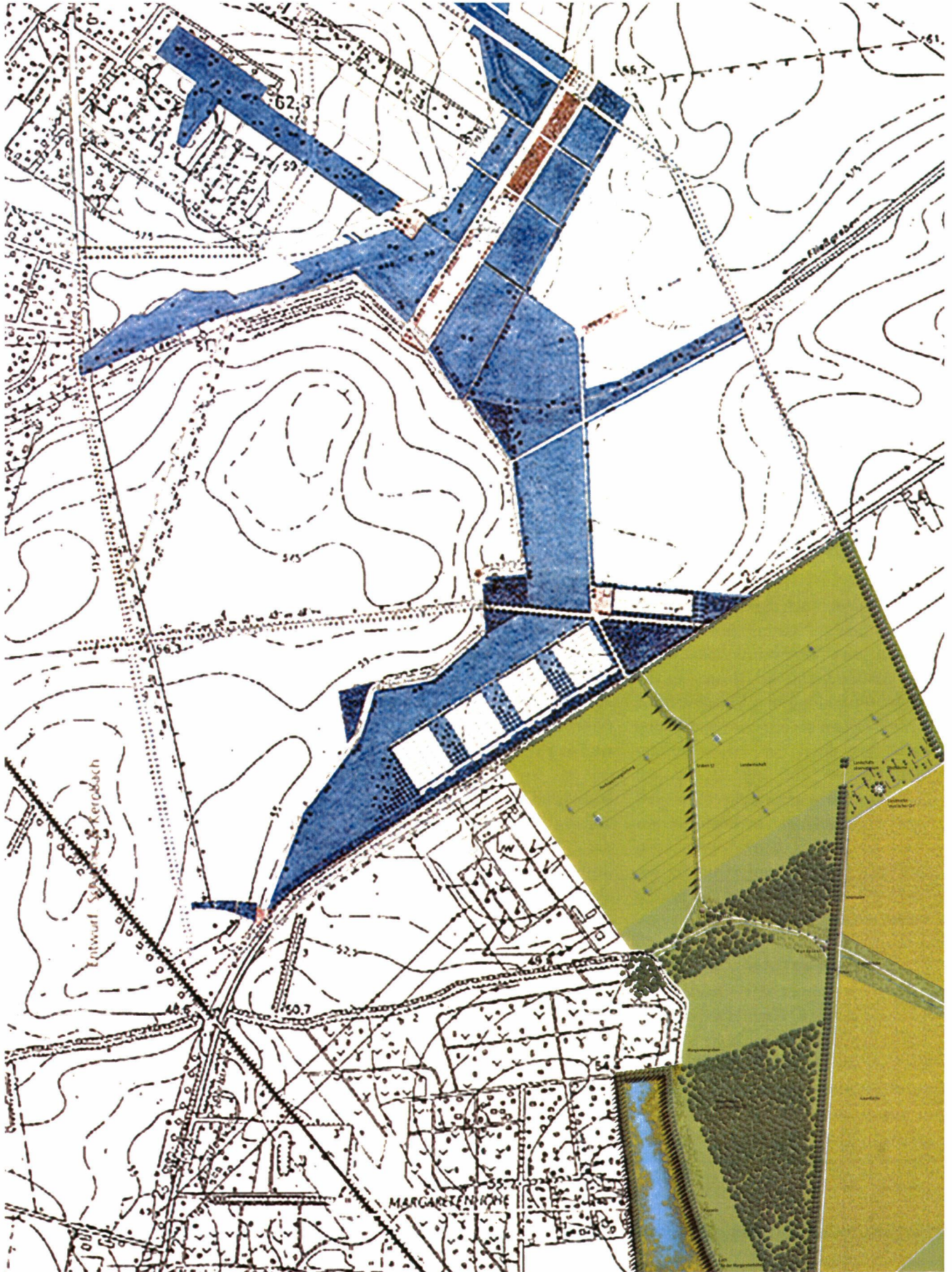
Unstrittig ist, dass eine weit klarere Trennung zwischen privaten und öffentlichen Räumen als bisher notwendig ist. Ob diese klarere Aufteilung jedoch mit den traditionellen Mitteln zu erreichen ist oder ob neue Formen gefunden werden müssen, darüber wird sicher noch eine Weile diskutiert werden.

Plätzeprogramm

Zu Beginn dieser Legislaturperiode erklärte Senator Strieder, dass der Gestaltung und Pflege des öffentlichen Raums mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse; dies auch, um die Akzeptanz des großstädtischen Lebens bei allen Schichten der Bevölkerung zu erhöhen. Gleichzeitig sind die öffentlichen Räume die Visitenkarte einer Stadt, sie werden von den Besuchern als Erstes wahrgenommen, und sie sind auch der Bereich, auf den die Stadt unmittelbaren und vollständigen Einfluss hat, während die Architektur zumeist von privaten Bauherren geschaffen wird.

Konkret wurde das Ziel gesetzt, jedes Jahr drei Plätze neu zu gestalten. Damit sind sowohl Plätze von gesamtstädtischer wie auch solche von lokaler Bedeutung gemeint. Die haushaltsmäßigen Voraussetzungen dafür müssen jedoch noch geschaffen werden. Immerhin ist mit dem Wettbewerb zum Breitscheidplatz, den Langenbach-Ivancsics für sich entscheiden konnten, letztes Jahr ein Anfang gemacht worden: Die Umgestaltung des Platzes ist in der Investitionsplanung enthalten. Der Breitscheidplatz ist – jedenfalls für die Westberliner – der Platz Berlins; er verkörpert mit der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche den Freiheitswillen der Inselstadt und wird so ziemlich von jedem Touristen besucht. Dennoch war er in den letzten Jahren ziemlich heruntergekommen: Der Wettbewerbsteilnehmer Drevet aus Frankreich bezeichnete ihn als „erschöpften Helden des Siegs der westlichen Welt“. Mit dem Wettbewerb zu seiner Neugestaltung und den angrenzend geplanten Hochhäusern sollte auch ein politisches Signal gesetzt werden. Nachdem der Aufbau Ostberlins viele Jahre deutlichen Vorrang hatte, will man sich nun wieder verstärkt dem Westteil der Stadt zuwenden.

Wettbewerbe im Berliner Barnim



Quartiersmanagement und „Soziale Stadt“

Um das Abgleiten ganzer Stadtteile zu Problemquartieren zu verhindern, wurde vor einigen Jahren das Instrument des Quartiersmanagements geschaffen. Quartiersmanager dienen in sozialen Problemgebieten als Kontaktpersonen, Anlaufstellen und als vermittelnde Instanzen zwischen einzelnen Bürgern, verschiedenen Initiativen, Gewerbetreibenden und Verwaltungen. Dadurch sollen Netzwerke aufgebaut, Synergien erzeugt und mittels Kommunikation bestehende Möglichkeiten besser ausgenutzt werden. Die geschieht im Zusammenhang mit „Soziale Stadt“, einem Förderprogramm des Bundes und der EU, in dessen Rahmen unter anderem Mittel für konkrete Baumaßnahmen unter bestimmten Bedingungen bereitgestellt werden.

Dazu gehört auch die Gestaltung von Freiräumen, Plätzen, Kinderspielplätzen und Wohnumfeldbereichen. Die Einbeziehung der Bürger in die Programmfindung und Neugestaltung dieser Flächen bis hin zur Mitwirkung beim Bau dient der Erhöhung der Identifikation und hilft hoffentlich dabei, dem allgegenwärtigen Vandalismus zu begegnen. In Abendveranstaltungen und in Workshops werden Defizite und Änderungswünsche benannt und Programme für den jeweils konkreten Ort erarbeitet.

Leider entspricht dann die Umsetzung nicht immer der Qualität des vorangegangenen Beteiligungsprozesses, da die Akteure zwar hohe Kompetenz im sozialen Bereich aufweisen, ästhetische Belange jedoch zum Teil als „Luxusproblem“ empfinden. Gelegentlich wird ein völlig unnötiger Gegensatz zwischen sozialem und gestalterischem Anspruch aufgemacht, obwohl doch gerade in Berlin zahlreiche Anlagen aus den Zwanzigerjahren

existieren, die zeigen, dass beide Belange auf hohem Niveau vereinbar sind.

Gartendenkmalpflege

Last, but not least ist noch die Bedeutung der Gartendenkmalpflege, die im Landesdenkmalamt angesiedelt ist, für das Berliner Grün zu erwähnen. Vor kurzem feierte sie ihr zwanzigjähriges Bestehen, und sie konnte zu diesem Anlass eine beeindruckende Bilanz im Bereich des Schutzes und der Pflege von zahlreichen öffentlichen und privaten Gartendenkmälern aufweisen. Äußerst findig sind die Kollegen auch im Nutzen von EU-Förderprogrammen im Kulturbereich, mit deren Hilfe manches Projekt realisiert werden konnte.

Der Umgang mit bestehenden Denkmälern ist ohne Zweifel anerkanntswert. Etwas kritischer zu sehen ist das Vorgehen im Bereich von gänzlich oder weitgehend zerstörten historischen Anlagen. Hier wird die Grenze zwischen Denkmalpflege und Rekonstruktion nicht immer beachtet. Es fehlt gelegentlich die kritische Bewertung des Vergangenen – nicht alles, was alt ist, ist deswegen auch gut. Insbesondere die einseitige Bevorzugung des Historismus im Bereich des historischen Zentrums muss als problematisch bezeichnet werden, da sie zu Lasten späterer noch vorhandener historischer Schichten sowie heutiger Nutzungsanforderungen, aber auch der städtebaulichen Ensemblewirkung geht.

Landschaftsplanerische Wettbewerbe

Seit 1991 fanden in Berlin etwa 32 Wettbewerbe für Landschaftsarchitekten statt, davon waren bei 15 die SenStadtUmTech bzw. SenStadt, bei vier „Grün Berlin“, eine dem Referat I F nachgeordnete GmbH, bei ein bis zwei andere Verwaltungstellen und bei

acht bis zehn verschiedene Entwicklungsträger Auslober. In der Summe sind dies erheblich mehr als in den Achtzigerjahren; damals fanden etwa vier bis fünf landschaftsplanerische Wettbewerbe statt.

Diese Wettbewerbe lassen sich zunächst in zwei Kategorien einteilen:

- Wettbewerbe als Folge städtebaulicher Entwicklungen, z. B. Potsdamer Platz;
- Wettbewerbe in Verfolgung landschaftsplanerischer Konzepte wie „Grün verbindet“ oder Parklandschaft Barnim/Berliner Barnim.

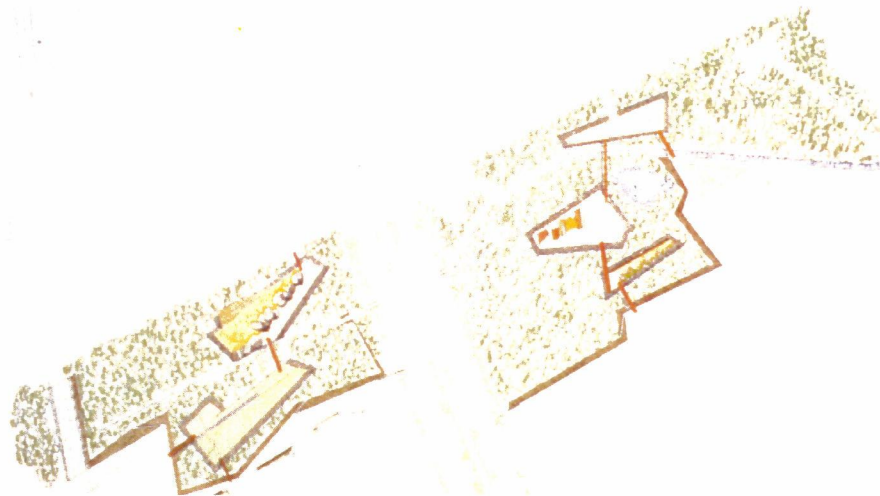
Während wir uns bei der ersten Gruppe stets in Abhängigkeit vom Fortschritt der stadtplanerischen Prozesse befinden, ist es im zweiten Fall möglich, von Seiten der Landschaftsplanung Schwerpunkte zu bilden und die Entwicklung voranzutreiben – jedenfalls so lange die Mittel reichen.

Betrachtet man die Wettbewerbe nach räumlichen und inhaltlichen Schwerpunkten, so lassen sich fünf Gruppen ablesen.

1. Gruppe (in den ersten Jahren nach der Wende): Schwerpunkt in der Ostberliner Innenstadt, klassische Aufgaben, Parks und Plätze.
2. Gruppe (ab 1996 zunehmend): Gestaltung peripherer Landschaften im Nord-Ost-Raum Berliner Barnim und im Wuhletal. Dabei spielte auch die Integration von naturschutzwürdigen Flächen eine zunehmende Rolle wie z. B. beim landschaftsplanerischen Gutachterverfahren Adlershof oder beim städtebaulich-landschaftsplanerischen Wettbewerb Gatow.
3. Gruppe: Verfahren in Großsiedlungen (nur drei), z. B. Hellersdorfer Graben, Promenade und Höfe Greifswalder Straße und der Barnimplatz mit angrenzenden Höfen in Marzahn.
4. Gruppe: Entlang der innerstädtischen Grenze entstand und entsteht eine Reihe von „neuen Orten“: der

Lehrter Bahnhof, das Regierungsviertel im Spreebogen und der Potsdamer Platz mit den dazugehörigen Plätzen und Parks.

5. Gruppe: Seit neuestem erfolgt mit den Verfahren zum Kulturforum und zum Breitscheidplatz auch wieder eine Hinwendung zum alten Westen.



Stadteilpark Hellersdorfer Graben

Dazu kam noch eine Reihe von Verfahren in den Entwicklungsgebieten der Wasserstädte.

Realisiert wurden oder werden etwa zwei Drittel aller Wettbewerbe. Die Umsetzung aller anderen Projekte scheiterte fast immer an den fehlenden Finanzmitteln. Nur bei den Verfahren zum Lustgarten spielte die mangelnde Akzeptanz der Ergebnisse die entscheidende Rolle. Alle nicht umgesetzten Wettbewerbe hätten aus dem normalen Haushalt bezahlt werden müssen, seit etwa 1994 besteht jedoch kaum noch eine Chance dazu. Erst das Vorhaben Breitscheidplatz ist wieder in der normalen Investitionsplanung vorgesehen. Die umgesetzten Projekte liegen entweder in Entwicklungsgebieten (Hauptstadt- und anderen), haben einen sonstigen Bezug zur Hauptstadtplanung oder wurden gesponsort.

Weitere Finanzquellen für die Realisierung sind städtebauliche Verträge sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Daher stehen in Gebieten, in

denen nicht viel Neues gebaut wird, z. B. Sanierungsgebieten am Rand der Innenstadt, kaum Mittel bereit, obwohl der Bedarf sehr groß ist. Hoffentlich ändert sich dies durch die Ausgleichskonzeption und die damit gegebene Möglichkeit zu einer Bündelung von Maßnahmen und Geldern.

Positiv ist festzuhalten, dass in Deutschland und insbesondere in Berlin viele Wettbewerbe, auch viele offene, stattgefunden haben. Damit sind wir Vorbild für andere EU-Staaten, die langsam nachziehen.

Im Verlauf der letzten zehn Jahre war ein deutlicher Niveauanstieg in der Qualität der Wettbewerbsbeiträge zu verzeichnen, insbesondere bei den offenen Wettbewerben. In den ersten Jahren nach der Wende waren oft bis in die zweite Runde viele schlechte Arbeiten zu registrieren, erste Preise gingen meist an ausländische Büros oder an Altmeister wie Gustav Lange. Inzwischen gewinnen viele Berliner Büros, insbesondere jüngere Landschaftsarchitekten. Deren Arbeiten sind mittlerweile sogar zu einem Exportartikel geworden. Die Diskussion um gestalterische Fragen ist im Umfeld der Wettbewerbe durchaus vorangekommen. Auch findet die Landschaftsarchitektur durch dementsprechende Pressearbeit nach Wettbewerben eine gewisse Resonanz in den Tageszeitun-

gen, obwohl diese nur bei sehr prominenten Orten wie dem Lustgarten oder dem Breitscheidplatz wirklich erheblich ist.

Wettbewerbe wie im Nord-Ost-Raum Berliner Barnim waren zudem ein Experimentierfeld für die Landschaftsplanung. Das Thema „Gestaltung peripherer Räume unter Beibehaltung der Landwirtschaft und mit geringen Mitteln“ stellt eine neue Herausforderung für die Disziplin dar.

In der Summe sind viele gute Ergebnisse zu verzeichnen. Doch kann ein gescheiterter Wettbewerb an prominenter Stelle, wie das Beispiel Lustgarten zeigt, viel Schaden für das Image von Wettbewerben und moderner Landschaftsarchitektur anrichten, bei Politikern wie bei Bürgern. Die Ursachen für das Misslingen sind schwer vermittelbar. Die vielen erfolgreichen Verfahren und Realisierungen werden dagegen längst nicht im selben Umfang wahrgenommen.

Insgesamt haben Wettbewerbe viele Vorteile: Sie schaffen Aufmerksamkeit, und ihre Ergebnisse sind nicht so leicht zu verwässern wie die direkt beauftragten Entwürfe. Vor allem aber kann man unter vielen Angeboten die beste Lösung für den Ort heraussuchen.

Ausblick

Die Landschaftsplanung und Freiraumgestaltung steht in Berlin vor erheblichen Problemen. Die allgemeine Planungsmüdigkeit und die daraus resultierende Hinwendung zu „Projekten“ wirkt sich besonders im Bereich Naturschutz und Landschaftsplanung negativ aus, denn deren Vorhaben bedürfen häufig eines längeren Atems, als es zur Zeit en vogue ist. Aber auch das zarte Pflänzchen qualitativvoller Gestaltung, das in den Neunzigern zu wachsen begann, wird von

mehreren Seiten bedrängt. Sowohl der Hang zu historisierenden Gestaltungen wie die einseitige Betonung sozialer Aspekte und auch das im Vergleich zu sonstigen gestalterisch-kulturellen Fragen im Bereich Architektur und Kunst schwach ausgeprägte feuilletonistische Interesse gefährden bereits wieder den gerade begonnenen Aufschwung. Ein weiteres Problem stellt die seit einigen Jahren zu beobachtende Konzentration auf die Innenstadt dar. Sie führt dazu, dass die Außenbezirke vernachlässigt zu werden drohen

Sozialem und Schulen gering ist, sodass die ohnehin knappen Mittel für Grün, die die Hauptverwaltung den Bezirken zubilligt, im Rahmen derer Globalhaushalte noch weiter gekürzt werden zu Gunsten anderer Problembereiche. Die Auswirkungen sind besonders im Bereich Pflege und Unterhaltung gravierend.

Dieser Prozess trifft in Berlin auf Verwaltungen und Bevölkerungskreise, die jahrzehntelang daran gewöhnt waren, am Subventionstropf zu hängen, in Ost wie West. Die mentale

weigerungshaltungen (so hat der Rat der Bürgermeister unlängst beschlossen, keine Grünflächen aus Entwicklungsgebieten mehr zu übernehmen, weil die Pflege nicht gewährleistet sei) und Verelendungsstrategien (z. B. den Müll einfach liegen zu lassen) helfen hier nicht weiter. Vielmehr müssen neue Strategien gefunden werden, öffentliche Aufmerksamkeit und Verständnis für fachliche Anliegen zu finden, zusätzliche Finanzquellen zu erschließen und die Identifikation der Bürger mit ihren Anlagen zu erhöhen, um unter anderem den Zerstörungen und der Vermüllung der Grünflächen zu begegnen. Generell ist die kulturelle Dimension der öffentlichen Räume – auch als Image bildender Faktor in der Standortkonkurrenz – deutlich stärker in das allgemeine und damit auch in das politische Bewusstsein zu heben.

Immerhin zeigt eine empirische Umfrage, die zur Zeit in Berlin durchgeführt wird, dass die Benutzung der Grünanlagen im Vergleich zu ähnlichen Untersuchungen vor 25 Jahren nicht nachgelassen hat. Weder virtuelle Welten noch Urlaube in Mallorca ersetzen offenbar den regelmäßigen Parkbesuch. Auf dieses Interesse lässt sich aufbauen. In einer Veranstaltungsreihe der TU Berlin im Sommer 1999 wurden etliche Ansätze für neue Wege in der Verwaltung und Gestaltung öffentlicher Grünanlagen aufgezeigt. Hieran kann weiter gearbeitet werden. Dazu ist allerdings der Mut erforderlich, manches Vertraute aufzugeben und zu neuen Ufern aufzubrechen.

Resignation hilft jedenfalls nicht weiter. Seit Luther wissen wir, dass gegen Weltuntergangsstimmungen das Pflanzen von Apfelbäumchen ein probates Mittel ist. Ein paar Apfelbäume stehen schon – im Mauerpark wie im Gut Falkenberg –, und wie jeder lange Weg beginnt auch dieser mit dem ersten Schritt.



Naturnahes Areal in einem Berliner Außenbezirk

Dies alles ist besonders problematisch vor dem Hintergrund der finanziellen Misere, die in Berlin viel drastischer zugeschlagen hat als anderswo, weil der schnelle Abbau der erheblichen Bundessubventionen nach der Wende und eine kaum vorhandene eigene Wirtschaftskraft ziemlich unvermittelt zur Wirkung kamen.

Die anhaltende Finanzkrise und die damit einhergehenden Mittel- und Stellenkürzungen treffen den Grünbereich überproportional, weil sein politischer Stellenwert im Vergleich zu anderen Aufgabenfeldern wie z. B.

Umstellung darauf, dass neue Wege, auch im finanziellen Bereich, gesucht werden müssen, fällt schwer. Moralisch entrüstet oder leise weinend wird die Wiedereinsetzung in den vorherigen Zustand gefordert, als sämtlicher Bedarf vom Staat gedeckt wurde.

Wenn auch das gegenwärtige Tief kein Dauerzustand sein kann, der Staat sicherlich nicht aus der Verpflichtung, die Grundversorgung sicherzustellen, entlassen werden darf, so erscheint es unwahrscheinlich, dass die Verhältnisse der Siebziger und frühen Achtziger wieder eintreten werden. Ver-

Geschichte

Scherzer, Cornelius: Planungen für Berlin und Umgebung bis 1937. Ansätze für heute? In: Becker, C. W.; A. Jirku; H. Rein; U. Renker; C. Scherzer; B. Schütze; G. Weyer (Hg.): Naherholung in der Region Berlin. S 4 der Schriftenreihe Landschaftsentwicklung und Umweltforschung des FB Landschaftsentwicklung der TU Berlin. Berlin, 1990. S. 9–27

Regionalparks

Ermer, Klaus; Renate Hoff; Rita Mohrmann: Regionalparks in Berlin und Brandenburg. In: Stadt und Grün 45, H. 12/1997. S. 873–878

Ermer Klaus; Olaf Gloger; Rita Mohrmann: Naherholung in Berlin-Brandenburg. In: Stadt und Grün 47, H. 8/1999. S. 603–605

Giseke, Undine: Landschaft am Tropf? Zur Nachhaltigkeit von Landschaftssicherung in verschiedenen Regionen. In: 1. BDLA-Planerforum. 24./25. 9. 1999 in Gelsenkirchen. BDLA 1999.

Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (Hg.): Gemeinsam planen für Berlin und Brandenburg. Bearbeitung: Gemeinsame Landesplanungsabteilung, GL 1, Berliner Straße 135, 14467 Potsdam. Potsdam, 1998.

Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (Hg.): Regionalparks in Brandenburg und Berlin. Strategien für eine nachhaltige Entwicklung des Metropolraums. Bearbeitung: Gemeinsame Landesplanungsabteilung, Referat GL 11, Berliner Straße 135, 14467 Potsdam. Potsdam, 2000.

Römer, Ricarda: Freiraumsicherung. Regionalparke rund um Berlin. In: Grünstift 17, H. 3–4/2000. S. 28–30

Weitere aktuelle Informationen zu Regionalparks unter www.brandenburg.de/land/umwelt/b_auf221.htm

Landschaftsprogramm

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz: Landschaftsprogramm, Artenschutzprogramm Berlin. Berlin, 1994.

Ermer, Klaus; Bert Grigolet: Stadtentwicklung Berlin. Innerhalb von drei Jahren neues Landschaftsprogramm fertig gestellt. In: Das Gartenamt, H. 8/1994.

Grub, Hermann; Petra Lejeune: Berlin. Stadt in der Landschaft. Reihe: Grün zwischen Städten. München, New York: Prestel, 1998.

Jirku, Almut: Das Landschaftsprogramm im Wandel. In: Architektur in Berlin. Jahrbuch 1992. Hamburg: Junius, 1992.

Knoll, Helmut; Ingo Kowarik; Andreas Langer: Stadtlandschaft aus zweiter Hand: Naturpark Südgelände. In: Garten + Landschaft 107, H. 7/1997.

Weitere aktuelle Informationen zum Landschaftsprogramm und zur Landschaftsplanung in Berlin: www.sensut.verwalt-berlin.de/sensut/umwelt/lapro

Wettbewerbe und Landschaftsplanung im Berliner Barnim

Cloos, Ingrid: Erholung auf dem Berliner Barnim. In: Stadt und Grün 47, H. 8/1999. S. 595–598

Cloos, Ingrid; Claudia Lenk: Grün- und Freiflächen an der Peripherie. Räume für Innovation und Qualität. Stadt und Grün, H. 6/1999.

Lisa Diedrich: Neue Städte – Neue Wiesen. Park am Berliner Stadtrand. In: Garten + Landschaft 109, H. 3/1999.

Gruppe F: Stadtrand-Landschaften. Historischer Exkurs, aktuelle Beispiele und Thesen zum Umgang mit Freiräumen an der Peripherie. [Gruppe F, Bauermeister, Koehler, Pütz; im Auftrag der Grün Berlin Park und Garten GmbH, in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie.] Berlin: Selbstverlag, 1996.

Almut Jirku: Neue Wiesen oder alte Hüte? In: Architektenkammer Berlin (Hg.): Architektur in Berlin. Jahrbuch 1997. Hamburg: Junius, 1997.

Schröder, Thies: Ideen für Landschaft vier. In: Architektur in Berlin. Jahrbuch 1993/94. Hamburg: Junius, 1994.

Schröder, Thies: Berliner Landschaft mit Aussicht. Wettbewerb Gut Falkenberg in Berlin. In: Garten und Landschaft 109, H. 12/1999. S. 11–14

Schröder, Thies: Feldmark Wartenberg. Landschaft statt Stadtrandpark. In: Garten + Landschaft 111, H. 1/2001.

Finanzierungsmöglichkeiten, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Brandl, Heinz; Anette Mangold: Mit Blick für das Ganze. In: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (Hg.): Draußen. Freie Räume in Berlin. Stadtforum 12/1998. Berlin, 1998.

Lange, Eckard: Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen am Potsdamer Platz in Berlin. In: Das Gartenamt, H. 12/1994.

Mahler, Erhard: Dürre in den Kassen. Wer bezahlt die Freiraumgestaltung? In: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (Hg.): Draußen. Freie Räume in Berlin. Stadtforum 12/1998. Berlin, 1998.

Michel, L.: Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung und Baurecht nach dem BauROG. In: Stadt und Grün, H. 3/1999.

Schriftenreihe im Fachbereich Umwelt und Gesellschaft (Hg.): Flexibilisierung der Eingriffsregelung. Modetrend oder Notwendigkeit? L + U, Nr. 115/2000. Berlin: TU Berlin, 2000.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (Hg.): Umweltverträglichkeitsprüfung und Eingriffsregelung in der Stadt- und Landschaftsplanung. Reihe StadtUmwelt 21. Berlin, 1999.

Biotopflächenfaktor

Giseke, Undine; Ursula Renker: Ökologische Standardwerte für das städtische Grün: Biotopflächenfaktor für die Innenstadt. In: Garten + Landschaft 107, H. 7/1997.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hg.): Grüne Innenstadt. BFF – Biotopflächenfaktor. Faltblatt Reihe Umwelt, Abt. I, Referat I E, Gruppe I E 1 (Landschaftsplanung). 3., vollständig überarbeitete Auflage 11/2000.

Spreuerfer

Vera Hertlein: Berliner Heizkraftwerk mit Kunstprogramm. In: Garten + Landschaft, 110, H. 11/2000.

Jirku, Almut: Zwischenstücke. Neue Ufer in Berlin. In: Architektenkammer Berlin (Hg.): Architektur in Berlin. Jahrbuch 2000. Hamburg: Junius, 2000.

Wohnumfeldverbesserung in Großsiedlungen

BDLA Berlin-Brandenburg (Hg.): Werkstatt Großsiedlung. Beiträge von Landschaftsarchitekten. Berlin: Selbstverlag, 1996.

Diedrich, Lisa: Platte mit Aussicht. In: Architektenkammer Berlin (Hg.): Architektur in Berlin. Jahrbuch 2000. Hamburg: Junius, 2000.

Giseke, Undine; Winfried Richard; Peter Wolf: Wohnumfeldverbesserung im „komplexen Wohnungsbau“. In: Architektenkammer Berlin (Hg.): Architektur in Berlin. Jahrbuch 1992. Hamburg: Junius, 1992.

Giseke, Undine; Peter Wolf: Stochern im Nebel. In: Architektenkammer Berlin (Hg.): Architektur in Berlin. Jahrbuch 1995. Hamburg: Junius, 1995.

Jirku, Almut: Grüne Gräben für Großsiedlungen. In: Architektenkammer Berlin (Hg.): Architektur in Berlin. Jahrbuch 1995. Hamburg: Junius, 1995.

Merkel, Andrea; Karl Wefers: Freiraumgestaltung auf öffentlichen Flächen von Großsiedlungen. In: Das Gartenamt, H. 3/1995.

Pütz, Gabriele: Stadtrandlandschaft Hellersdorf. In: Architektenkammer Berlin (Hg.): Architektur in Berlin. Jahrbuch 1996. Hamburg: Junius, 1996.

Schröder, Thies: Zukunft zwischen Plattenbauten? In: Architektenkammer Berlin (Hg.): Architektur in Berlin. Jahrbuch 1997. Hamburg: Junius, 1997.

Wenzel, Jürgen: Im Osten nichts Neues? In: Garten + Landschaft 106, H. 5-7/1996

StEP Öffentlicher Raum

Giseke, Undine; Peter Wolf: Stadtentwicklungsplan Öffentlicher Raum. Von der Fläche zum Raum. In: Garten + Landschaft 107, H.7/1997.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie, Berlin (Hg.): StEP Öffentlicher Raum. Materialien. Stadtentwicklung 23, Berlin, 1999.

Planwerk Innenstadt

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (Hg.): Planwerk Innenstadt Berlin. Ergebnis, Prozess, Sektorale Planungen und Werkstätten. Reihe Stadtentwicklung 25. Berlin, 1999.

Giseke, Undine: Hochhausgärten im Fischerkiez. In: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (Hg.): Draußen. Freie Räume in Berlin. Stadtforum 12/1998. Berlin, 1998.

Schröder, Thies: Ungebrochene Lust am Planen. Berliner Planwerk Innenstadt. In: Garten + Landschaft 107, H. 1/1997.

Schröder, Thies: Ein heilsamer Schock? In: Garten + Landschaft 107, H. 10/1997.

Soziale Stadt, Quartiersmanagement

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (Hg.): Quartiersmanagement Berlin. Bürgergutachten Zukunft Wrangelkiez (Kurzfassung). Reihe Stadtentwicklung 24. Berlin, 1999.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hg.): Die soziale Stadt. Berlin entwickelt seine Potentiale. Themenheft Foyer 5/2000.

Gartendenkmalpflege

Capatti, Tancredi: Der Lustgarten zu Berlin. In: Garten + Landschaft, 110, H. 11/2000.

Krosigk, Klaus von: Gartendenkmalpflege in Berlin. In: Stadt und Grün, 47, H. 8/1998.

Landesdenkmalamt Berlin (Hg.): Gartenkunst Berlin. 20 Jahre Gartendenkmalpflege in der Metropole. Berlin: Schelzky & Jepp, 1999.

Richard, Winfried: Zwischen Rekonstruktion und Interpretation. Zwanzig Jahre Gartendenkmalpflege in Berlin. In: Architektenkammer Berlin (Hg.): Architektur in Berlin. Jahrbuch 1998. Hamburg: Junius, 1998.

Wiegand, Heinz: Vom Glienicker Park bis zum Gendarmenmarkt. In: Garten + Landschaft, 110, H. 9/2000.

Wettbewerbe

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz (Hg.): Ideen für Berlin. Städtebauliche und landschaftsplanerische Wettbewerbe von 1991 bis 1995. Berlin: Kulturbuchverlag, 1996.

Becker, Carlo W.: Kooperatives Gutachterverfahren Adlershof. In: Garten + Landschaft 106, H. 7/1996.

Becker, Carlo W.: Wettbewerbsentscheidung Stadtgärten in Berlin-Adlershof. In: Garten + Landschaft 109, H. 7/1999.

Capatti, Tancredi: Der Lustgarten zu Berlin. In: Garten + Landschaft, 110, H. 11/2000.

Dolff-Bohnekämper, Gabi; Almut Jirku: Kulturforum zum vierten – und zum letzten? In: Architektenkammer Berlin (Hg.): Architektur in Berlin. Jahrbuch 1999. Hamburg: Junius, 1999.

Jirku, Almut: Grün verbindet. Entwicklung eines innerstädtischen Freiraumsystems (Mauerpark, Monbijoupark, verschiedene Plätze) In: Architektenkammer Berlin (Hg.): Architektur in Berlin. Jahrbuch 1996. Hamburg: Junius, 1996.

Jirku, Almut: Neue Wiesen oder alte Hüte? In: Architektenkammer Berlin (Hg.): Architektur in Berlin. Jahrbuch 1997. Hamburg: Junius, 1997.

Jirku, Almut: Vom Wohngebiet zum Stadtquartier? Die Großsiedlung Greifswalder Straße. In: Architektenkammer Berlin (Hg.): Architektur in Berlin. Jahrbuch 1998. Hamburg: Junius, 1998.

Jirku, Almut: Stadtteilparks im Wandel. In: Garten + Landschaft 110, H. 7/2000.

Schröder, Thies: Der Lustgarten in Berlin. Eine unendliche Geschichte. Garten + Landschaft 108, H. 1/1998.

Schröder, Thies: Interview mit Hans Loidl: Mit Schinkel. Ohne Sentimentalität. Der Lustgarten in Berlin. Garten + Landschaft 108, H. 10/1998.

Schröder, Thies: Wettbewerb zum Vorplatz des Lehrter Bahnhof: Bezüge zur Unter(wasser)welt. Garten + Landschaft 109, H. 5/1999.

Schröder, Thies: Berliner Landschaft mit Aussicht. Wettbewerb Gut Falkenberg in Berlin. In: Garten und Landschaft 109, H.12/1999, S. 11-14

Schröder, Thies: Feldmark Wartenberg. Landschaft statt Stadtrandpark. Garten + Landschaft 111, H. 1/2001.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (Hg.): Kulturforum. Hintergrund, Aufgabenstellung, Dokumentation der Wettbewerbsergebnisse und der ersten Realisierungsstufe. Reihe Stadtentwicklung 26. Berlin, 1999.

Weiss, Patrick: Brücke zwischen Ost und West (Mauerpark). In: Garten + Landschaft 102, H. 12/1992.

Aktuelle Wettbewerbsergebnisse und -ankündigungen unter: www.sensut.verwalt-berlin.de/sensut/gestaltung

Ausblick

Heitmann, Gunter: Pflege und Unterhaltung der öffentlichen Grünanlagen Berlins. In: Stadt und Grün, 47, H. 8/1998.

Richard, Winfried: Stadt- und Freiraumentwicklung in Berlin vereint: Zwang zur Zusammenarbeit. In: Garten + Landschaft 109, H. 8/1999.

Schröder, Thies: Von ausgetretenen Pfaden auf neue Wege. Zur Pflege öffentlichen Grüns. In: Architektenkammer Berlin (Hg.): Architektur in Berlin. Jahrbuch 2000. Hamburg: Junius, 2000.

Wenzel, Jürgen; Sören Schöbel (Hg.): Eingriffe in die kommunale Freiraumplanung. Berlin: Inst. f. Landschaftsarchitektur, TU Berlin, 1999.

Wenzel, Jürgen; Sören Schöbel: Für eine neue Freiraumplanung. In: Garten + Landschaft, 109, H. 3/1999.

Wenzel, Jürgen; Sören Schöbel: Weite Felder künftiger Landschaftsarchitektur. In: Garten + Landschaft, 110, H. 12/2000.

Freiraumplanung durch Gebietsbetreuungen

Vortrag von Erwin Schneider

Die Stadt ist ein sehr heterogener Lebensraum, in dem diverse Flächenansprüche der BewohnerInnen miteinander konkurrieren. Da Grünräume in städtischen Zentren nur von indirekter wirtschaftlicher Bedeutung sind, werden Grünflächen von den Gebietsbetreuungen als ein soziales und ökologisches Anliegen betrachtet. Stadterneuerung hat daher die Aufgabe, den Schutz und den Ausbau (in quantitativer, aber auch qualitativer Hinsicht) von Freiflächen gegenüber den Ansprüchen der Bauwirtschaft zu behaupten. In Wien gibt es Gebietsbetreuungen, die Stadterneuerung in dezentralen Büros betreiben. Städtische Freiräume (Höfe, Parks und Straßenräume) werden daher von den jeweiligen Gebietsbetreuungen im Interesse der Bevölkerung schwerpunktmäßig bearbeitet.

Was ist eine Gebietsbetreuung?

Gebietsbetreuungen sind Vor-Ort-Büros in dicht verbauten, erneuerungsbedürftigen Stadtgebieten in Wien. Sie sind ein Instrumentarium einer gebietsbezogenen Stadterneuerung, vergleichbar mit Quartiersmanagementeinrichtungen in Deutschland. Auftraggeber ist die Stadt Wien (MA 25), Auftragnehmer sind Ziviltechniker (Architektur und Raumplanung) und Bauträger.

Derzeit gibt es 13 „klassische“ Gebietsbetreuungen, deren Hauptauf-

gabe darin liegt, Stadterneuerungsprozesse zu unterstützen und zu betreiben. Eine weitere Gebietsbetreuung widmet sich ausschließlich der Bearbeitung von mietrechtlichen Anfragen und Problemhäusern in ganz Wien, die so genannte „mobile Gebietsbetreuung“. Seit kurzem gibt es 14 zusätzliche neue Gebietsbetreuungen für die Bearbeitung von Anliegen, die sich direkt oder indirekt auf Wohnhausanlagen der Stadt Wien (Gemeindebauten) beziehen.

Jeder Stadtteil hat seinen spezifischen Charakter und bringt seine eigenen Qualitäten hervor. Unterschiedliche Bausubstanz und Infrastruktur ergeben gebietsspezifische Bewohneranliegen, die auf vielfältige Art kommuniziert und beantwortet werden müssen. Jede Gebietsbetreuung hat daher andere Schwerpunkte in ihrem Arbeitsprogramm. Diese werden von MitarbeiterInnen aus den Bereichen Architektur, Raumplanung, Mietrecht, Sozialarbeit, Landschaftsplanung und Mediation bearbeitet. Diese Schwerpunkte sind unter anderem:

- Mietrechtsberatung;
- Problemhausbetreuung;
- Fragen zur Förderung von Sanierungen;
- Beihilfen;
- Ausstellungen zu Themen der Stadterneuerung;
- Kulturprogramme (Vernissagen) in Vierteln ohne Galerien;

- Grätzelzeitungen und Broschüren;
- Blocksanierungen und begleitende Betreuung von Schwerpunktprojekten wie der Betreuung von Einkaufsstrassen und Strukturentwicklungsbereichen;
- Konsulententätigkeiten für die Bezirke;
- Mediation;



Beratung bei mietrechtlichen Angelegenheiten

- Vermittlung zwischen Bewohner, Magistrat und Bezirk;
- Freiraumplanungen auf Bezirksebene.

Umfang der Freiraumplanung in „klassischen“ Gebietsbetreuungen

Je nach Gebietsbetreuung und Jahresprogramm werden ca. zehn bis maximal 20 Prozent der Tätigkeit für die Beschäftigung mit Freiräumen aufgewendet. Dies entspricht ungefähr einer halben bis einem/r MitarbeiterIn oder 20 bis 40 Wochenstunden. In diese Arbeitszeit sind alle Besprechungen und begleitende Betreuungen wie



Das Vortreiben von Stadterneuerungsprozessen ist Hauptaufgabe der Gebietsbetreuungen in Wien

auch Fragen der Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung inkludiert.

Die rein entwerfende Tätigkeit in der Objektplanung liegt bei unter fünf Prozent (zehn Wochenstunden) und bezieht sich vor allem auf Vorentwürfe, die dem Bezirk Projekte „schmackhaft“ machen sollen.

Die eigentliche Rolle der Gebietsbetreuung liegt also nicht in der Entwurfsplanung mit anschließender Detailplanung, Ausschreibung und Durchführung, sondern:

- in den Vorerhebungen für zukünftige Planungen (z. B. Grüner Weg, Radwegkonzept, Erhebung von diversen Potenzialflächen);
- in der Thematisierung von Möglichkeiten zur Verbesserung des Wohnumfeldes („den Funken zünden“);
- in der Moderation und Mediation von Projekten (Bürgerbeteiligung);
- in der begleitenden Betreuung („die Suppe am Kochen halten“).

Arten der Freiraumplanung durch Gebietsbetreuungen

Freiraumplanungen im öffentlichen Raum

Auf Grund der Dezentralisierungsverordnung sind die Bezirke verpflicht-

et, Gestaltungen im öffentlichen Raum aus ihrem Bezirksbudget zu bezahlen. Ausnahmen von dieser Regelung bilden Liegenschaften im Bundesbesitz (der Vorplatz des Museumsquartiers) und Flächen, für die ein Sonderbudget besteht (z. B. bei Bundesstraßen oder bei Wiederherstellungen von Straßenoberflächen nach einem U-Bahn-Ausbau). Die Bezirke haben folgende Möglichkeiten, Planungen durchführen zu lassen:

- kostenlos durch Gebietsbetreuungen, die MA 19 oder die MA 28;
- über Honorarnoten durch freischaffende ArchitektInnen und LandschaftsplanerInnen oder die MA 42 (verrechnet Planungskosten an die Bezirke weiter).

Gebietsbetreuungen erarbeiten für die Bezirke zum Großteil Vorentwurfsplanungen, für die sonst kein/e ZiviltechnikerIn beauftragt worden wäre, wie Baumpflanzungen im Straßenraum, Verkehrsumorganisationen und kleinere Platzgestaltungen.

Diese Entwürfe sind meist eine Grundlage für weitere Diskussionen mit dem Bezirk und der betroffenen Bevölkerung, oder sie gehen zur Weiterbearbeitung an die zuständigen Magistratsdienststellen (MA 19, MA

28, MA 42). Manchmal werden Details für Rankgerüste oder Belagsarbeiten (Materialvorschläge, Musterungen) mitgeliefert, um den Bezirken oder der Bevölkerung die gestalterischen Möglichkeiten aufzuzeigen. Oft dienen die Entwürfe auch als Grundlage für Kostenschätzungen durch die Gebietsbetreuungen selbst oder durch die MA 28 und die MA 42, die die Bezirke bei der Entscheidungsfindung für Umgestaltungsmaßnahmen unterstützen.

Ausschreibungen, Baubetreuungen und künstlerische Oberleitungen werden von den Gebietsbetreuungen nicht durchgeführt. Detailplanungen und Ausschreibungen erfolgen letztendlich immer durch ZiviltechnikerInnen oder Magistratsabteilungen.

Planungen im privaten Bereich

Bei Blocksanierungen (für einen ganzen Häuserblock wird ein gemeinsamer Sanierungsplan gemacht) werden Grünflächenkonzepte für Blockinnenbereiche (Abbrüche, Hofzusammenlegungen, Hofbegrünungen) und das Blockumfeld (umgebender Straßenraum) erstellt. Darin wird vorgeschlagen, wo Abbrüche und Hofzusammenlegungen sinnvoll erscheinen, welches Ensemble oder welche Bepflanzung

Innenhofsanierungen gehören zu den typischen Aufgaben der Gebietsbetreuung



schutzwürdig sind und wo Erneuerungs- beziehungsweise Gestaltungsbedarf besteht.

Bei kleinen Blocksanierungen (bei einem Haus werden Maßnahmen gesetzt, die auch den Nachbarhäusern zugute kommen) werden Vorschläge für grundstücksübergreifende Verbesserungsmaßnahmen wie Teilabbrüche und für etwaige Schutz- und Begrünungsmaßnahmen gemacht.

Im Rahmen der Hofbegrünungsaktion des Wiener Stadtgartenamtes werden mehr oder weniger detaillierte Begrünungsvorschläge für Hofbegrünungen (oft abhängig von MitarbeiterInnen in Gebietsbetreuungen) gemacht und dann zum Teil in Mieter- und Eigentümersammlungen diskutiert. Leistungsverzeichnisse und Ausschreibungen werden von den Gebietsbetreuung nicht durchgeführt.

In allen Fällen wird die Detailplanung und Ausschreibung von dem oder der LiegenschaftseigentümerIn an ein Architektur- oder Landschaftsplanungsbüro, an einen Gartengestaltungsbetrieb oder an eine Gärtnerei beauftragt. Die Grobkostenschätzung erfolgt zur Hilfestellung und Unterstützung der Bewohnergemeinschaft

Hofbegrünung und Baumpflanzung



Die Gebietsbetreuung sieht ihre Aufgabe in der Vermittlung, begleitenden Betreuung und der Mediation von freiraumplanerischen Projekten. Die konkreten Gestaltungen spielen eine untergeordnete Rolle.

manchmal durch die Gebietsbetreuungen.

Resümee

Gebietsbetreuungen betreiben im Rahmen von Freiraumplanungen vor allem Bewusstseinsbildung hin in Richtung Nachhaltigkeit, Ökologie und Bürgerbeteiligung. Die eigentliche Objektplanung spielt kaum eine Rolle.

Zur Nachhaltigkeit:

- Planungen sollen Raum für zukünftige Nutzungen beinhalten und schon jetzt Mehrfachnutzungen zulassen.
- Bei Planungen soll Vorhandenes berücksichtigt und eventuell über-

nommen werden, neue Elemente sollen dem Bedarf entsprechen.

- Die Gebietsbetreuungen erstellen Bedarfserhebungen, Raum- und Trendanalysen.

Zur Ökologie:

- Luft-, Stickstoff- und Wasserhaushalt sollen möglichst wenig gestört bzw. wiederhergestellt werden.
- Die Gebietsbetreuungen forcieren den Schutz von grünen Innenhöfen, Entsiegelungen im öffentlichen und privaten Freiraum, die Erhaltung von Ruderalzonen und die Schaffung von Flächen für die Entwicklung von Spontanvegetation. Weiters wird be-

sonderer Wert auf standortgerechte (Baum-)Pflanzungen gelegt.

Zur Bürgerbeteiligung:

- Hier besteht ein starker Kontext zur Nachhaltigkeit. AnrainerInnen sollen von Anfang an in das Projekt miteinbezogen werden. Sie sind die ExpertenInnen vor Ort, da sie Planungsraum und Bedürfnisse besonders gut kennen. Sie sollen daher nicht nur nach ihren Wünschen befragt werden, sondern im Planungsprozess aktiv mitarbeiten. Die zukünftigen Nutzergruppen sollen bei der Ausgestaltung so weit als möglich selbst Hand anlegen. Transparenz und Ehrlichkeit gegenüber den Betroffenen sollte von Seiten der Politik und den PlanerInnen selbstverständlich sein. (Manches geht halt nicht, oder es kostet zu viel, und manchen ist der Lärm, den spielende Kinder verursachen, immer zu laut).
- Die Gebietsbetreuung organisiert Beteiligungs- und Mediationsprozesse, nimmt gegebenenfalls an Agenda-21-Prozessen teil und initiiert bei Bedarf eine Parkbetreuung für bestimmte Parkanlagen.
- Die Gebietsbetreuungen vermitteln also zwischen Bewohnern, Bezirk und Magistrat. Sie sind eine Drehscheibe für (fast) alles und für (fast) alle. Sie geben die örtlich festgestellten Bedürfnisse an Bezirk, Magistrat und beauftragte PlanerInnen weiter.

Je konkreter und je kleiner das Projekt ist, umso größer ist auch die Erfolgsquote in Richtung Nachhaltigkeit, Ökologie und Bürgerbeteiligung – Hofbegrünungen und punktuelle Baumpflanzungen im Straßenraum werden oft sehr rasch verwirklicht.

Allgemeine Planungsziele lassen sich jedoch schwerer umsetzen. Entsiegelungen im Straßenraum wie der Einbau von Lavagranulat bei Schrägparkordnungen konnten z. B. von unserer Gebietsbetreuung 6/7 nicht

durchgesetzt werden. Die MA 28 wandte ein, dass dann das Abmarkieren der Schrägparkordnung nicht möglich sei, die MA 19, dass Lavagranulat nicht ins Wiener Stadtbild passe.

Auch der Spontanvegetation, in Wien „Gstett“ genannt, wird allgemein kein Wert beigemessen. Sie wird nach wie vor als unschön empfunden. Die Gebietsbetreuung 6/7 war bei der dauerhaften Durchsetzung von Ruderalflächen bis jetzt erfolglos, die Gebietsbetreuung 5 arbeitet jedoch derzeit an einer „erlebbareren“ Stadtwildnis.

Die Aneignung von Freiflächen durch BewohnerInnen (Nutzer) wird allgemein nicht gewünscht. (Eine Aneignung des Straßenraumes von Seiten der Autofahrer passiert jedoch ununterbrochen). Ab und zu werden Malaktionen im Rahmen der „Bunten Stadt“ von Schulklassen an Feuermauern und Schulen durchgeführt.

Die Befürchtungen betreffen vor allem Haftungsfragen (Verletzungen während und nach der Fertigstellung), eine unprofessionelle Ausführung, die angenommene allgemeine Unbeweglichkeit der WienerInnen und ihre Angst vor Neuem („Des hats no nie gebn“).

Gartenfest der Gebietsbetreuung: Bürgernähe ist selbstverständlich



Im Rahmen der Holbegrünungsaktionen werden mit den Mietern und Eigentümern Gestaltungsvorschläge diskutiert

Auch die Mehrheit der PlanerInnen ist grundsätzlich negativ gegenüber Aneignungen eingestellt. Sie befürchtet die Aufgabe ihrer Planungshoheit und einen daraus folgenden Machtverlust. Als Argument ihrer Ablehnung werden meist gestalterische Bedenken vorgeschoben. Die Erfahrung der Gebietsbetreuung zeigt jedoch, dass die Gestaltung umso besser angenommen wird, je intensiver die zukünftigen Nutzer ins Planungsgeschehen einbezogen sind, und es in der Folge weniger Vandalismusschäden gibt.

Bezirksfusion und leere Kassen

Vortrag von Bernd Schütze-Sieff

Seit dem 1. 1. 2001 sind die Berliner Bezirke Hellersdorf und Marzahn vereint zum neuen Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Für die Planung der Freiflächen stellen sich damit neue Aufgaben.

Hellersdorf-Marzahn – weit mehr als eine Plattenbausiedlung

Der Bezirk Hellersdorf-Marzahn, von Außenstehenden überwiegend mit dem Begriff „Plattenbausiedlung“ identifiziert, ist auf dem überwiegenden Teil seiner Flächen nicht durch den industriellen Wohnungsbau der DDR, sondern durch einen Teppich von Einzel- und Doppelhäusern im traditionellen Straßenraster des 19. Jahrhunderts geprägt. Von den rund 6000 Hektar Gesamtfläche des Bezirks sind nur ca. 2000 Hektar durch industriellen Wohnungsbau überformt. Rund 4000 Hektar aber sind in ihrem Erscheinungsbild überwiegend durch

Übersicht über die Freiflächen in Marzahn-Hellersdorf

Daten des neuen Bezirks Marzahn - Hellersdorf:

Fläche:	6.071 ha
Einwohner	266 937
Öffentliche Grünflächen: (10,5% der Gesamtfläche)	633,7 ha
Kleingärten:	192,5 ha 4182 Parzellen
Friedhöfe:	37,2 ha
Kinderspielflächen:	22,6 ha
Naturdenkmale:	30 Bäume
Schutzgebiete:	95,8 ha



Das nördliche Wühletal bildet die zukünftige „grüne Mitte“ des Doppelbezirkes Hellersdorf - Marzahn.

die Siedlungsgeschichte und die Geschichte der Industrialisierung in Berlin bestimmt, von denen weitere in Hellersdorf-Marzahn mit dem Bau der Eisenbahnen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einsetzte und bis heute, von beeindruckenden Ausnahmen abgesehen, die nahezu vollständige Umwandlung der Äcker und Wiesen in Stadtlandschaft bewirkte.

Steinzeitliche Funde an der Wuhle in Biesdorf belegen eine lange Siedlungstradition im Bezirk, die Orte sind allerdings alle versunken. Erst später im Mittelalter entstanden entlang des Berliner Handelswegs nach Osten (heute Bundesstraße 1/5) am Rande des Urstromtales die Dörfer

Biesdorf (1375), Kaulsdorf (1285) und Mahlsdorf (1345). Marzahn wurde 1300 erstmalig genannt, Hellwigstorp, eine ehemalige Wüstung in Hellersdorf, 1375.

Nach dem oben erwähnten Hauptentwicklungsschub nach dem Bau der Eisenbahnen wurden in den Zwanzigerjahren weitere Stadtrandsiedlungen gebaut. Die drängenden sozialen Probleme in der Stadt bewirkten eine Suche nach Lösungen, an der sich in Hellersdorf auch namhafte Architekten wie Bruno Taut beteiligten. Seine Doppel- und Einzelhaussiedlungen prägen noch heute das Bild in Teilen von Mahlsdorf.

Das Wohnungsbauprogramm 90 der DDR veränderte die Ortsteile Marzahn und Hellersdorf seit 1975. Auf den ehemaligen Rieselfeldern wurden 60.000 Wohnungen in Marzahn sowie weitere 42.700 Wohnungen in Hellersdorf errichtet. In kürzester Zeit fanden damals rund 300.000 Einwohner – meist junge Familien – eine Neubauwohnung. Während in Marzahn der Neubau einschließlich der Grünflächen vor 1989 beendet war, wurden die Tätigkeiten in Hellersdorf durch die Wende unterbrochen.

Seit Anfang der Neunzigerjahre sind drei Prozesse bestimmend im Bezirk:

- die Fertigstellung, Sanierung und Modernisierung der Gebäude und Freiflächen in den Großsiedlungen;
- die Nachverdichtung in den Siedlungsgebieten durch neue Einzel- und Doppelhäuser bei gleichzeitiger Teilung der großen Grundstücke;
- Planung und Bau der neuen Entwicklungsgebiete sowie größerer Gewerbestandorte.

Heute geben die fünf verschieden entwickelten ehemaligen Dörfer und das Gut Hellersdorf dem neuen Bezirk ein unverwechselbares Gesicht:

- Moderne Wohnhöfe mit überwiegend sechsgeschossigen Gebäuden, öffentliche Grünzüge und offene Landschaftsräume an den Rändern gliedern Hellersdorf.
- Weite offene Räume mit eingestellten überwiegend elfgeschossigen Wohnhausscheiben oder Türmen und dem zentralen Bürgerpark bilden die Stadlandschaft Marzahn.
- Baumbestandene Straßen, von Gärten gesäumt, ab und zu unterbrochen von kleinen Stadtplätzen oder Parks, prägen Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf, in denen die Bebauung mit frei stehenden Einzel- und Doppelhäusern vorherrscht.
- Gut erkennbar sind die Dorfanger von Biesdorf, Kaulsdorf und Marzahn. In Kaulsdorf zeigt die Lage am Hang



Die Kaulsdorfer Seen: das erste Hellersdorfer Landschaftsschutzgebiet, eine 90 ha große Kiesseenlandschaft

des Wuhletals noch heute den ursprünglichen Zusammenhang von Dorf, Gärten und Wiesen.

Die demographische Entwicklung ist infolge der unterschiedlichen Entwicklungsdynamik in den Teilräumen differenziert zu betrachten. Während in den Großsiedlungen des komplexen Wohnungsbaus der DDR teilweise gravierende Rückgänge der Einwohnerzahlen zu beobachten sind, besteht in den Ortsteilen Biesdorf, Mahlsdorf und Kaulsdorf auf Grund der attraktiven Wohnstandorte ein erheblicher Nachverdichtungsdruck mit einer Verdoppelung, eventuell sogar Verdreifachung der Einwohnerzahl als langfristiger Prognose.

Größere Standorte für Industrie und Gewerbe liegen im Nordwesten und Westen von Marzahn sowie im mittleren Bereich entlang der Bundesstraße 1/5 zwischen Biesdorf und Mahlsdorf. Insgesamt stagniert die Entwicklung zur Zeit.

Natur, Landschaft und Grünflächen

Markant ist die landschaftliche Prägung des Bezirks. Charakteristisch

sind die Nähe zur Brandenburger Landschaft, die interessante topographische Lage zwischen Barnim und Spree mit dem weiten Ausblick vom „Berliner Balkon“ sowie die Gliederung durch das Wuhletal mit seinen Seitenarmen als grünem Rückgrat und Bindeglied zwischen den Ortsteilen. Ortsbildprägend sind heute auch drei Trümmerberge im Wuhletal, die mit Höhen bis zu 105 Metern über NN die flache Landschaft deutlich überragen.

Flächen, die für den Biotop- und Artenschutz besonders wertvoll sind, liegen zum Teil in direkter Nachbarschaft zu den Großsiedlungen, zum Teil im Siedlungsgebiet. Sie sind nicht nur wertvolle Zeugen der erdgeschichtlichen Vergangenheit, sondern häufig als Folge des Raubbaus an der Landschaft auch Zeugen für die Wiedergewinnung verwüsteter Flächen durch die Natur.

Das Landschaftsschutzgebiet Kaulsdorfer Seen ist durch Kiesabbau – zeitweise unter Einsatz von Zwangsarbeitern während des Nationalsozialismus entstanden. Die Hönower Weiherkette ist Lebensraum für zahlreiche Vogel- und Amphibienarten. Hier lebt seit

1995 auch wieder die europaweit geschützte Rotbauchunke. Kleinere Schutzgebiete sind der Weidengrund, die Feuchtwiese „Am Bachrain“ und der Rohrpfuhl Mahlsdorf. Alte Einzelbäume von kulturhistorischer Bedeutung und botanische Besonderheiten sind als Naturdenkmale ausgewiesen. Parkanlagen ergänzen das Bild. Bürgerpark und Springpfuhlpark in Marzahn entstanden parallel zum Bau der Wohngebäude. Der Rohrbruchpark in Hellersdorf, der Wuhlepark an der Siedlung Landsberger Tor oder der Grünzug an den Ahrensfelder Bergen sind neu gestaltete Anlagen. Eine besondere Attraktion ist der Erholungspark Marzahn – das Gelände der ehemaligen „Berliner Gartenschau“, die parallel zur Bundesgartenschau Berlin-Britz 1985 geplant wurde – mit seinem chinesischen Garten, einem Geschenk der chinesischen Regierung. Zur Zeit im Bau sind der Stadtpark in der Hellen Mitte sowie die Parkanlagen in den Entwicklungsgebieten Biesdorf-Süd und Landsberger Tor. Die historische Parzellierung von Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf berücksichtigte zahlreiche kleinere Parks und Plätze. Graff-, Frans-Hals- und Boschpolder Platz sind besondere

Erholungsorte in den großflächigen Siedlungsbereichen, dienen der Gliederung und Orientierung. Andere Plätze dagegen, z. B. Lappiner-, Balzer- oder Iselbergplatz, wurden umgenutzt oder bebaut. Bisher noch brach liegen Lehnitz- und Durlacher Platz. Ein wichtiger Anfang zur Wiedergewinnung und Verschönerung öffentlicher Orte im Siedlungsgebiet waren die Neugestaltungen am Melanchthonplatz, am Langenbeckplatz und am Platz 18.

Historische Gartenanlagen sind der Schlosspark Biesdorf – in der Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden – und der Gutspark Mahlsdorf mit dem Gründerzeitmuseum. Beide sind heute als Gartendenkmäler weitgehend restauriert und dienen als Veranstaltungsort für Konzerte, Kunstereignisse und Hochzeitsfeiern. Mit der Sanierung des Mahlsdorfer Waldowparks steht ein weiterer historischer Freiraum der Öffentlichkeit wieder zur Verfügung. Spielplätze gibt es im Bezirk in unterschiedlicher Qualität. Besonders attraktive Spielorte sind der Libertypark und Erlebnisspielplatz Senftenberger Straße in Hellersdorf, der große Spielplatz im Bürgerpark

Marzahn sowie der Aktivspielplatz des Vereins Kinderkleeblatt e. V., auf dem auch Tiere gehalten werden.

Freiraumversorgung nach Richtwerten

Grundlage für die Qualität des neuen Bezirks als Wohn-, Arbeits- und Freizeitstandort sind entsprechende Angebote an Grün- und Freiflächen in ausreichender Zahl. Die quantitative Betrachtung der Versorgung mit Erholungsflächen zeigt auf der Basis der Richtwerte für Grün- und Freiflächen 1 gemäß dem Landschaftsprogramm 1994 und einer zu Grunde gelegten Einwohnerzahl (E) von ca. 265.000 folgendes Bild:

Rund 210 Hektar öffentliche Grün- und Freiflächen stehen für die wohnungsnah und siedlungsnah Erholung zur Verfügung, demgegenüber steht ein Bedarf von rund 345 Hektar. Der Versorgungsgrad liegt damit bei rund 61 Prozent. Im Bereich Marzahn ist der Bedarf weitgehend gedeckt, die Unterversorgung konzentriert sich auf die später entstandene Großsiedlung von Hellersdorf mit 5,5 Quadratmeter wohnungsnaher Grünflächen pro Einwohner. Zusätzlich zu diesen Flächen sind rund 424 Hektar als Naherholungsgebiete vorhanden, die weitere wichtige Erholungsfunktionen übernehmen und gegebenenfalls auch zur intensiveren Erholungsnutzung gestaltet werden können.

An Spielplätzen sind rund 203 Hektar Bruttofläche vorhanden. Das bedeutet bei einem Bedarf von 1,5 Quadratmetern pro Einwohner eine Versorgung von 50,7 Prozent (0,76 Quadratmeter pro Einwohner). Es besteht damit ein weiterer Bedarf an Spielangeboten in einer Größenordnung von ca. 19,5 Hektar, der sich auf Hellersdorf und Marzahn relativ gleichmäßig verteilt.

Die Feuchtwiese am Bachrain: geschützter Landschaftsteil in Kaulsdorf



Rund 35 Hektar Sportflächen (netto) stehen einem Bedarf von rund 93 Hektar gegenüber (38 Prozent Versorgung). Dabei ist der Fehlbedarf an zweckbestimmten Sportangeboten in Hellersdorf erheblich größer als in Marzahn.

Das Angebot an Kleingärten mit insgesamt 192,5 Hektar entspricht einer Versorgung von ca. 72,5 Prozent (fünf Quadratmetern pro Einwohner) und stellt ein wichtiges Freizeitpotenzial dar. Auf Grund der Parzellengröße von durchschnittlich 460 Quadratmetern bei ca. 4.180 Parzellen kann durch Teilung auf Richtgrößen von 250 Quadratmetern die Anzahl der Kleingärten erheblich vergrößert werden.

Qualitätsziele für den neuen Bezirk

Eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der lokalen Agenda 21 und entsprechend den Zielen des Gesunde-Städte-Netzwerks setzt voraus, dass die ökologischen Qualitäten im Bezirk erhalten und zukunftsfähig weiterentwickelt werden. Hierzu sind die Erweiterungen der Schutzgebiete ein wichtiges Ziel. Darüber hinaus muss bei allen Planungen sichergestellt werden, dass Landschaft, Biotope und die vielen heimischen Tier- und Pflanzenarten in ihrer Entwicklung so weit wie möglich gesichert und gefördert werden.

Zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität müssen die Freizeit- und Erholungsangebote weiter ausgebaut werden. Die Parks und Grünanlagen sollten den Bürgern so zur Verfügung stehen, wie diese sie vorzufinden wünschen. Da die Anforderungen wechseln, kann nur eine regelmäßige Erweiterung und Anpassung der Nutzungsangebote sicherstellen, dass die Bürger sich auch morgen noch gern in den Freiräumen aufhalten. Von entscheidender Bedeutung für das



Kinderspielplatz an der Senftenberger Straße, errichtet 1994

Ansehen des Bezirks bei Bürgern, Gästen und Investoren ist die Gestaltungsqualität der Grünanlagen. Ein guter Pflegezustand, angemessene Ausstattungsstandards und eine moderne Ausstrahlung der Anlagen sind die Visitenkarte des Bezirks und Voraussetzung für ein angenehmes Erscheinungsbild. Die Schaffung von eindeutigen Orten mit Symbolwert, von Eingangsbereichen und besonderen Plätzen erhöht die Identifikation mit dem Ort und verbessert die Orientierung.

Der demokratische Dialog zwischen Bürgern, Politikern und Verwaltung ist dabei selbstverständlich. Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Verbände und Investoren werden im Sinne einer nachhaltigen Bezirksentwicklung auch zukünftig sowohl in die Planung als auch in die Gestaltung miteinbezogen.

Entwicklungsziele

Die Fusion von Hellersdorf und Marzahn schafft neue Perspektiven für Landschaft, Freiraum und Erholung. Sie bietet die Chance, zukünftige Gemeinsamkeiten zu entwickeln, ge-

wachsene Identitäten zu stärken und neue Qualitäten zu entdecken. Es kommt darauf an, die Vielfalt der fünf Ortsteile mit jeweils unverwechselbaren Gesichtern zu fördern und in die gemeinsamen Landschaftsräume einzubetten.

Handlungsleitend für die nächsten Jahre sind folgende Aufgaben:

- Die Gestaltung von Wuhletal, Seelgraben und Barnimhang als zentraler Grünraum, der Marzahn, Hellersdorf, Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf miteinander verbindet. Hier soll ein gemeinsamer Ort geschaffen werden, der nachhaltig in seiner spezifischen ökologischen Qualität, seinem typischen Landschaftsbild und seiner Eignung für die Erholung entwickelt wird.
- Die Erhaltung und Entwicklung der peripheren Landschaftsräume und die Sicherung ihrer Verbindungen zu den umgebenden Erholungsgebieten durch großzügige Wege- und Biotopverbindungen. Insbesondere die weitgehend verbaute Anbindung des „Berliner Balkons“ und des Barnimhangs an den östlich anschließenden Landschafts-



Der Waldowpark: Der zu Beginn der zwanziger Jahre angelegte Park wurde nach jahrzehntelanger Fehlnutzung im Jahr 1998 behutsam neugestaltet.

raum Dahlwitzer Forst sowie an den Neuenhagener Mühlenfließ ist planungsrechtlich zu sichern.

- Die Fertigstellung der Großsiedlung Hellersdorf, insbesondere die Realisierung des Stadtparks Hellersdorf, des letzten Drittels des Windschutzstreifens und der Hellersdorfer Parktrilogie sowie weiterer Freizeit- und Erholungsangebote. Ziel dieser Gestaltungen ist die Schaffung von vielfältigen Freizeit- und Erholungsangeboten vor allem für ältere Kinder und Jugendliche.

- Die Modernisierung und Erneuerung öffentlicher Grün- und Freiflächen in der Großsiedlung Marzahn sowie deren Ergänzung um weitere Parks und Spielplätze vor allem für Jugendliche. Durch Sanierungen und Aufwertungen ist das Erscheinungsbild und die Aufenthaltsqualität zu verbessern. Zusätzlich sind Nutzungskonzepte für nicht mehr benötigte Einrichtungen der sozialen Infrastruktur (Kindertagesstätten, Schulen) zu entwickeln, soweit sie das Spektrum an öffentlich nutzbaren Freiräumen sinnvoll erweitern können.

- Die Sicherung, Rückgewinnung und

Gestaltung von Stadtplätzen und Parkanlagen in den Siedlungsbereichen von Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf vor dem Hintergrund der weiteren baulichen Verdichtung als wichtige öffentliche Räume für Freizeit, Erholung und Kommunikation. Die Bedürfnisse von älteren Kindern und Jugendlichen müssen hierbei besondere Berücksichtigung finden, da entsprechende Angebote bisher fehlen.

- Die historisch bedeutenden Freiflächen sind gartendenkmalpflegerisch zu entwickeln. Zusätzlich soll der Gutsbereich Hellersdorf als wichtiger öffentlicher Ort für Freizeit, Erholung und Identifikation gestaltet werden. Dabei sind die historischen Spuren zu sichern sowie die räumlichen Strukturen und Bezüge nachvollziehbar wiederherzustellen.

- Zur Sicherung der ökologischen Qualität von inneren Landschaftsräumen ist die Ergänzung bisheriger Schutzgebiete erforderlich. Priorität haben die Erweiterung des Landschaftsschutzgebietes Kaulsdorfer Seen um Barnimhang und Elsensee sowie die Neuweisung der Hönower Weiherkette als Landschaftsschutz-

gebiet. Weiterhin sind die Pfulde und Feuchtgebiete Unkenpfuld, Rohrbruch, Schleipfuld und Kreppfuld zu sichern, ebenso der Biesenhorster Sand.

Strategien und Konzepte

Zur planerischen Sicherung der Freiflächen sind, abgeleitet aus dem Landschaftsprogramm und aus dem Flächennutzungsplan für Berlin, Bauungspläne zur Flächensicherung und Landschaftspläne zur Sicherung der ökologischen Qualität erforderlich. Diese sind im Bezirk für einen großen Teil der Flächen in Bearbeitung, insbesondere für den zentralen Grünraum Seelgraben, Wuhletal, Barnimhang und Kaulsdorfer Seen.

Landschaftspflegerische Konzepte für wertvolle Naturräume liegen vor, ebenso Baumleitpläne für den Straßenraum in der Großsiedlung Hellersdorf und im Siedlungsgebiet Kaulsdorf und Mahlsdorf. Ein Spielplatzplan wurde für den ehemaligen Bezirk Hellersdorf ebenfalls verabschiedet. Baumleitpläne und Spielplatzplan sind im Zuge der Fusion zu aktualisieren und auf das ehemalige Marzahn Gebiet zu erweitern. Zudem ist ein Grünentwicklungsplan für den gemeinsamen Bezirk auf der Grundlage des „Grünen Stadtplans“ erforderlich. Dieser soll als Zwischenglied zwischen dem Landschaftsprogramm und den Landschaftsplänen allgemeine Ziele der Freiraumentwicklung im neuen Bezirk formulieren und die Entwicklungsgrundlage für die nächsten zehn Jahre schaffen.

Erfahrungen mit der Realisierung der Pläne und Konzepte

Sehr problematisch ist die Umsetzung der Ergebnisse dieser Planungen. Die nachfolgend dargestellten Erfah-

rungen beziehen sich auf die Fläche des ehemaligen Bezirks Hellersdorf.

1. Investitionen des Naturschutz- und Grünflächenamtes

Seit 1995 stehen dem Bezirksamt Hellersdorf kaum investive Mittel für den Neubau oder die Unterhaltung von Parkanlagen oder Spielplätzen zur Verfügung. Die Haushaltsansätze der vergangenen Jahre wurden regelmäßig in das Folgejahr verschoben. Für das Jahr 2001 sind Mittel für zwei Vorhaben im Haushaltsplan eingestellt: einen Spielplatz im Wuhletal und für die Sanierung des Gartendenkmals Ulrichplatz (Entwurf: Erwin Barth) im Siedlungsgebiet.

2. Umleitung von nicht verbrauchten Haushaltsmitteln

Im Jahre 1999 stellte sich heraus, dass Investitionen des Hochbauamtes nicht umgesetzt werden konnten. Das Naturschutz- und Grünflächenamt Hellersdorf meldete daraufhin einen entsprechenden Bedarf an. Unter Einsatz des Planungspersonals wurde für den Paul-Levy-Platz ein Entwurf geschaffen, der inzwischen realisiert wurde.

3. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Das Baurecht in Verbindung mit dem Naturschutzrecht bietet über die Festsetzung von Ausgleichsflächen und Ausgleichsmaßnahmen und über städtebauliche Verträge die Möglichkeit, Investoren zur Gestaltung öffentlicher Grünanlagen zu verpflichten. Die Investoren erwirken sich auf diese Weise das Recht einer höheren Grundstücksauslastung. In Hellersdorf werden auf diese Weise z. B. der Stadtpark für 12,8 Mio DM sowie vier kleinere Plätze für 3,6 Mio DM gestaltet (vgl.

den Beitrag von Frau Jirku in diesem Heft).

4. Private Public Partnership

Ziel des Verfahrens ist die Durchführung von Projekten zu gegenseitigem Nutzen. In Hellersdorf wurde dieses Verfahren für den Rohrbruchpark angewendet. Der Wunsch eines Investors im Stadtteilzentrum, Boden preiswert zu entsorgen, korrelierte mit dem Bedarf an Bodenmassen für den Entwurf des Parks am Rande des Wuhletales. In einem Vertrag mit dem Naturschutz- und Grünflächenamt wurden Bodenmengen und -qualitäten sowie die Gestaltung des Parks mit großen Rasenflächen, Bänken, Wegen, Rampen, Treppen und 144 Bäumen festgelegt. Der Park, für den 18 Mio. DM Kosten geplant waren, entstand so in einer ersten Ausbauvariante kostenfrei für den Bezirk. Zur Zeit wird ein ähnliches Projekt für den Terrassenberg in der Parktrilogie durchgeführt.

5. Public Public Partnership

Bei der Gestaltung des Hellersdorfer Grabens durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Gewässerausbau) entstand ein ähnliches Problem wie im Stadtteilzentrum. Der zu entsorgende Boden wurde entsprechend den Vorgaben des Entwurfs für den Hellersdorfer Graben in Randflächen eingebaut, im Gegenzug wurde ein Weg hergestellt.

6. Maßnahmen aus Pflege- und Unterhaltungsmitteln in Verbindung mit ABM- und SAM-Projekten

Die Arbeitsämter in der Bundesrepublik Deutschland fördern Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen (abgekürzt ABM, SAM). Freie Träger, deren Haupttätigkeit darin besteht, Projekte für Arbeitslose umzusetzen, bauen – neben anderen Projekten – in Zusammenarbeit mit den Grünflächenämtern Grünanlagen und Spielplätze. Eine Variante besteht darin, dass Landschaftsbaufirmen Projekte beantragen, in denen sie Arbeitslose beschäftigen (beschäftigungswirksame Auftragsver-

Friedhofanlage in Hellersdorf, geprägt durch alte Baumbestände und üppig wachsende Hecken





Die Hönover Weiherkette am Nordrand der Großsiedlung soll zum Landschaftsschutzgebiet erklärt werden.

gabe). Voraussetzung ist immer, dass für diese Projekte im öffentlichen Haushalt keine Investitionsmittel zur Verfügung stehen. In Hellersdorf wurden auf diese Weise vier Grünanlagen hergestellt: Simrock- und Langenbeckplatz, Waldowpark und der Spielplatz am Moosbruch.

7. Förderprogramme der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

Für die Fertigstellung der Großsiedlung Hellersdorf wurden seit 1990 Fördersummen in dreistelligen Millionenbeträgen durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zur Verfügung gestellt. Dieses Geld durfte jedoch bis 1998 ausschließlich auf den privaten Flächen der Wohnungsunternehmen eingesetzt werden. Infolge dieser Strategie entstanden teure Designerinnenhöfe bei den Wohnungsunternehmen, die im Laufe der Jahre mehrfach überformt wurden; der öffentliche Raum gleich nebenan verfiel und verfällt zunehmend. Nach jahrelangen Diskussionen wurden die Förderungsbedingungen im Jahre 1999 geändert. Jetzt ist es möglich, öffentliche Grünflächen ebenfalls, zumindest indirekt, zu fördern. Voraussetzung ist

allerdings, dass sich ein Wohnungsunternehmen bereit erklärt, einen Antrag zu stellen, die Flächen während der Bauzeit zu übernehmen, das Projekt durchzuführen und die Flächen anschließend an das Bezirksamt zurückzugeben. Diese Bereitschaft entwickelte sich zunächst im Zuge des Wunsches der Anwohner, Spielplätze wegen der Lärmbelastigung aus den Innenhöfen auszulagern. Eine weiterer Motor ist seit kurzem der Wunsch, das angestellte Fachpersonal der Wohnungsunternehmen zu finanzieren. Mit der

Fertigstellung der eigenen Flächen wurde dieses zunehmend weniger ausgelastet. Unter Ausnutzung dieses Förderinstruments entstanden bisher in kleineren Projekten Bolzplätze, und im Straßenraum wurden Baumpflanzungen durchgeführt. Größere Projekte der nächsten Jahre sind eine Grünverbindung durch den Bezirk (deren erster Abschnitt in der Hönower Weiherkette 2000 fertig gestellt wurde), die Gestaltung der Parktrilogie und die Fertigstellung der Grünanlagen am Windschutzstreifen.

Probleme

Traditionelle Strategien staatlichen Handelns gehen von einer Struktur aus, in der strategische Entscheidungen der politischen Spitze mit Rechts-, Sach- und Personalmitteln implementiert und anschließend von der Verwaltung exekutiert werden. Für Berlin gilt dies für Entscheidungen des Abgeordnetenhauses oder des Senats. Ähnliches gilt in den Bezirken, die zwar keine eigenen Rechtspersönlichkeiten (z. B. im Sinne einer Gebietskörperschaft) sind, aber als Organe der Verwaltung mit dem Bezirksamt und der Bezirksverordnetenversammlung über eigene politische Entscheidungsträger

Der Rohrbruchpark: Im Zuge eines internationalen landschaftsplanerischen Wettbewerbes zum Hellersdorfer Graben entstand auch ein Entwurf zum Rohrbruchpark.



verfügen.

Diese traditionelle Kette ist seit einiger Zeit unterbrochen. Die Ursachen dafür sind unter anderem der Wandel im Selbstbild des Staates (Stichwort Neoliberalismus) und die zunehmende öffentliche Armut.

In Berlin finden diese Ursachen Ausdruck:

- in der Verwaltungsreform;
- in der Gebietsreform;
- in der Personalreduktion;
- in den abnehmenden Haushalten.

Ergebnis ist die Verlagerung von Verantwortung nach unten bei gleichzeitiger Reduzierung der verfügbaren Ressourcen. Konkret bedeutet dies z. B. bei den Naturschutz- und Grünflächenämtern, dass die Erfüllung von Aufgaben erwartet wird, über die politische Beschlüsse vorliegen, für die aber neue Ressourcen nicht bereitgestellt, bisher gesicherte zudem weiter reduziert werden. Dies gilt für Personal, Sachmittel und Investitionen.

Ein Beispiel ist – neben den oben dargestellten Neubaustrategien – die Entwicklung der Haushalte für Pflege und Unterhaltung der Grünflächen. In seinem Entwurf zum Jahresbericht 2001 stellt der Rechnungshof von Berlin folgendes fest: „Öffentliche Grün- und Erholungsanlagen können nicht mehr ausreichend unterhalten und gepflegt werden, weil der Senat und die Bezirksämter seit Jahren die Haushaltsansätze und Ausgaben für

die Unterhaltung der Grünanlagen auf fast ein Drittel des errechneten Finanzbedarfs reduziert haben. ... Diese Entwicklung ist Besorgnis erregend, weil Grünanlagen längerfristig in ihrem Bestand gefährdet sind, wenn sie nicht ausreichend gepflegt werden. Darüber hinaus entsteht ein verhängnisvoller Kreislauf, weil durch nicht ausreichend gepflegte Grünanlagen die Hemmschwelle für Vandalismus immer weiter herabgesetzt wird.“

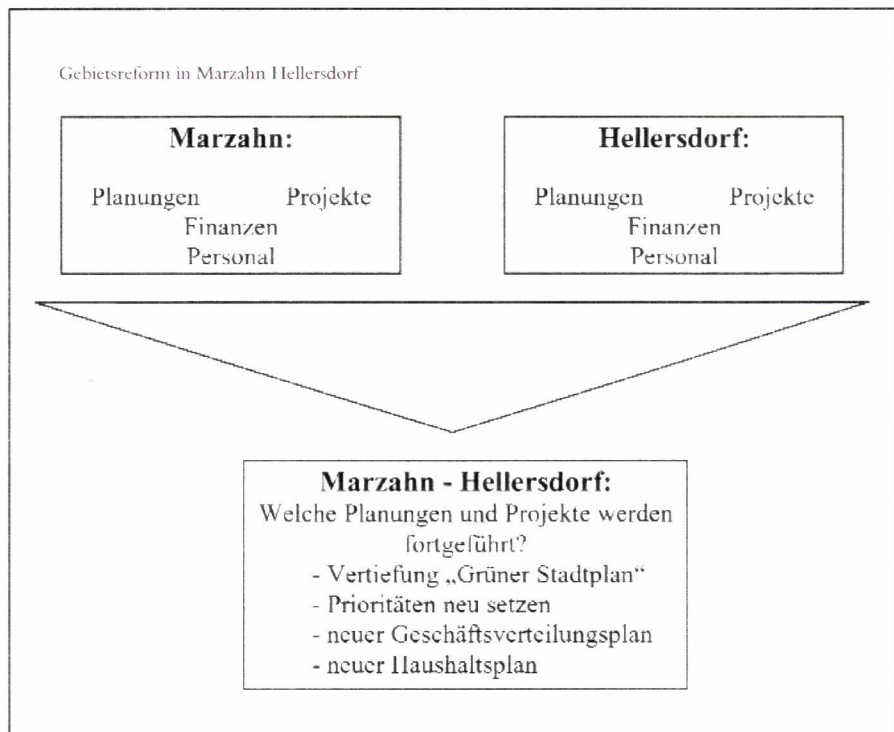
Die Strategien zum Umgang mit dem Mangel sind ähnlich wie bei den Investitionen. Fehlendes Fachpersonal (60 Stellen besetzt, 57 Stellen gestrichen) wird ergänzt durch:

- umgesetzte Köche, Küchenhilfen,

Hausmeister, Reinigungskräfte etc.;

- ABM- und SAM-Maßnahmen (überwiegend Müllberäumung);
- Sozialhilfeprojekte (Integration durch Arbeit);
- den Einsatz von Strafgefangenen und die tageweise erfolgreiche Mitwirkung jugendlicher Straftäter.

Unter diesen Ansätzen leidet letztendlich die Qualität der Grünanlagen. Gleichzeitig werden Revierleiter und Vorarbeiter tagtäglich mit sozialen Problemen konfrontiert, für deren Bewältigung ihnen die Ausbildung fehlt.



Raum, Tradition, Reduktion

Vortrag von Gabriele Kiefer

Meinen ersten Kontakt mit Wien hatte ich anlässlich der „Installation im öffentlichen Raum“. Damals wurde mir diese Aktion so erklärt, dass die Landschaftsarchitekten in Wien zu wenig bauen dürften, aber doch etwas zum Stadtraum sagen wollten. Es war eine Möglichkeit, Stadträume zu besetzen. Heute habe ich hier auf diesem ersten Dia gesehen, das Wien zu 50 Prozent aus Grünflächen besteht – das klingt toll. Herr Glotter stellte den Grüngürtel vor, das klang ebenfalls toll, auch wenn es gleich ein wenig abgeschwächt wurde. Auf der anderen Seite höre ich vom Museumsquartier. In Berlin ginge das nicht, dass da ein Landschaftsarchitekt nicht zumindest mitdiskutiert. Trotzdem sagen manche Landschaftsarchitekten hier, es ginge ihnen ganz gut. Vielleicht hat man sich ja mit der Situation abgefunden. Die ersten fünf Jahre hab ich mich auch von Bohnen und Spaghetti ernährt, denn mehr gabs nicht. Trotzdem: Ich bin ziemlich irritiert. Was ist in Wien los? Zumal ich oft schon Praktikanten aus Wien hatte. Ich hatte auch Ingenieure aus Wien, habe zwei Leute von hier, die ich sehr gut finde, die sehr viele Ideen haben. Auf der anderen Seite stellt sich die österreichische bzw. die Wiener Landschaftsarchitektur auf keinem internationalen Symposium vor. Was steckt da dahinter? Ich habe viel Widersprüchliches mitgekriegt. Vielleicht sind die Architekten die Bösen, vielleicht machen die Landschaftsarchitekten selbst zu wenig. An

den Beginn meines Vortrag möchte ich also ein großes Fragezeichen stellen.

Ich wollte das voranstellen, weil ich mich gerne in einen Kontext einordne. Zudem können wir Berliner viel davon lernen: Dadurch, dass wir sehr viele Dinge bauen konnten, sind wir vielleicht ein bisschen selbstverliebt geworden, denken, dass wir die Besten überhaupt sind und die Aufträge von selbst auf uns zukommen. Zum Teil müssen wir uns fast zu wenig um die Aufträge bemühen.

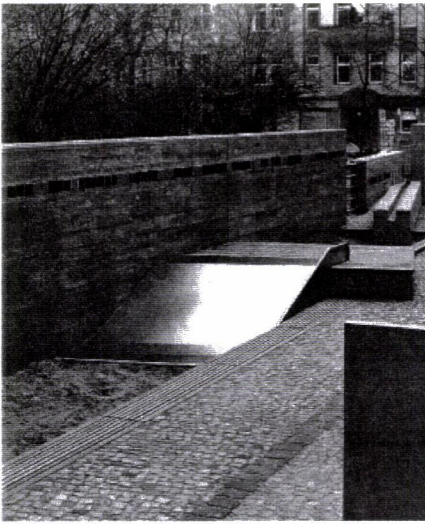
Normalerweise werde ich entweder zu einem reinen Werkstattvortrag eingeladen oder dazu, zu einer theoretischen Frage zu sprechen. In der Einladung zu diesem Symposium heißt es, man solle anhand konkreter Projekte kritisch darstellen, wie es zum Entwurf kam, wie zur Möglichkeit zu bauen, wie sich der Entwurf verändert hat etc. Ich beginne mit einem Blick auf Berlin. Manchmal, muss ich zugeben, bin ich sehr schlecht auf Berlin zu sprechen, weil auch dort die Planungskultur schwierig sein kann. Es gibt ein paar diktatorische Personen, und je nachdem, ob sie einem wohlgesonnen sind oder nicht, arbeitet man einfacher oder schlechter. Seit ich gestern den Eindruck gewonnen habe, dass es hier viel schwerer ist, bin ich wieder positiver gestimmt. Ich werde also Berlin, die Projekte und Verfahren eher positiv darstellen, obwohl auch dort einiges an Kritik angebracht wäre.

Beginnen möchte ich mit meinem ersten Projekt, auf das ich immer noch sehr stolz bin. Gestern bei einer Diskussion mit Wiener Architekten ging es auch darum, wie sich eine Stadt auf dem Gebiet der Landschaftsarchitektur etablieren kann. Warum war Barcelona, warum ist Berlin schon seit längerer Zeit im Gespräch? Ich denke, das kommt daher, dass wir die Chance hatten, nach dem Mauerfall vieles auszuprobieren. Man bekam ein Projekt, auch wenn man noch kein Profibüro war, und durfte bauen. Dadurch lernten wir sehr viel. Solange nicht die Möglichkeit besteht, wirklich zu bauen, sich in Konkurrenz zu setzen, Architekten zu widersprechen oder mit ihnen zusammen etwas zu entwickeln, ist die Qualitätsfrage für einen selbst schwieriger zu beantworten.

Gartenhof Pestalozzistraße, Berlin

Ich hatte als junge Landschaftsarchitektin – das war 1989 – das Glück, einen Wettbewerb zum Thema „Ökologischer Stadtbau“ zu machen. In Berlin ist es bei vielen Projekten ein Muss, dass ein Landschaftsarchitekt dabei ist. Das wurde eher wieder aufgehoben, weil sich viele Architekten beschwert haben. Wenn es 1000 Architekten gibt und 100 Landschaftsarchitekten, dann finden 900 Architekten keinen Landschaftsarchitekten. Deshalb hat man beschlossen, diese Regelung bei manchen Wettbewerben

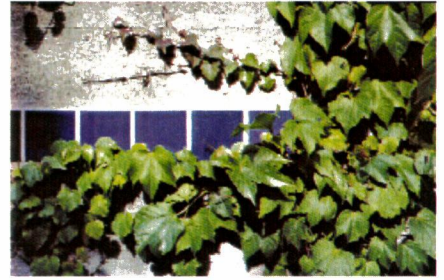
auszusetzen, weil sonst einige gute Architekten nicht mehr an ihnen hätten teilnehmen können.



Mauern teilen den Gartenhof in unterschiedliche Zonen

Unser erstes Projekt also entsprang einem Wettbewerb, an dem wir gemeinsam mit einer Architektin teilgenommen haben. Die Mauer fiel, und unser Bausenator hatte angekündigt, 2000 Wohnungen zu bauen. Innerhalb eines Dreivierteljahres hatte ich mein erstes Bauprojekt, und das war wichtig, weil ich dann dem nächsten Bauherren sagen konnte: „Ich habe gebaut.“ Man wird sehen, dass unsere nächsten Projekte viel reduzierter werden. Ich

selbst habe ein Problem mit Fülle an sich und vor allem mit Fülle in der Stadt – der Bilderfülle und der Bilderflut. Unser Ziel ist es daher, sehr reduziert zu arbeiten. Der französische Philosoph Marc Aucter stellte die These auf, dass wir durch die Bilderflut in der Welt – jeder kennt das: durch Werbung, durch Computer, vor allem durch Fernsehen – so voll sind, dass wir keine Heimat mehr haben. Deshalb müssen wir als Planer reduzieren, damit wieder Freiraum zum Denken entsteht. Das ist die Philosophie unseres Büros. Bei den ersten Projekten haben wir das noch nicht so gemacht. Dadurch, dass wir viel bauen durften, konnten wir uns selbst korrigieren. Ich habe bei Hans Loidl gelernt, einem Wiener. Sein großes Thema war die qualifizierte Dichte in der Stadt. Auch in der Enge der Stadt kann ein Freiraum gut sein, „qualifiziert“ also. Wir stellten uns die Aufgabe, in einem Freiraum ein künstliches Relief zu schaffen. Der Raum war wirklich sehr klein. „Ökologie“ heißt für uns auch eine Vergrößerung der Oberfläche, mit viele Nischen. In diesem Hof gab es ein weiche Seite, die recht üppig begrünt war, und eine harte Kante aus Drahtschotterkörben. Diese stellen eine Symbiose zwischen



architektonischer Form und naturnahem Bewuchs dar. Bereits bei diesem Projekt verwendeten wir auch Beton und Stahl. Man wird das später noch öfter sehen. Die Stadt ist hart. Wenn ich den Freiraum stadtgerecht gestalten will, muss ich auch die Materialien anpassen. Brezelwege und fließende Formen passen meiner Ansicht nach in der Stadt nur sehr bedingt.

Bereits bei diesem ersten Projekt hat sich unsere große Leidenschaft für das reduzierte Arbeiten herauskristallisiert. Das heißt den Ort zu reflektieren, die städtebaulichen Richtungen, die Nutzungen, um dann das Wesentliche herauszufiltern, auch bei den Materialien.

Innenhof Reinhardtstraße

Das nächste Projekt ist ein Beispiel dafür, dass die Verwaltung schon auch ein bisschen Macht hat. Im Pankower Grünzug gab es einen Investor, der einen Altbau sehr schlicht renoviert hat, mit einem ganz kleinen quadratischen Hof, den der Architekt gleich mitgestaltet hat. Das Ergebnis war eine sechseckige Zuluftöffnung für die Parkgarage in der Mitte des Hofes und darüber ein Dach im Schwarzwaldstil. Das sollte eine Hofgestaltung sein. Daraufhin haben die Grünen Berlin Einspruch erhoben. An so einer prominenten Stelle am Rande des Grünzuges brauche der Investor auch als Privater einen Landschaftsarchitekten. Also haben die Architekten uns anrufen müssen. Weil die Zeit sehr kurz war, habe ich Ariane Röntz um ihre

Gabionen begrenzen den Erdwall. Pflasterbänder unterstreichen die räumliche Zonierung des Gartenhofes





Zuströmöffnung als vergoldete Rotunde

Mithilfe gebeten. Wir haben uns gefragt, was wir aus dem Bestand Gutes machen können. „Wenn die Zuströmöffnung das Problem ist“, dachten wir, „machen wir sie zur Tugend: Wir bauen eine Rotunde in der Mitte.“ Zuerst haben wir mit einem grauen Toilettenpapierinlay ein Modell gebaut. Das sah nicht sehr schön aus, deshalb haben wir es mit Goldfarbe besprüht. So kam es also zu einer vergoldeten Rotunde. Der Bauherr entsprach so richtig dem Klischee vom bösen Investor: dicke Ringe, dicke Ketten, keine Ahnung von Landschaftsarchitektur, keinen Respekt. Gerade der hat sich dann völlig in das Ding verliebt. Ursprünglich wollte er kein Geld ausgeben, am Ende hat er es selbst vergolden lassen. Wir beide, Ariane Röntz und ich, distanzieren uns formal schon ein wenig von der Hofgestaltung. Worauf wir allerdings stolz sind, ist die Tatsache, dass wir einem privaten Investor gezeigt haben, was Freiraumgestaltung ist – und er arbeitet nicht mehr ohne Landschaftsarchitekten.

Zudem gab es in dem Hof eine abgrenzende Mauer, die sehr hoch sein sollte und die wir ebenfalls strukturie-

ren wollten. Dabei haben wir das inverse Prinzip angewandt: goldene Kacheln statt der Löcher, die dann von Kletterpflanzen bedeckt werden sollten. Irgendwann sieht man das Gold nicht mehr: Das fanden wir konzeptionell sehr reizvoll.

Wohnungsbau für Bundesbedienstete, Berlin Zehlendorf

Bei diesem Projekt wurden im Zuge der Hauptstadtplanung für mehrere Kasernenstandorte Wettbewerbe ausgeschrieben. An diesen Standorten sollte für Bundestagsabgeordnete, die von Bonn nach Berlin ziehen wollten, Wohnraum geschaffen werden. Einer dieser Standorte war die Turner-Kaserne. Das Gelände ist von Wald umgeben. Es galt gemeinsam mit dem Berliner Architekten Klaus-Theo Brenner eine Struktur zu entwickeln, die gehobenes Wohnen ermöglicht und den Waldcharakter beibehält. Auch hier haben wir vom ersten

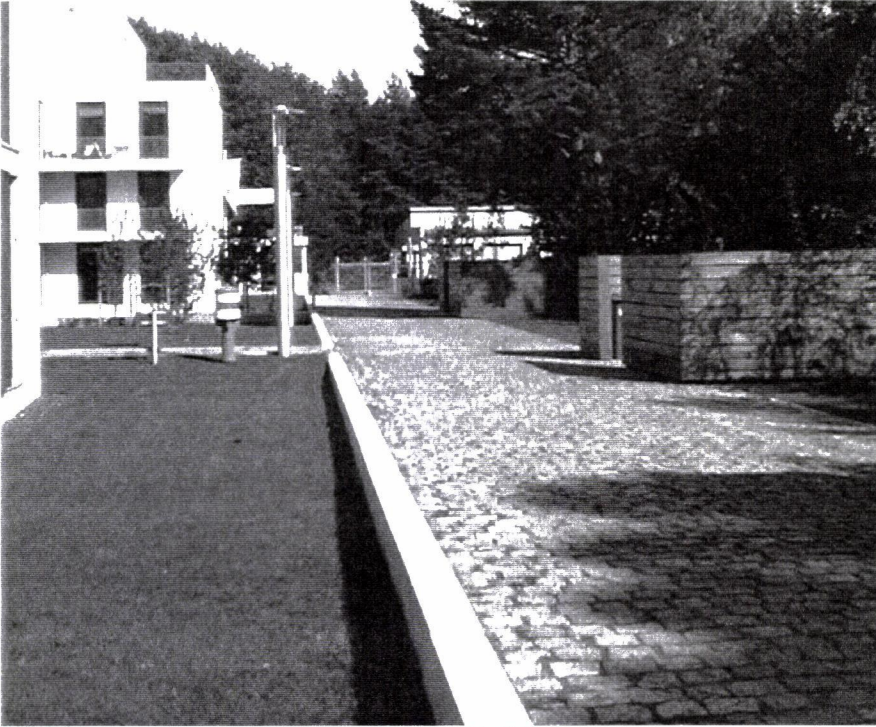
Siedlung Berlin Zehlendorf



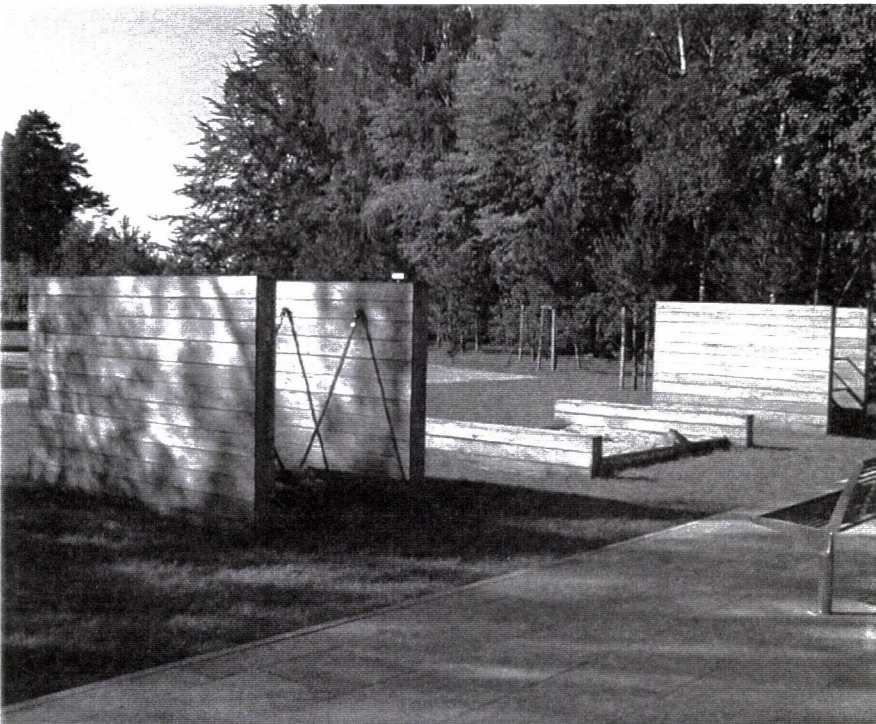
Klare lineare Strukturen definieren die Freiräume

Augenblick an zusammengearbeitet. Daher wurde auch bei diesem Projekt Freiraum- und Gebäudestruktur gemeinsam entwickelt. Beides sollte sehr schlicht und einheitlich sein. Außen herum wird das Gelände von dichtem Wald umschlossen. Einzelbäume wur-





Das Grundstück wird von einer gleichmäßigen Folge unterschiedlicher Raumtypen überzogen: bebauter Raum und Freiraum



Das Fläche - eine Wiesenlichtung - ist allseitig von einem Kiefern Mischwald umgeben. Der Entwurf respektiert und nutzt diese Atmosphäre.

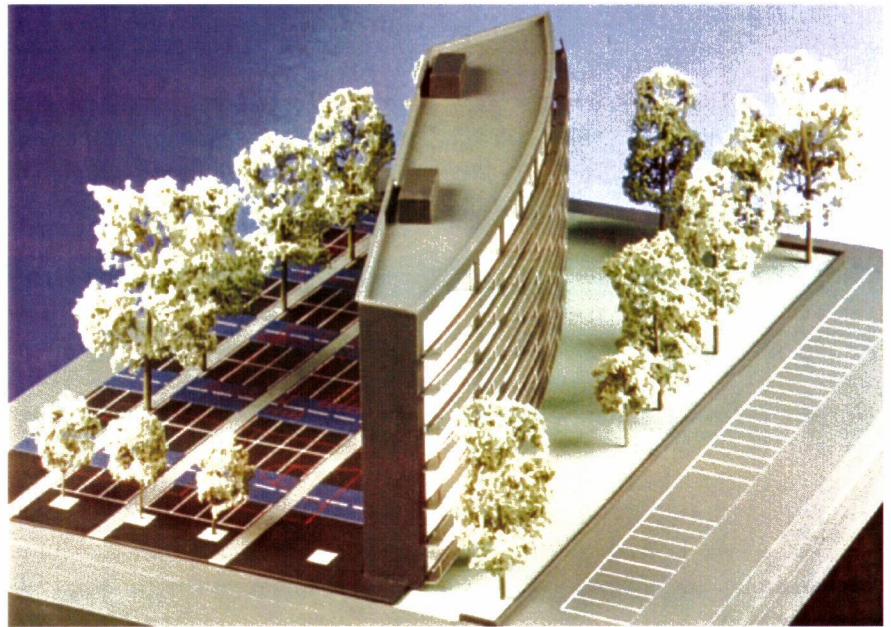
den erhalten, da und dort wurde nachgepflanzt. Es gibt höher und tiefer gelegene Wege, das Gelände schwingt. Die Materialien von Freiraum und Architektur harmonisieren. Es ist eine sehr reduzierte, schlichte Gestaltung:

nur die Wege, ein paar Lampen, Bestandsbäume und ein paar nachgepflanzte Kiefern und Birken, die ohnehin in der Umgebung natürlich wachsen.

Spiel- Park- Platz, Niedrig Energiehaus Flämingstraße, Berlin Marzahn

Unsere nächstes Projekt wurde in Berlin-Marzahn, an einem völlig verschiedenen Standort, realisiert. Mit so einem Standort muss man anders umgehen, weil klare Grenzen fehlen und Verkehrsräume dominieren. Berlin Marzahn liegt ein wenig außerhalb. Ich weiß nicht, ob das die Bezirkskenner genauso sehen, aber ich nehme an, dass deshalb viel mehr Leute als in der Innenstadt ein Auto besitzen. Daher gibt es nachts immer ein Parkplatzproblem. Tagsüber sind die Menschen in der Arbeit und die Flächen daher frei. Solch ein Parkplatz, der tagsüber fast immer leer war, sollte bebaut werden. Wer die Bauordnung kennt, weiß, dass man im Zuge eines Neubaus verpflichtet ist, Parkplätze, einen Müllstandort, eine Feuerwehrezufahrt, einen Kinderspielplatz usw. zu schaffen. Gleichzeitig handelte es sich um ein experimentelles, innovatives Bauvorhaben: ein Niedrigenergiehaus im Geschosswohnungsbau. Auch hier wurden die Architekten von vorneherein mit Haustechnikern, Statikern und Freiraumarchitekten zusammengeschlossen, um ein gemeinsames Konzept zu finden. Ein Niedrigenergiehaus muss sich ja nach Norden hin abschotten, damit keine Wärme verloren geht, und im Süden muss Wärme gefangen werden. Zudem sollte die Anlage in einen Dialog mit der vorhandenen Bebauungsstruktur, den Plattenbauten treten, ohne sie zu kopieren. Das Projekt sollte über eine eigene, moderne Formensprache verfügen. Das Ergebnis war ein Baukörper der Berliner Architekten Assmann, Salomon und Scheidt, der sich nach hinten hin sehr abschließt, aber vorne mit einer großzügigen Glasfassade ausgestattet ist. Auf Grund des Verlustes der Parkplätze durch die Bebauung und auf Grund der verschiedenen anderen Nutzungsan-

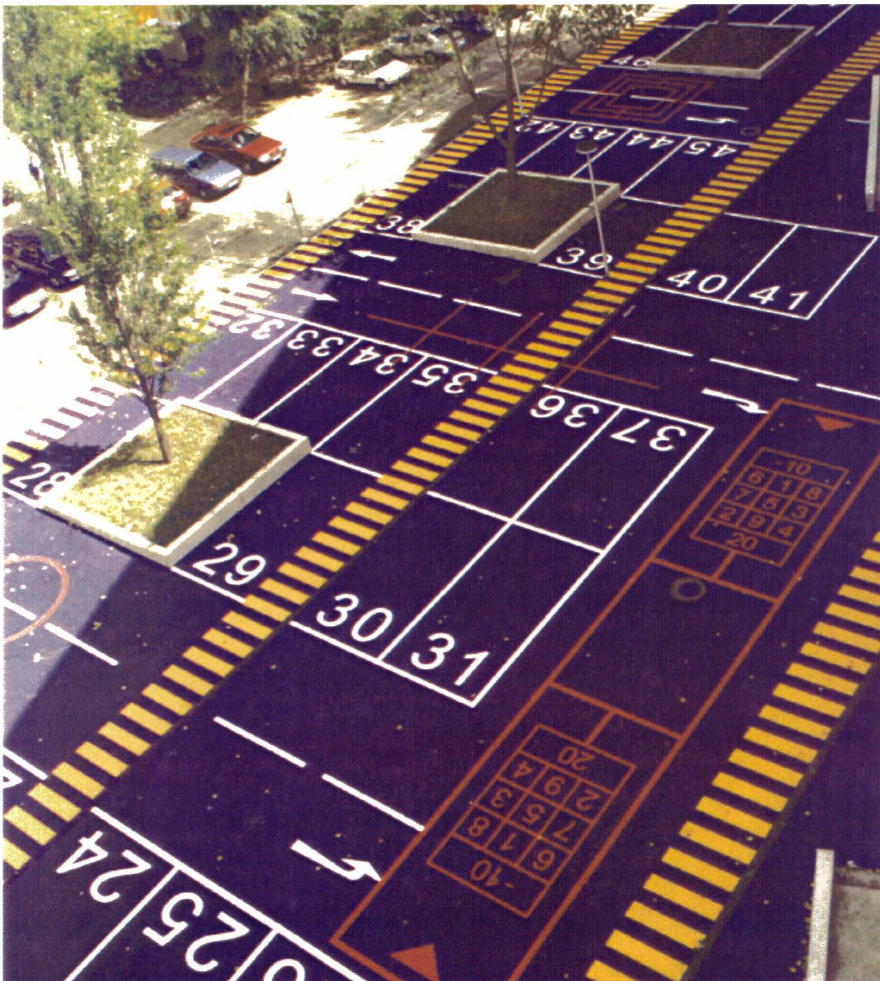
sprüche an den Freiraum ergab sich ein Problem: zu wenig Fläche für zu viele Nutzungen. Der Platz war zu klein, um alle vorgeschriebenen Funktionen aufnehmen zu können. Wir haben uns die Kinder dort angesehen; die erschienen uns relativ forsch und sehr widerstandsfähig. Also dachten wir, dass wir die Ansprüche der Kinder vielleicht mit einer anderen Nutzung zusammenlegen könnten. Da gerade die Autos sehr viel Fläche einnehmen, haben wir uns gefragt, ob Kinder wirklich so ein Problem mit Autos haben, besonders diese Kinder. Dann haben wir überlegt, was Kinder mögen: Kinder mögen es bunt, Kinder mögen Grafik. Was passt da also? Straßen- grafik. Die ist bunt, da sind Männchen drauf – vielleicht kann man das zusammenbringen. Wir haben den Freiraum wieder zweigeteilt. Im Dialog mit der Architektur entstand eine freundliche, helle Sonnen- und Gartenseite und



Niedrig-Energiehaus Flemingstraße in Berlin Marzahn. Eine Stellfläche als Spiel-Park-Platz

eine sehr grafische Rückseite, die gleichzeitig Park- und Kinderspielplatz ist, mit Strukturen aus der Straßen- grafik, zumal es in Marzahn ja viele fließende Räume gibt und eine Frei-

fläche direkt in den Straßenraum über- geht. Erstaunlich war, dass der Bauherr zu Beginn unser Konzept fast besser verstand als wir. Da es sich um einen Neubau handelte und alle Wohnungen



Der Ort schafft durch verfremdete und stilisierte Funktionsgrafik Identität, Identifikation und Orientierung. Bewegung, Zeichenhaftigkeit, Codierung und Farbigkeit sind die begriffliche Ausgangsbasis für den Entwurf.



neu vermietet wurden, nahm er einen Passus in die Mietverträge auf, nach dem das Parken auf dem Platz zwischen zwölf und 18 Uhr untersagt wurde. In dieser Zeit, in der die Kinder diesen Freiraum brauchen, finden die Leute auch in der Nähe einen Parkplatz. Damit wurden Interessenkonflikte schon im Vorfeld vermieden. Wir hatten daran gar nicht gedacht. Wie gesagt: Den Kern unserer Arbeit bildet also ein grafischer Parkplatz, der beispielbar ist, über den man hüpfen kann, und am Abend stehen Autos drauf. Die Kinder haben das sofort genutzt. Diese Lösung brachte eine Verbesserung im Wohnumfeld, bei dem die Landschaftsarchitektur dem Investor geholfen hat, Platz zu sparen.

Natur- und Landschaftspark ehemaliges Flugfeld Johannisthal / Adlershof, Berlin Treptow

Unser größtes Projekt, der Landschaftspark Adlershof, hatte ein völlig anderes Thema. Dieser Ort ist ein Konversionsstandort, das heißt, dass er einmal eine ganz andere Nutzung hatte. An dieser Stelle befand sich ab 1900 der erste Zivilflughafen Deutschlands. Zu dieser Zeit gab es zwar bereits weitere Flughäfen, allerdings

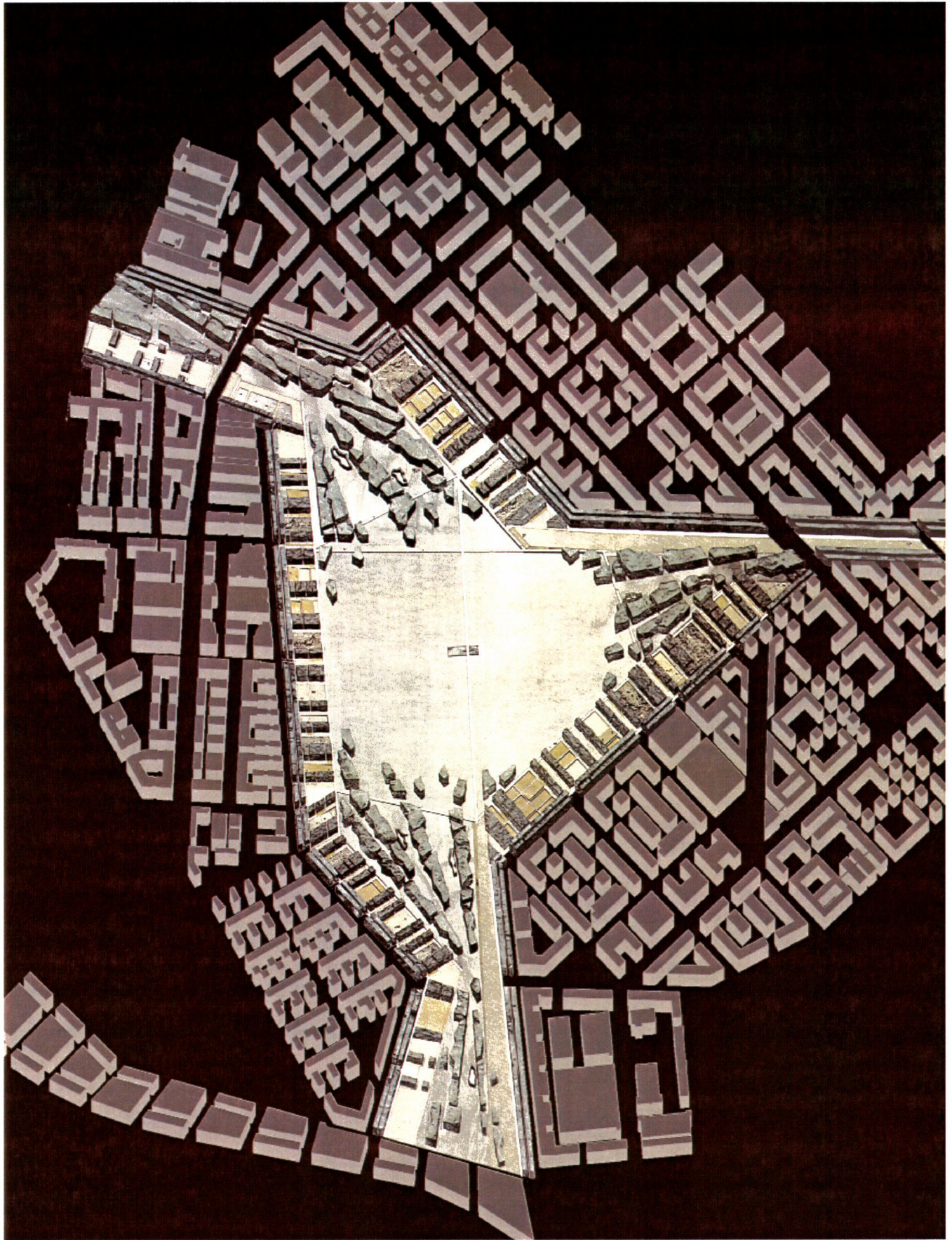
ausschließlich für die militärische Nutzung. In Adlershof dagegen konnte jeder Normalsterbliche einen kleinen Flug machen. Nach dem Zweiten Weltkrieg lag dieses Gelände brach. Aus der Vogelperspektive ist noch sehr gut die oktagonale Struktur der Start- und Landebahn zu erkennen. Die achteckige Form sollte bei allen Wind- und Wetterverhältnissen Starts und Landungen ermöglichen. Die Besonderheit dieses Flughafens war, dass hier die Flugzeuge an Ort und Stelle gebaut und anschließend über eine lange Fuge ans Flugfeld gebracht wurden. Es gab hier immer viele Technologiebetriebe, zuerst für den Flugzeugbau, später für die Filmindustrie. Nach der Wende war die Rollbahn natürlich zerstört und völlig überwuchert. Was hier aber für den Normalbürger vielleicht wie Unkraut aussieht, ist für den Ökologen sehr wertvoll. Vor allem die Fauna stellt im Projektgebiet eine Besonderheit dar. Es gibt gut zehn, 20 Gutachten zu spezifischen Käfer- oder Spinnenarten, die sich hier eingemischt haben. Es war ganz klar, dass die Umweltinteressierten in Berlin fordern würden, dieses Gebiet unter Naturschutz zu stellen. Der Senat von Berlin hatte für dieses Areal allerdings ein städtebauliches Entwicklungsprogramm be-

schlossen. 1994 wurde geplant, hier innerhalb von zehn Jahren Arbeitsplätze und Wohnraum für 50.000 Einwohner zu schaffen. Zwischenzeitlich wurde der Rahmen auf 15 bis 20 Jahre ausgedehnt. Neben der Humboldt-Universität mit stark technischer Orientierung sollten hier vor allem Forschungs-, Technologie- und Medienunternehmen angesiedelt werden, umso mehr, als es bereits etliche Unternehmen dieser Art hier gab.

Zu Beginn des Projektes wurden erst einmal verschiedene Gutachterverfahren eingeleitet, die das Verhältnis von überbauter Fläche zu Freiraum festlegen sollten. Der Entwicklungsträger hat den Traum – manche glauben daran, manche nicht –, hier das deutsche Silicon-Valley zu errichten, und Wissenschaftler aus der ganzen Welt anzulocken. Aus dieser Richtung kamen immer wieder Stimmen, die fragten, wozu man den Naturschutz hier brauche, wenn man die Elite herziehen wolle; diese Leute bräuchten Golfplätze, Tennisplätze etc. Der Bezirk hingegen stand auf dem Standpunkt, dass man für die bereits dort ansässige Bevölkerung und für die neu Zuwandernden weitere Sport- und Spielplätze brauche. Die Naturschützer wiederum pochten auf ihr Naturschutzgebiet: Es gab also drei einander widersprechende Forderungen an diesen Freiraum. Deshalb wurde beschlossen, hier ein ganz besonderes Verfahren anzuwenden. Ich behaupte einmal, dass Berlin durch die vielen Wettbewerbe die beste Wettbewerbskultur innerhalb Deutschlands hat. Es ist nicht immer richtig, in einem offenen Verfahren 100 Landschaftsarchitekten oder 100 Architekten viel Geld ausgeben zu lassen, wenn nur eine kleine Bausumme da ist. Es ist nicht sinnvoll, einen offenen Wettbewerb durchzuführen, wenn der Investor Angst hat, dass am Schluss ein ganz junger Bewerber oder einer aus Südfrankreich gewinnt. Manchmal

Im stillgelegten Flughafenareal entstand in den letzten Jahrzehnten ein neuer Lebensraum für Fauna und Flora.





Übersichtsplan: Natur- und Landschaftspark ehemaliges Flugfeld Johannisthal / Adlershof, Berlin Treptow: Der Übergang von der Stadt zur Natur wird durch die Gestaltungsdichte der Freiräume deutlich.



Die Landschaft bestimmt die Atmosphäre der Randgebiete, indem sie als Blickraum fungiert. Der Naturraum im Inneren wird durch die gestalteten Ränder entlastet.

kann ein Wettbewerb mit einer vorgeschalteten Auswahlphase sinnvoller sein. Bei der Wahl des richtigen Verfahrens für die jeweilige Aufgabe ist Berlin sehr qualifiziert. Für Adlershof gab es so einen Wettbewerb mit vorgeschaltetem Verfahren, das heißt, dass sich an einem ersten Durchgang jeder bewerben konnte. Dann hat eine Kommission sieben internationale Büros ausgesucht und eingeladen, sich dieser Aufgabe zu nähern. Dabei war es nicht so, dass man nur einmal eine Auslobung erhielt und sich dann drei Monate nicht mehr sah. Es war vielmehr so, dass jeder zuerst ein Leitbild formulierte und man dann miteinander diskutierte, die Naturschützer waren da, Juroren und Universitätsprofessoren leisteten immer wieder Zwischenkritik. Das Fantastische daran war, dass der Entwicklungsträger – der vorher immer gesagt hatte: „Ja, meine Japaner, die brauchen Golfplätze“ – plötzlich verstand, warum man diese offene Fläche braucht. Das kam nicht zuletzt daher, dass sich alle Landschaftsplaner in dem einen Punkt

einig waren, dass gerade in der Dichte Berlins diese Weite eine Qualität darstellt, die man erhalten und nicht verbauen sollte. In einem langsamen Umdenkprozess begann der Entwicklungsträger zu verstehen, dass er hier etwas ganz Besonderes hat. Jetzt führt er die Japaner dorthin, zeigt ihnen die Naturschutzfläche und erklärt ihnen: „Das ist etwas Besonderes.“ Für uns stellt sich nun die Frage, wie wir diese Besonderheit auch einem breiteren Publikum vermitteln können. Dabei werden wir mit Sicherheit nicht nur Schilder, sondern auch andere Techniken einsetzen, um den Menschen die hiesige Fauna, aber auch die Geschichte des Flugplatzes verständlich zu machen.

Unsere Grundidee bei diesem Projekt war, die Weite zu erhalten. Dies erreichten wir durch neue Sichtbezüge zwischen dem Park und den angrenzenden Straßen der Umgebung. Ein zweites wichtiges Anliegen war die Trennung der verschiedenen Ansprüche an den Park. Wir sind für klar

getrennte Atmosphären, weil diese nur so erlebbar werden. Also zonierten wir den Park in drei Anschnitte: In der Mitte der flache Naturpark mit seinen Trockenrasengesellschaften und einer Plattform im Zentrum, auf der die Weite erlebbar wird; randständig die Aktivparks, die das Thema der Terrassierung aufgreifen. Wir wollten hier keinen Zaun aufstellen, sondern durch einen Höhengsprung den nötigen Schutz für den inneren Bereich sicherstellen; und drittens die Landschaftsparks in den Fugen, die weicher modelliert sind und sehr viele Bäume bekommen, fast waldartig werden und ein Gegenstück zur inneren Leere des Areals bilden.

Der Verzicht auf den Zaun unterstreicht die Einbeziehung des Naturschutzgebietes in den Park, wobei die Abgrenzung nur durch eine höher liegende Promenade erfolgt. Da es sich um einen Naturpark handelt, ist es klar, dass man nicht Kraut und Rüben pflanzen kann, sondern standortgerecht arbeiten muss. Auf diesem

Gebiet gab es lange Diskussionen mit den Naturschützern. In den angrenzenden Stadtwäldern gibt es Kiefern, Eichen, Birken. Wir haben beschlossen, diese Bäume zu benutzen, sie aber in getrennte Zonen zu pflanzen. Es gibt jetzt also im Landschaftspark Öffnungen, die immergrün sind, und solche mit Laubbäumen. Für einen Besucher, der den Park durchkreuzt, ergibt sich daher immer ein anderer Blick, verstärkt durch den Lauf der Jahreszeiten. Außerdem ist das Raumgefühl zwischen Kiefern ganz ein anderes als zwischen Eichen oder Birken. Wir haben uns vorgenommen, bewusst mit der vorhandenen Vegetation zu arbeiten. Dabei spielte auch die Pflege eine Rolle. Für die Erhaltung wird wenig Geld zur Verfügung stehen. Auch deshalb kamen Exoten, die dann vielleicht bewässert werden müssen, von vorneherein nicht in Frage. Zudem wurden strukturierende Baumpflanzungen auch verwendet, um den Sichtbezug in die Straßen zu verstärken.

Zum Thema Pflege stellte sich auch die Frage, wie man den Trockenrasen kurz halten kann. Es gibt jetzt einen Schäfer, der mit seinen Schafen innerhalb des Parkes herumzieht. Adlershof ist weltweit für seine Produktion von

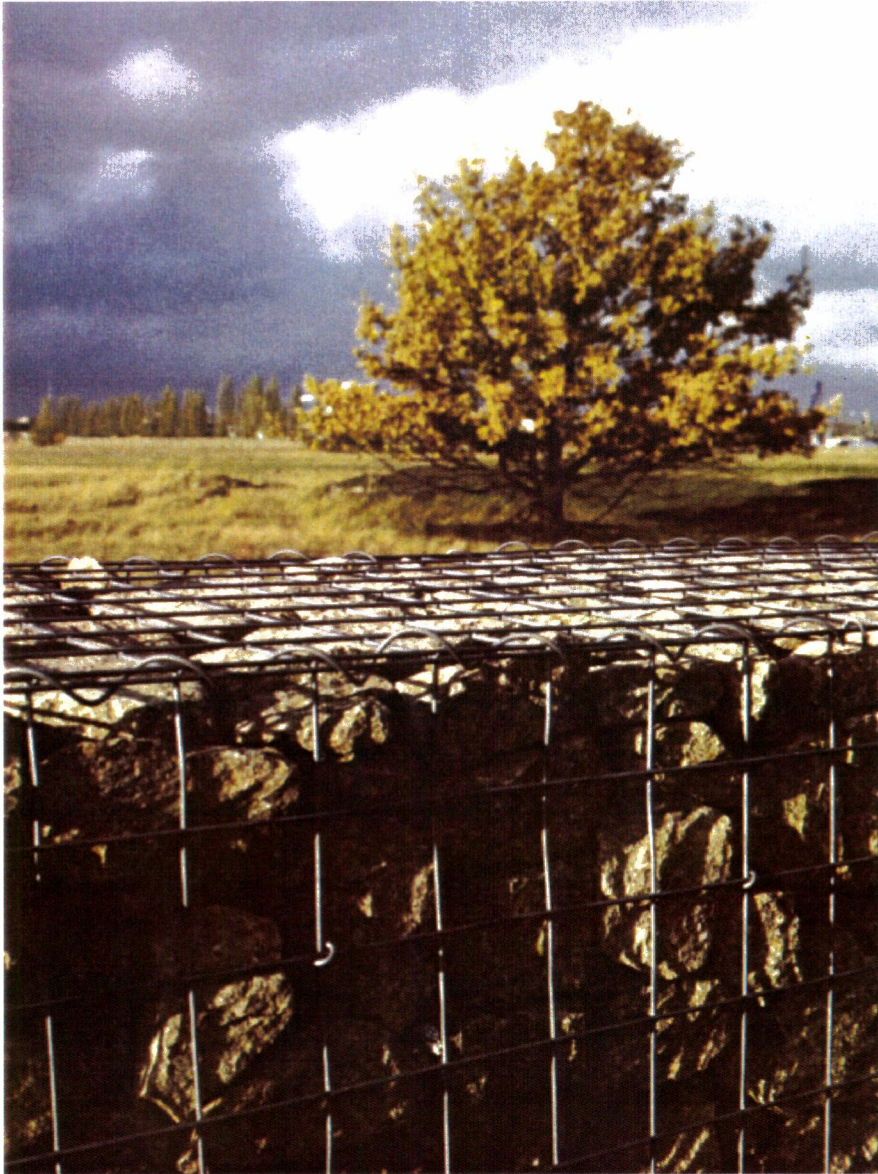
Industriekristallen bekannt – eine Hochtechnologie also. Wir fanden den Gegensatz zur Schafzucht in der Mitte ausgesprochen spannend. Solche Dinge werden auch oft zum Selbstläufer: Der Park ist zwar noch nicht eröffnet, trotzdem kommen schon viele Spaziergänger, auch solche mit Hunden. Und Hunde gehen auf Schafe los. Dagegen gibt es ein einfaches Mittel: Man setzt Bullen zwischen die Schafe. Jetzt gibt es also auch Rinder im Park, damit die Schafe nicht angefallen werden. Mittendrin zwischen Hochtechnologie und guter Architektur – von Ortner, von Sauerbruch und anderen – sind jetzt also die Schafe und die Bullenherde. Auch verfahrenstechnisch war das wunderbar. Früher gab es zwei Senatsverwaltungen, die immer von unterschiedlichen Parteien dominiert waren. Wenn die eine ja gesagt hat, hat die andere nein gesagt. Die Realisierung des Parks sollte aber schnell vorangetrieben werden. Deshalb gab es mit dem Vorsitzenden des Preisgerichtes jeden Monat eine Planungsrunde, bei der alle, die etwas zu sagen hatten, an einen Tisch kamen. Der Bezirk hatte nämlich gesagt: „Mir nützt ein Park nichts, wenn ich ihn nicht pflegen kann.“ Wenn also irgendjemand vom Senat eine wassergebundene Wegedecke vorschlug, durch die alles

versickert, und der Bezirk meinte, er könne das nicht pflegen, er brauche einen festen Belag, dann konnte man das in diesen Runden klären. Dieser Prozess war so fruchtbar, und alles ging so schnell, dass man beschloss, diesen Austausch zu erweitern. Wir haben dann mit Schülern, mit Volkshochschulen, mit Zeitungen, mit allen Leuten, die sozial oder politisch engagiert waren, eine Zukunftswerkstatt ins Leben gerufen, um noch einmal die Wünsche an diesen Park genauer zu definieren. Dabei ergaben sich einige recht spannende Ideen. Zum Beispiel schlug die Frau von der Volkshochschule dem Schäfer vor, Schafscherkurse abzuhalten. So kommt es, dass ein Berliner jetzt in Adlershof das Schafscheren lernen kann.

Für die Mauern, die das Naturschutzgebiet von den Aktivparks trennen, wurden nicht Trockenmauern, sondern Gabionen verwendet. Sie sind günstiger als Trockenmauern, naturnäher als Betonmauern und passen sich farblich sehr gut in die Umgebung ein. Dass wir in diesen Runden alle so harmonisch waren, hatte natürlich auch Auswüchse zur Folge, die ich am Anfang ganz schrecklich fand, über die ich in der Zwischenzeit aber heilfroh bin: Kein Stück wird gebaut, ohne dass die Materialien bis fast zur Staatssekretärssebene hinauf bemustert werden. Am Anfang fand ich das ein bisschen komisch. Ich habe gedacht, ich werde kontrolliert. Jetzt finde ich das ganz fantastisch. Bevor ich zwei Kilometer Zaun bestelle, kann ich testen. Gut ist es dann natürlich, wenn auch der Bezirk sagt: „Das will ich.“ Dann kommt er nicht in fünf Jahren zu mir und fragt mich, was ich ihm denn da hingebaut habe. Inzwischen denke ich mir, dass bei allen größeren Verfahren Geld zum Bemustern da sein sollte. Gerade bei vandalismusanfälligen Dingen wie Geländern ist es von Vorteil, vorher testen zu können, zu dritt daran zu rütteln und erst,

Schafe sind Teil des Pflegekonzeptes im Naturpark. Durch Beweidung wird der Trockenrasen kurz gehalten.





Gabionen trennen das Naturschutzgebiet von den Aktivparks

wenn der Bezirk sagt: „Gut, wir glauben, das hält“, zu bestellen. Möglichem Vandalismus versuchen wir auch durch die Einbeziehung der Leute vorzubeugen: Wenn sie von vorneherein mitmachen, identifizieren sie sich auch mit dem Park und zerstören weniger. Zu jeder Baumpflanzung – manchmal 200, manchmal 400, manchmal 500 Bäume – wurden alle Schulen, Kindertagesstätten und Altersheime eingeladen. Jeder Baum im Park trägt den Namen von irgendeinem

Einwohner aus Adlershof. Und wirklich: Die Leute haben mitgemacht. Das war natürlich auch für die Politiker wunderbar. Die kamen dann mit einem Bild, auf dem sie mit der Schaufel in der Hand zu sehen waren, in die Zeitung.

Wie wird der Park überhaupt finanziert – Stichwort Ausgleichsmaßnahmen. Wir haben hier ein Naturschutzgebiet. Die Gabione hat eine Schutzfunktion. Die Bäume sind Bio-

masse, also ein Ausgleich für das Entwicklungsgebiet. Der Park zerfällt daher in zwei Ebenen. Da ist auf der einen Seite die Grundstruktur: die Eingrenzung für das Naturschutzgebiet mit den Gabionen und Stegen, alle Bäume – insgesamt sind es ca. 3000 – und die Wege. Diese Dinge sind das Grundgerüst und werden aus Ausgleichsmitteln finanziert. Mit ihnen forme ich einen extensiven Park, der nutzbar ist.

Das Büro Kiefer verwendet eine bestimmte Formensprache. Wenn wir daher den gesamte Park gestalten würden, fiel das Ergebnis vielleicht ein wenig monoton aus. Deshalb sollen die Gartenkammern am Rand des Parkes bewusst in eigenen Wettbewerben ausgeschrieben werden, um die Vielfalt in der Einheit sicherzustellen. Einige Wettbewerbe haben schon stattgefunden, einige kommen noch. Diese Kammern werden über Investitionsgelder gefördert, können deshalb so nach und nach in ganz kleinen Einheiten realisiert werden und vor allem dann, wenn der Bedarf danach besteht. Diese Kammern eignen sich natürlich ausgezeichnet für „public privat partnership“-Modelle, bei denen man an die Anrainer herantritt mit der Frage, ob sie nicht die Ausgestaltung eines Abschnitts finanzieren oder ihn pflegen wollen. Das funktioniert bei kleinen Einheiten natürlich besser als im großen Rahmen, weil hier der einzelne Investor sein Schild dranmachen und auf seinen Teil stolz sein kann. Die Pflege einer einzelnen Kammer ist leichter zu bewerkstelligen, als beispielsweise die Birken im gesamten Park zu gießen. Letztendlich sollen die unterschiedlichen Gestaltungen dazu führen, dass man wie in einem Videoclip von Kammer zu Kammer gehen kann.

Objektplanung in Berlin

Vortrag von Elmar Knippschild

Vielen Dank für die Einladung nach Wien zur Tagung des Institutes für Landschaftsplanung und Gartenkunst mit dem Thema „Urban Landscapes. Freiraumplanung in Wien und Berlin“. Bevor ich zum Inhalt des Vortrages komme, möchte ich Ihnen unsere Arbeitsweise vorstellen. Herr Simons und ich haben uns im März des Jahres 1997 neu als Büro Knippschild & Simons konstituiert, nachdem wir vorher im Büro Müller-Knippschild-Wehberg tätig gewesen waren, ich selbst als Mitbegründer und Gesellschafter über mehr als 18 Jahre und Herr Simons als rechte Hand der Geschäftsleitung über einen Zeitraum von fast sieben Jahren.

Dies auch aus dem Grund, das Wie der Entwurfsarbeit in den Vordergrund zu stellen. Unsere Aufgabenschwerpunkte sehen wir ja – wie bekannt – in der Objektplanung. Das heißt, wir haben es mit konkreten Bauaufgaben, sprich Lösungen von Aufgaben für Bauherren und Nutzer, zu tun. Wir verstehen daher auch unsere Arbeit als Gartenarchitekten als Dienstleistung im besten Sinne des Wortes. Wir entwerfen und arbeiten nicht für uns, sondern suchen die beste Lösung für den Standort, den Bauherrn und, nota bene, den Nutzer.

Für uns stellt Gartenarchitektur eine prozesshafte Entwicklung dar, die nicht in den eigenen vier Wänden geschieht, sondern immer unter inten-

siver Einbindung aller Planungs-beteiligten und des Bauherren in ein gemeinsames Team. Das Ziel ist die Schaffung einer gemeinsamen Lösung, die von allen Beteiligten gemeinsam getragen wird. Dieses Vorgehen kann teilweise sehr arbeitsintensiv sein, hilft aber, die Probleme zu lösen, Konflikte zu vermeiden und fördert so die Bindung der einzelnen Teampartner aneinander. Ein weiterer Vorteil besteht darin, die eigene Sichtweise zu erweitern und sich selbst zu hinterfragen.

Die intensive Einbindung der Kreativität des Bauherren und der weiteren Planungsbeteiligten gewährleistet zudem ein besseres gegenseitiges Verständnis und bringt uns dem Ziel einer qualitätsvollen Lösung näher: einem Entwurf, der nicht nur den Bauherrn überzeugt, sondern mit dem er sich identifiziert.

Hier stehen zwei Fragen zu Beginn des Planungsprozesses im Vordergrund:

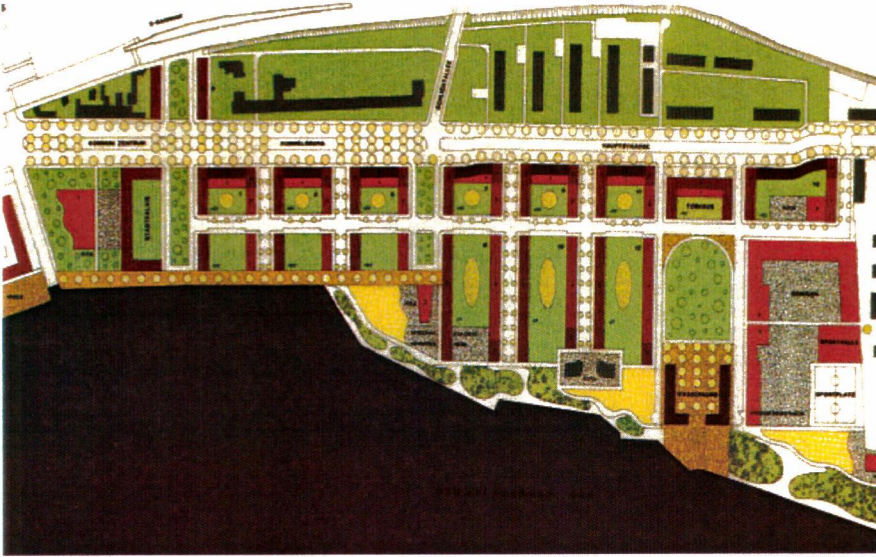
- Was will der Bauherr?
- Wie setze ich als Fachmann seine Wünsche mit meinen Mitteln in die Realität um?

Hierbei analysieren wir die genannten Wünsche und wägen ab, ob sich diese mit den tatsächlichen Bedürfnissen des Bauherrn/Nutzers decken,

und, wenn ja, wie diese Wünsche umsetzbar sind. Generell ist es bei jeder neuen Aufgabe spannend, welche Entwicklung eine gestalterische Idee nimmt. Dies ist im besonderen Maße abhängig von der Qualität der Idee, die „den Nagel auf den Kopf treffen“ sollte, und von der Zusammensetzung des Teams.

Jedes Mitglied des Teams hat eine andere Sicht des Ortes, ein anderes architektonisches Verständnis und seine spezifischen Interessen zu vertreten, z. B. der Kaufmann, der Architekt und der Vertriebspezialist des Bauherrn. Diese unterschiedlichen Sichtweisen und Interessen machen es erforderlich, dass man Strategien entwickelt, seine Idee allen Beteiligten gleichermaßen plausibel nahe zu bringen. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass das Interesse des Bauherren für Gestaltungsfragen umso größer wird, je näher er selbst der Bauaufgabe steht.

Während er für ein zu vermarktendes Gewerbe- oder Büroobjekt auf einen besonders hohen Anteil von Verkehrsfunktionsflächen sieht, sieht er oftmals bei Wohnkomplexen eher auf die optische Aufwertung des Hauses, während beim Privatgarten neben der repräsentativen Seite auch sein Wohlbefinden angesprochen werden möchte. Wir werden heute zwei Projekte mit sehr unterschiedlichen Bauherren vorstellen, die zwei sehr unterschiedliche Lösungen hervorbrachten.



Städtebauliches Konzept Rummelsburger Bucht

Innenhofgestaltung Stadtpalais



Rummelsburger Bucht

Beim Projekt Rummelsburger Bucht sprachen Bauherr, Architekt und Gartenarchitekt dieselbe Sprache, so dass wir freie Hand beim Entwurf dieses Bauvorhabens hatten. Die Grundidee ist vollständig in die Realität umgesetzt worden.

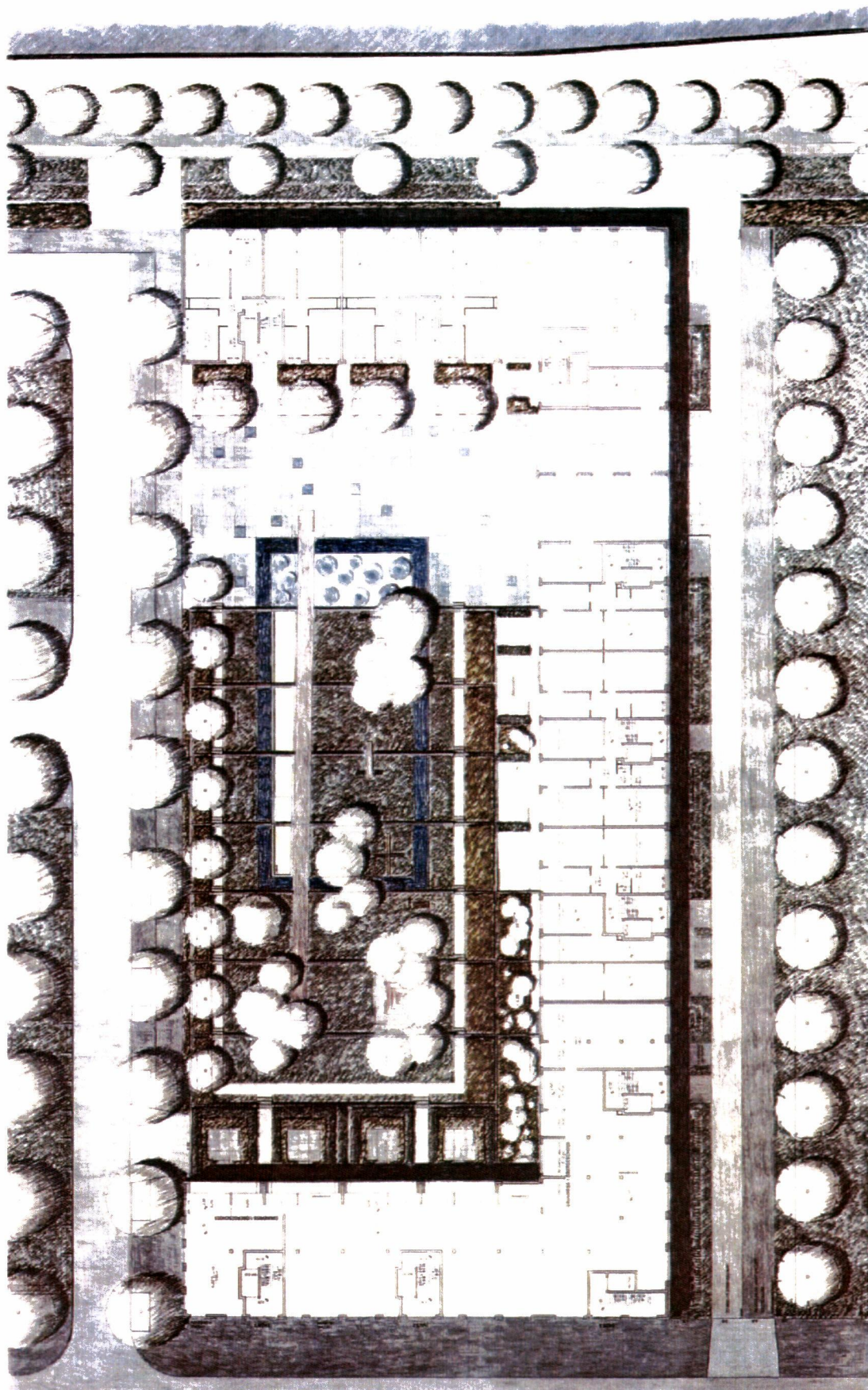
Bei diesem Bauvorhaben fiel oft das Wort „Problem“. Gerade technisch war dieses Bauvorhaben sehr anspruchsvoll, da nahezu der gesamte Garten auf einer Tiefgarage und darüber hinaus noch mit einem Höhengsprung von ca. vier Metern zu realisieren war.

Städtebauliches Konzept Rummelsburger Bucht

Das Gebiet Rummelsburger Bucht gehört zu den großen Entwicklungsbereichen im Berliner Innenstadtbereich. Das Konzept des Büros Brenner sieht auf dem ca. 130 Hektar großen ehemaligen Industriearial Wohnraum für 12.500 und Arbeitsplätze für 10.500 Menschen vor. Der Ort bildet die Schnittstelle der Stadtsprees, die betont kanalartig durch den innerstädtischen Bereich verläuft, und der Landschaftssprees, die durch das mehr und mehr stadtauswärts in den Vordergrund tretende Grün geprägt wird. „Städtische Landschaft“ ist das Leitbild des Entwurfes aus dem Büro T. Brenner.

Rummelsburg eins und zwei

Am Nordufer des Rummelsburger Sees schließt das Teilgebiet Rummelsburg das Areal zur Hauptstraße ab. Wesentliches Merkmal sind die zum Wasser offenen, U-förmig gestellten Zeilen und Blockbauten, die durch ihre wasserseitige Öffnung einen fließenden Übergang der Gebäude zum Ufer schaffen. Während die Fassaden zur viel befahrenen Hauptstraße als einheitliche Ziegellochfassade gestaltet



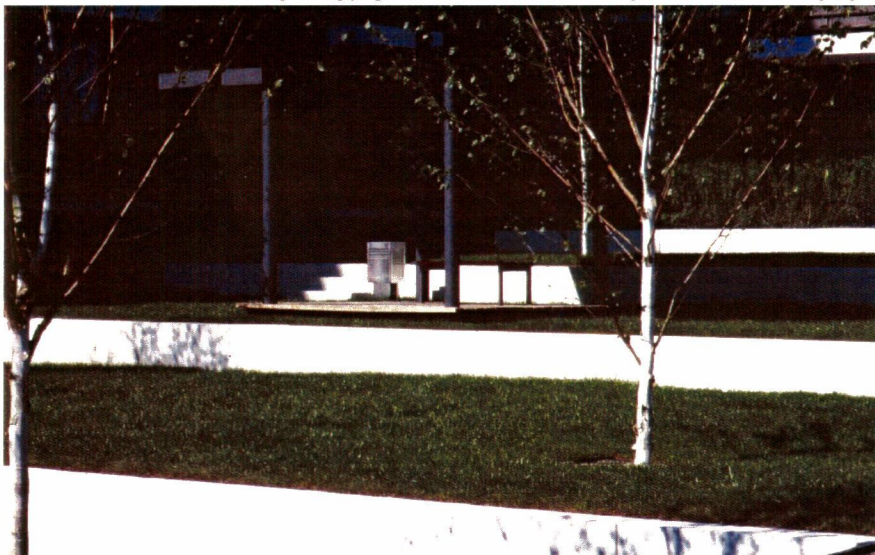
Entwurf des Stadtpalais: Die U-förmige Bebauung öffnet sich zur Spree . Der Entwurf der Freiräume spiegelt die städtebaulichen Vorgaben wider. Die Gestaltung wird von Linearität und Überlagerungen geprägt.



Beton, Holz und Stahl dominieren im intensiv gestalteten Innenhof. Eine Rampe verbindet die Terrassen mit dem halböffentlichen Platz.



Weißer Sichtbeton und intensive Begrünung prägen das als Terrassenlandschaft ausgestaltete Dach der Tiefgarage.



sind, prägen Loggienbänder das Bild in den Hofgärten. Die Architekten Pudritz und Paul gestalteten die Wohnungsgrundrisse so, dass jede Wohnung einen direkten visuellen Bezug zum Wasser erhält.

Der erste Bauabschnitt dieses Projektes bildet den Auftakt zu dieser von West nach Ost verlaufenden städtebaulichen Entwicklungsachse. Wir wurden beauftragt, für diesen Auftakt das so genannte „Stadtpalais“ sowie die entsprechenden Garten- und Freianlagen zu planen.

Idee und Gestaltung Stadtpalais

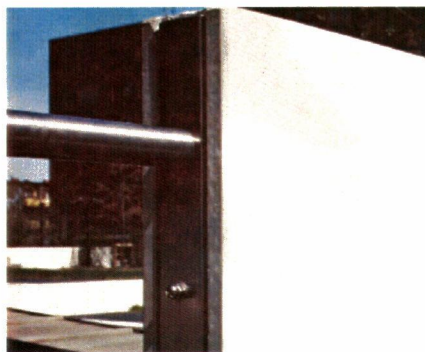
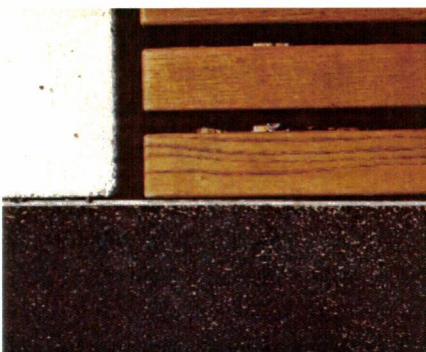
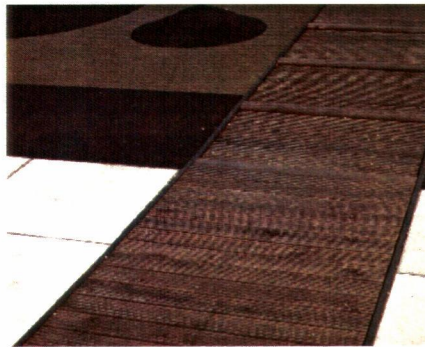
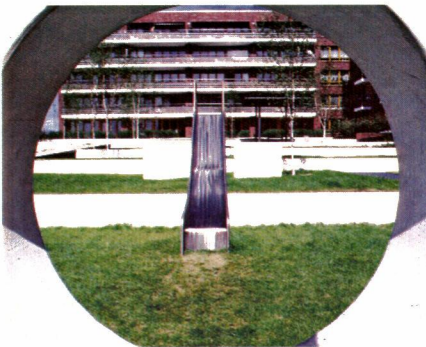
Der Entwurf der Außenanlagen entwickelte sich aus den städtebaulichen Vorgaben. Die formalen gestalterischen Prinzipien sind Linearität und Überlagerung. Die Fläche gliedert sich, bedingt durch Form und Ausrichtung des Baukörpers, in zwei Bereiche. Im Westen, zu einer öffentlichen Grünfläche, wird das lineare Thema der Promenade aufgenommen. Die einzelnen Funktionsflächen (Gehweg, Anlieferung/Entsorgung) verlaufen bandartig (verschiedene Materialien) von der Hauptstraße zur Uferpromenade. Hausumlaufend nehmen grabenartige Versickerungsmulden das anfallende Regenwasser auf und führen es dem Grundwasser zu.

Der zweite Bereich ist die Hoffläche, die sich oberhalb einer Tiefgarage befindet. Die Fläche ist in sieben Terrassen mit jeweils etwa 50-Zentimeter-Höhensprüngen unterteilt. Die Innenhoffläche ist durch die zahlreichen funktionalen Anforderungen geprägt. Eine halb öffentliche Platzfläche, ein für die Bewohner zu gestaltender Garten, Mietergärten, Spielplatz, Ruhezone usw. sollten die begrenzte Fläche thematisch füllen. Eine weitere Aufgabe war es, sämtliche Teilflächen behindertenfreundlich erreichbar zu gestalten. Die vielfältigen

Anforderungen konnten nicht in entsprechende einzelne Flächeneinheiten übertragen werden, sodass wir formal das Thema „Überlagerungen“ neben dem der Linearität aufgegriffen haben. Die gesamte Gestaltung des Hofes entwickelte sich aus der Sprache und den Materialien der Architektur heraus. Sämtliche Gliederungen der Fläche finden einen Bezug zum Gebäude. Somit wird der Garten als Erweiterung des Gebäudes entwickelt. Dies spiegelt sich auch in der Material- und Farbauswahl wieder: Weißer Beton, Holz und Stahl sind aus den Vorgaben des Gebäudes, das Blau eines Kunststoffbelages aus den Reflexionen im Glas der Fensterscheiben abgeleitet. Ein befestigter Platz und ein terrassierter Garten liegen streng formal nebeneinander. Ein Rahmen aus blauem Kunststoffbelag bindet die Flächen aneinander, überlagert sie. Die Proportionen sind auf die Proportionen des Hauses abgestimmt. Dieses Band rahmt den eigentlichen Spielbereich ein. Eine Rampe mit Holzbohlenbelag dient der behindertenfreundlichen Erschließung des Gartenraumes und verbindet die

Funktionsbereiche spangenanartig miteinander. Sie ist das einzige Element, das sich nicht dem Gebäuderaster unterwirft, sondern sich aus dieser Strenge ohne fixierten Anfangs- und Endpunkt herauschiebt. Entlang des Baukörpers und der Straße trennt eine breite, heckenartige Pflanzung Mietergärten bzw. öffentlichen Raum vom Gartenraum. Entlang dieser Pflanzung erschließt ein umlaufender Weg alle Teile des Gartens. Weiße Mauersockel nehmen die Höhensprünge der Terrassen auf. Stufenanlagen sind ihnen als Solitärstufen vorgelagert. Im oberen Bereich des Gartens befindet sich ein Stahlpavillon, der als Anziehungspunkt für Kinder und Erwachsene dient. Die anschließenden Rasenflächen werden als Spiel- und Liegewiesen genutzt. Die Rampe schneidet den Spielbereich und trennt Sand- und Rasenbereich voneinander. Neben einer Kleinkinderrutsche im Sandbereich befinden sich auf den daneben liegenden Rasenterrassen weitere Spielelemente, die sich aus Stahl und Mauerscheiben zusammensetzen.

Konsequente Verfolgung eines Konzeptes, vom Masterplan bis hin zum technischen Detail



Kegel als Gestaltungselemente für den halböffentlichen Platz.

Auf der untersten Ebene, dem Platzniveau, liegt eine geformte Landschaft aus Gummibergen. Sie nimmt das Härte des Platzes auf und interpretiert die topographische Geste der Terrassierung neu. Der Platz ist mit einem Raster großformatiger Platten überzogen. Die Fläche wird von Skatern, Radfahrern etc. benutzt. Die eigentliche Trennung der einzelnen Funktionsbereiche ist aufgehoben: Alles ist Spielraum, alles ist Garten, alles ist Platz.

Ökologie

Um die ökologischen und wasserwirtschaftlichen Folgen einer bis zu 90 Prozent versiegelten Grundstücksfläche zu minimieren, wurden auf Grundlage eines Regenwasserbewirtschaftungskonzeptes die nachfolgenden Maßnahmen innerhalb eines aufwändigen Entwässerungssystems miteinander kombiniert:

- extensive Begrünung auf den Dachflächen sowie intensive Begrünung der Tiefgaragenflächen;

- Verwendung von wasserdurchlässigen Oberflächenbelägen;
- gedrosselte Ableitung des Regenwassers durch den Einbau von Austauschwellen auf den Dach- bzw. Tiefgaragenflächen;
- konsequente Versickerung des Regenwassers von Verkehrs-, Dach- und Tiefgaragenflächen über umfassende Mulden- und Rigolensysteme, die, bedingt durch das geringe Platzangebot, teilweise auf den Tiefgaragenflächen untergebracht sind;
- Regenwasserreinigung durch Passage einer 30 Zentimeter starken, belebten Oberbodenzone in den Muldenbecken.

Loflland

Beim zweiten Projekt, das ich ihnen vorstelle, hatten wir völlig andere Voraussetzungen.

Geschichtliche Entwicklung von einer Industriestätte des Dritten Reiches zum Wohn- und Büroquartier

Das ehemalige Telefunkenwerk an der Goerzallee wurde in der Zeit von 1937 bis 1940 gebaut. Das alte Werk, ursprünglich einige Kilometer entfernt



Das ehemalige Telefunkenwerk, erbaut von Architekt Hans Hertlein in den Jahren 1937 bis 1940.

gelegen, konnte nicht erweitert werden, sodass es an diesen Ort verlegt wurde. Direkt angrenzend war der vierte Stadtring geplant. Die Entwürfe stammen aus der Hand des Siemens-Chefarchitekten Hans Hertlein, der diese Art der Industriearchitektur für Siemens bereits in den Zwanzigerjahren entwickelte. Die von ihm geschaffene Formensprache prägte Siemens- und Telefunkenbauten bis in die Fünfzigerjahre hinein.

Während des Krieges, insbesondere bei der Schlacht um Berlin, wurden nur Teile des Ensembles beschädigt.

Nach dem Krieg belegte die US-Armee das nahezu vollständig intakte Industrieareal und nutzte es ca. 50 Jahre als zentralen Kasernenstandort

(„McNair barracks“). 1994 gaben die Amerikaner nach Beendigung ihres politischen Auftrages den Standort Berlin auf und verabschiedeten sich von dieser Stelle. Nach der Verabschiedung der US-Armee wurden Teilbereiche bis 1999 verschiedenartig temporär genutzt, bis der heutige Investor das Gelände übernahm.

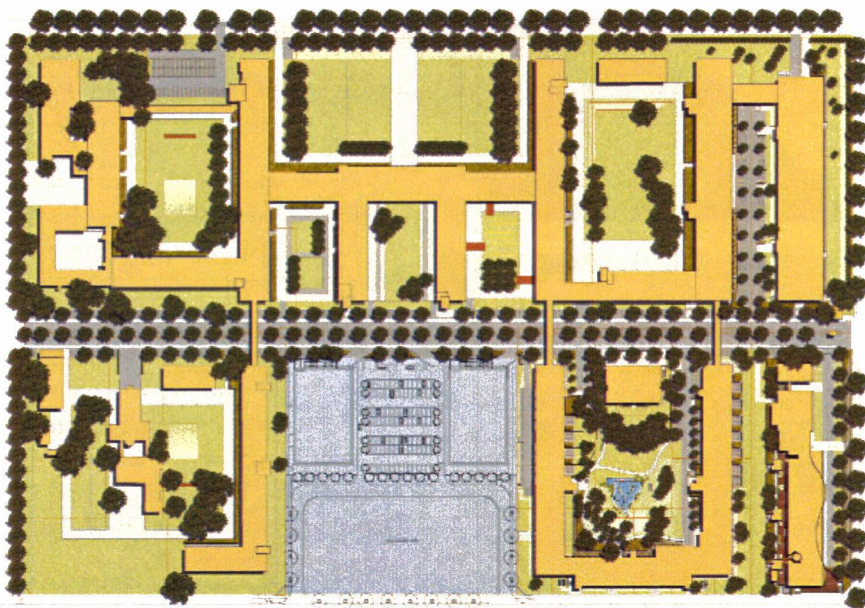
Unter Wahrung der Substanz und Berücksichtigung des mittlerweile erlassenen Denkmalschutzes soll das Areal mit einer vielfältigen Nutzung weiterentwickelt werden. Der Bauherr entwickelte ein Konzept, in dem die Teilbereiche verschiedene, sich nicht direkt mit den Nachbarflächen in ein Spannungsfeld begebende Nutzungen erhalten (Wohnen, Arbeiten, Boarding House etc.) und nannte das Areal „Loflland“.

Bereits das Bewerbungsverfahren für dieses Projekt war sehr unüblich. Vier Büros entwickelten unabhängig voneinander vollständige Vorentwurfskonzeptionen mit Kostenberechnungen. Vielfach verstanden jedoch die anderen Bewerber nicht, was dem Bauherren für diesen Standort wichtig war. Dem Bauherren kam es in allererster Linie auf die Berücksichtigung des Denkmalschutzes und auf die Einhaltung eines vorgegebenen Kostenrahmens an (indem man z. B. nicht eine neue Straße auf eine vorhandene baut).

Räumliches Architekturkonzept

Das etwa neun Hektar große, rechteckige Areal bebaute der Architekt an den Ecksituationen mit vier blockartigen Baukörpern, die vier nahezu gleich große Höfe umfassen. Die Höfe waren im Konzept als großzügige Freiräume geplant. Die Erschließung erfolgt in Längsrichtung auf einer mittig liegenden Achse von der Goerzallee. Zwischen den beiden nördlichen Baukörpern schloss eine zurückgesetzte Zeile

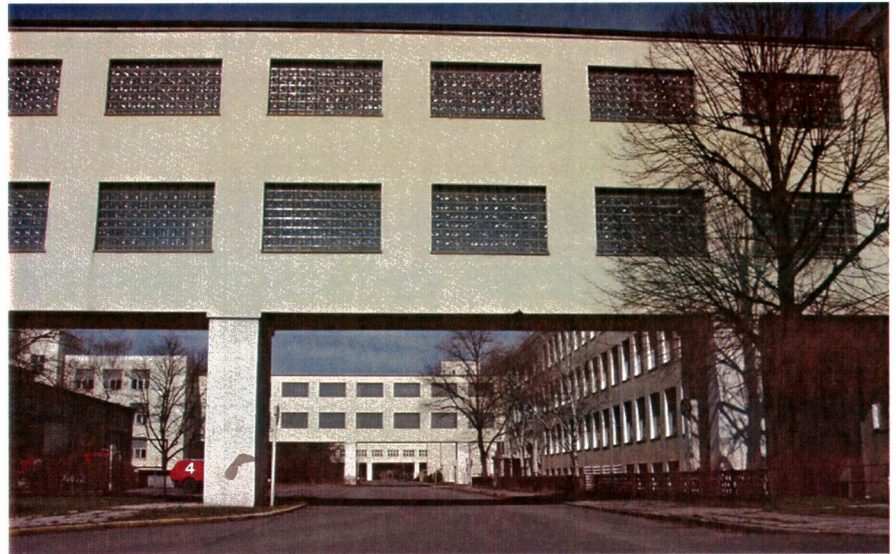
Lageplan Loflland, Berlin



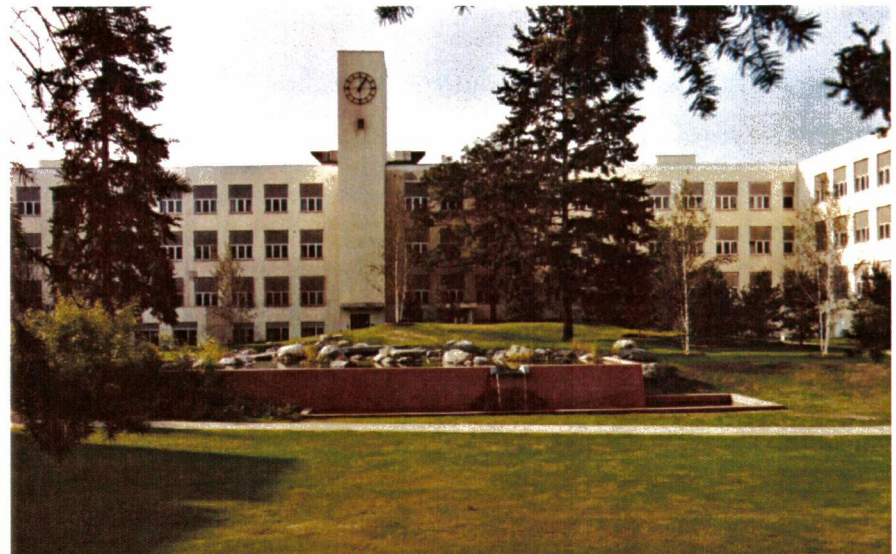
den Raum zum geplanten Stadtring. Den zwischen Straße und Baukörper entstandenen Hof nannte man Ehrenhof. Zur Erschließungsachse auf dem Gelände bildet dieser Baukörper drei kleine Hofsituationen aus, die versiegelt waren. Der alte Baumbestand prägt die Erschließungsachse und die vier großen Höfe, die einen intakten Eindruck hinterließen. Wir wollten diese Höfe zurückhaltend gestalten, sodass ein selbstverständlicher, landschaftlicher Raumeindruck entwickelt würde, während die drei kleinen Höfe abstrakte Landschaftsbilder zeigen sollten.

Der Bauherr hatte für sich ein Bild amerikanischer Landschaften kreiert. Da Begriffe doch dehnbar sind und Gestaltung stets interpretierbar bleibt, gestalteten wir amerikanische Landschaftsbilder, die sich an den Hauptbaumarten der Höfe orientierten. Da die sich jeweils gegenüberliegenden Höfe einen direkten visuellen Bezug zueinander haben, sollte das gestalterische Grundbild als Positiv-Negativ-Form ausgestaltet werden. Der Ehrenhof sollte in seiner zurückhaltenden Form erhalten bleiben.

Die Gestaltung der Mittelachse zur heutigen Mittelallee war von zwei Vorgaben geprägt: Zum einen sind die öffentlichen Verkehrsmittel in diesem Bereich verhältnismäßig schlecht ausgebaut, sodass für die potenziellen neuen Bewohner das Auto wichtigstes Fortbewegungsmittel bleiben und Stellplatzflächen ein großes Thema werden würden. Auf der anderen Seite sollten die Höfe frei von Autos bleiben. Die Möglichkeit, Tiefgaragen zu bauen, schied auf Grund der zu erwartenden hohen Kosten aus. Deshalb haben wir den ruhenden Verkehr in die Mittelachse gelegt. Die Brutalität der Mittelachse wurde von uns durch eine dreireihige Allee und gliedernde Heckensegmente gebrochen; Parkplatz und Mittelallee wurden durch Grün ergänzt.



Zentrale Achse soll durch Alleinpflanzungen aufgelockert werden



Der Entwurf einer "amerikanischen Landschaft" war Wunsch des Bauherren





Brunnenanlage über dem Bunker

Realisierung des ersten Bauabschnittes.

Die Gesamtbearbeitungszeit vom Vorentwurfskonzept bis zur Realisierung des ersten Bauabschnittes betrug fünf Monate. Der Bauherr benutzte dabei den Garten und die Erschließungsschiene als Verkaufsargument. Der Garten wurde vor die teilweise noch in Stand zu setzenden Fassaden gebaut. Die Untergeschosse wurden entgegen der ursprünglichen Planung als Wohnungen mit Gartenanteil aus-

gebaut. Deshalb mussten die Hofflächen großflächig abgetragen werden. Bei den Erdarbeiten im Hof fanden wir einen Bunker, dessen Abriss den Budgetrahmen sprengen hätte können.

Ungewöhnlich war, dass hier der Bauherr den Vorschlag machte, einen Brunnen auf den Bunker zu bauen. (Normalerweise malt der Architekt einen Brunnen, den der Bauherr dann aus Kostengründen streicht.) Sie sehen: Während das erste Projekt „Stadtpalais“, beginnend mit der städ-

tebaulichen Planung bis zum Schlussstein, von Architekten im Voraus auf das Genaueste durchdacht und geplant wurde und diese Planung auch bis ins Detail ohne Abstriche umgesetzt werden konnte, standen beim zweiten Projekt „Loftland“ die Auseinandersetzung mit dem Bestand, die Berücksichtigung des Denkmalschutzes sowie das schnelle Reagieren auf und der kommunikative Umgang mit vielen unvorhersehbar auftauchenden Problemen im Vordergrund.

Gut und billig: Neues Grün für Wien

Vortrag von Jakob Fina

Im Oktober des Vorjahres erhielt ich per E-Mail das neue Logo der Stadt Wien, auf dem tatsächlich stand: „Wien ist anders.“ Diesen Spruch sollen wir auf unseren Planköpfen anführen. Überlegen Sie einmal kurz diese Weisheit, diesen universellen Vergleich mit der Welt: „Wien ist anders ...“

In der Tat, es ist was Wahres dran. Wien hat mit dem Wienerwald einen riesigen Anteil an natürlich gewachsenem Grün. Ein Umstand, der bis heute die Wiener und mit ihnen die politisch Verantwortlichen sich zu-

frieden zurücklehnen lässt. Und das alles gratis!

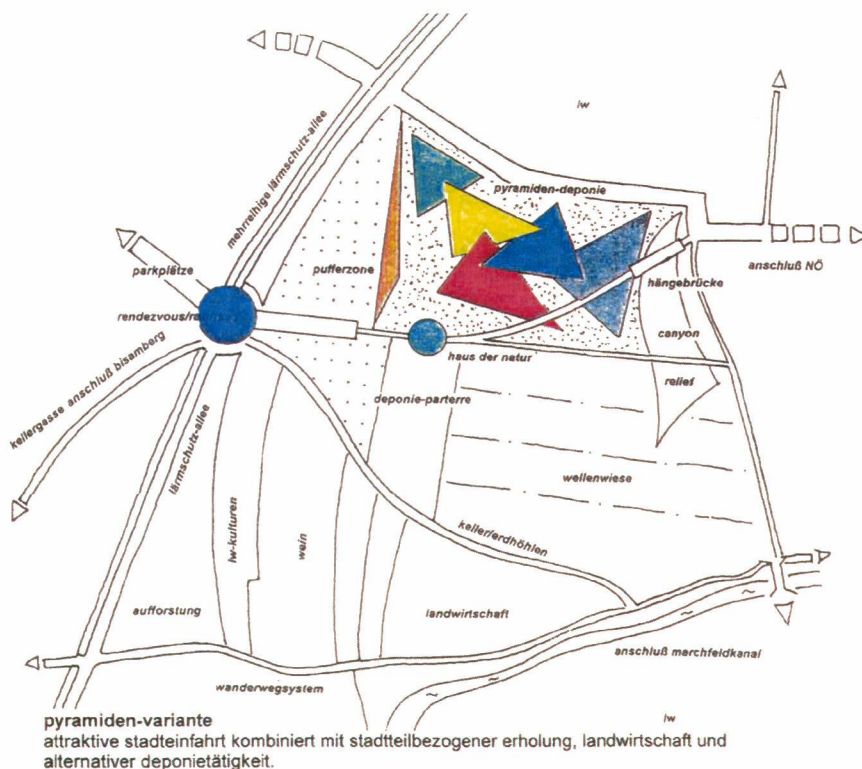
Ich kann Ihnen nur über jene Projekte erzählen, die ich seit meiner Selbständigkeitserklärung 1992 für die Stadt Wien entwickeln durfte, und über meine Erfahrungen bei ihrer Realisierung. Über die Projekte von Kollegen will ich nicht referieren: Jedes hat seine eigene Geschichte, die man kennen muss.

Um den verschiedenen Maßstabsebenen gerecht zu werden, zeige ich

Ihnen Projekte aus dem Landschaftsplanungsbereich des Wiener Grüngürtels 1:5000 und den „Rendezvousberg“, ein 50 Hektar großes Gebiet an der Nordeinfahrt Wiens. Anschließend möchte ich einen kurzen Überblick über den Trygve-Lie-Park in Wien 22, den Park „In der Wiesen“ in Wien 23 und einen kleinen Park im Kaiser-Franz-Josef-Spital in Wien 10 bieten.

Projekt „Rendezvousberg“.

Projekt „Rendezvousberg“. Maßstabsebene 1:5000, im Auftrag der MA 18, 1995.



Als erstes möchte ich Ihnen das Projekt am „Rendezvousberg“ vorstellen. Es führte zu weit, über den gesamten Inhalt dieser umfassenden Arbeit zu referieren. Im Prinzip empfiehlt der Landschaftsplan ein reich strukturiertes Biotopverbundsystem neben einem extensiven Erholungsraum, alternativer Landwirtschaft und Deponietätigkeit. Die Arbeit ist ein Beispiel dafür, wie ein ambitioniertes Projekt anfangs unter dem Motto „Eine Stadt denkt nach“ angegangen wird. Danach öffnet dieselbe Stadt allerdings eine Schublade und legt das Projekt zu den vielen anderen der Landschaftsplanung, die mit der Frage „Wer soll das bezahlen?“ ad acta gelegt wurden. „Wie verkaufe ich es meinen Wählern?“, tönt es von politischer Seite. Offensichtlich handelt es sich um unverkäufliche Ware, die wir hier produzieren: Gut, aber zu teuer! So kam es, dass seit der Präsentation des Wiener Tausend-Hektar-Planes An-



3D Visualisierung: „Rendezvousberg“, 1995.

fang der Neunzigerjahre nicht ein Quadratmeter des Geländes angekauft wurde. Eine schöne Idee der beamteten Kollegen des Magistrates, die aber

politisch nicht mitgetragen wurde. Planung als Prozess. Aber wann geht er zu Ende? Als Planer hat man nur die ehrenvolle Rolle des Gutachters, den

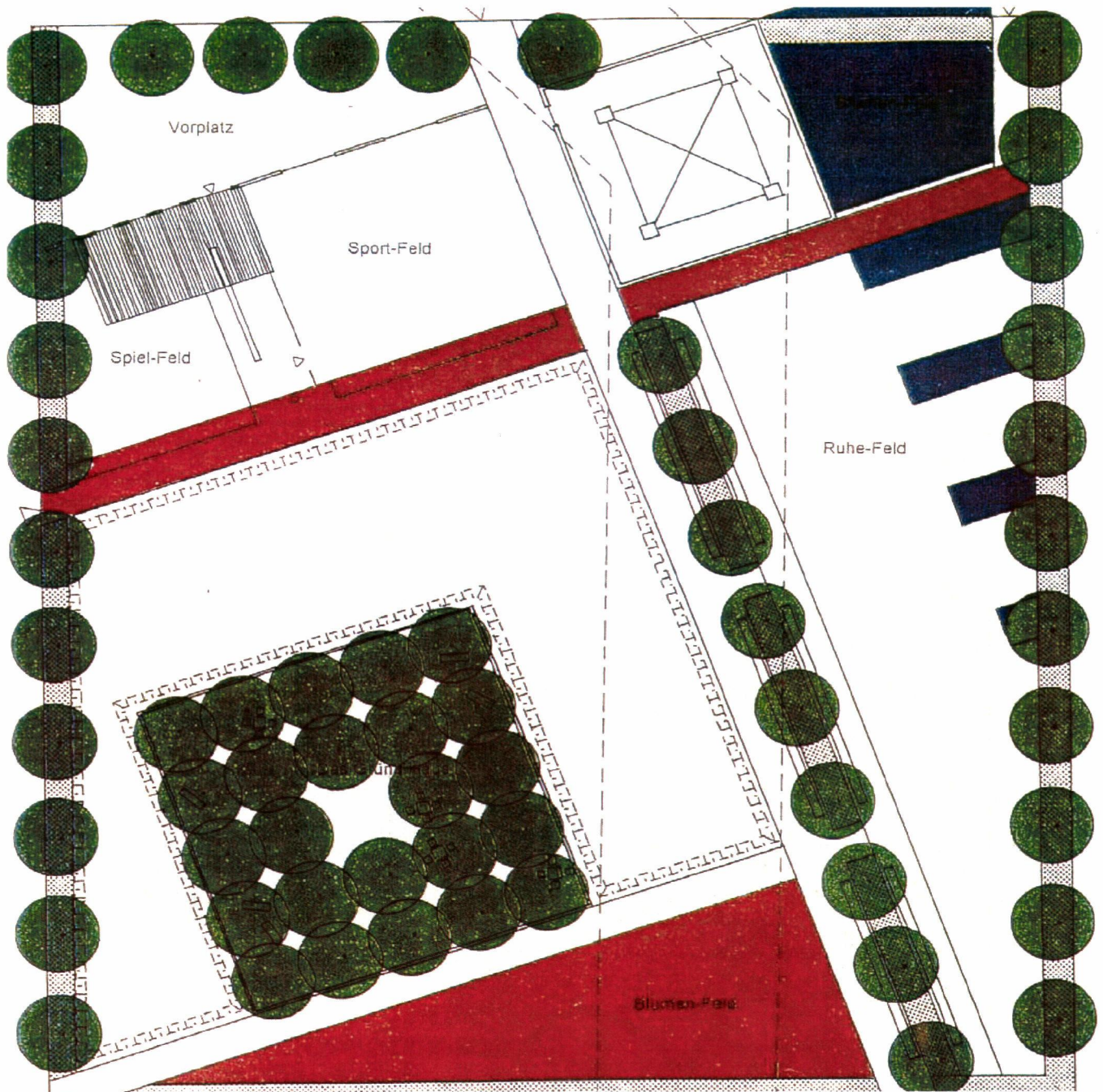
3D Visualisierung: „Rendezvousberg“, 1995.



Ausgang des Prozesses können wir weder qualitativ noch zeitlich mitbestimmen.

Projekt „Trygve-Lie-Park“ in Wien 22.

Eine 110.000-Volt-Leitung reservierte durch einen Eckmasten die Fläche im Stadterweiterungsgebiet Langobardenviertel in Wien 22. Es sollte die Titanic werden, ein Ereignis inmitten der Schlafstadt, ein Schiffsrumpf mit Eisbergen, dramatisch inszeniert, unverwechselbar. Die Idee wurde von Seiten der Planungs-AG schnell verworfen, man einigte sich dann auf die Variante „Spannungsfelder“, eine funktionelle Lösung für alle. Leider hatte die Sache einen Haken: Das System der Zentralverwaltung und der Bezirksautonomie war uns damals



Projekt „Trigve-Lie-Park“ in Wien 22. Maßstabsebene 1:100. 4.000 m². 2,8 Mio. ATS (ATS 700,00/m²), im Auftrag der MA 42, 1996/97.

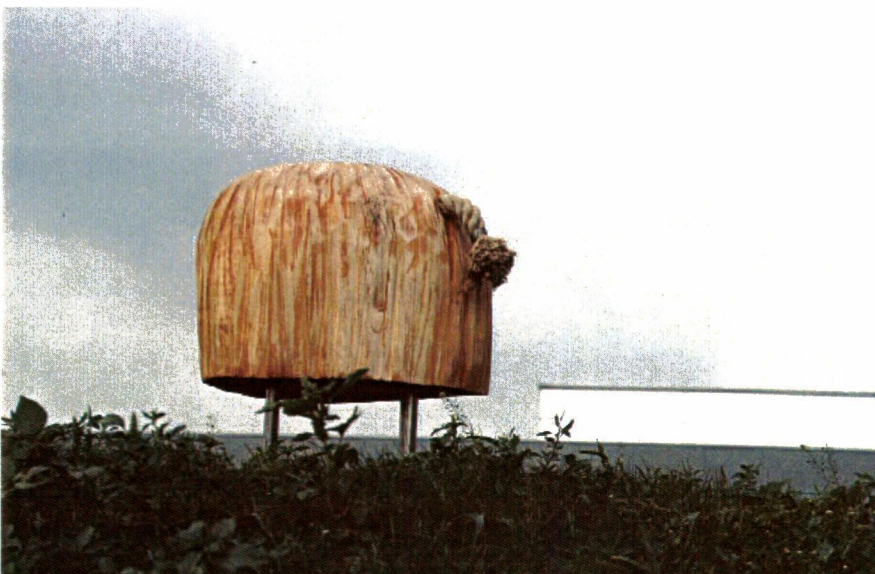




Ansicht: Trygve-Lie-Park, in Wien 22.



Park „In der Wiesen“ in Wien 23



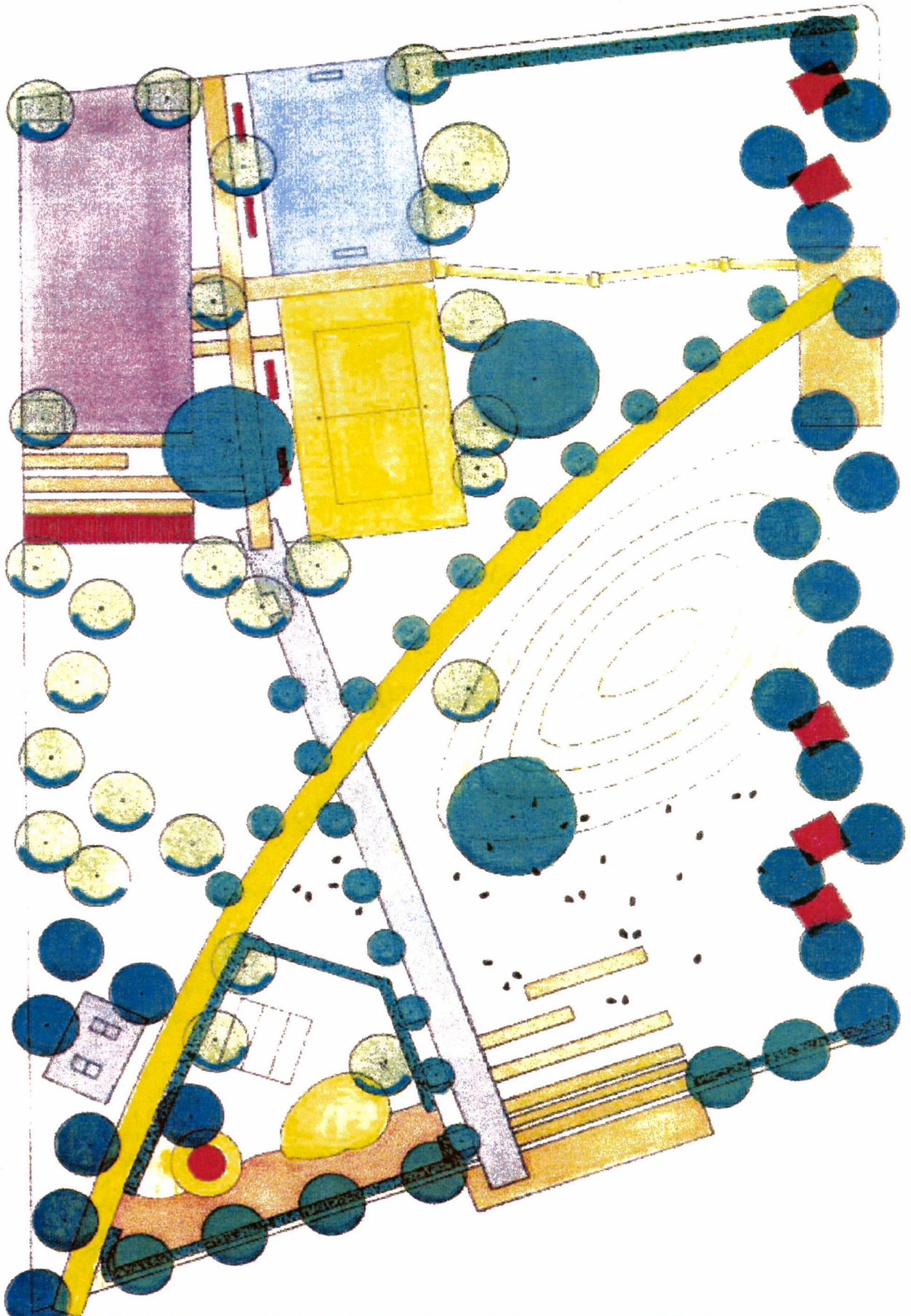
In der Wiesen: Berg mit "Schafen"

noch kaum bekannt. Es geht um die Kostenaufteilung: Die Zentrale zahlt 50 Prozent, der Bezirk nur die Hälfte von 50 Prozent, 25 Prozent werden aufgeschoben (auf ewig). Übrig bleibt dadurch nur die Grundausstattung, die Standardausstattung gibts nur am Plan. Es verbleibt ein Torso der Entwurfs-idee, die Anlage muss auf Herzstücke verzichten: Keine Neonkante unterm Holzsteg, kein Leuchtrahmen, kein Brunnen, keine Staudenbeete. Eine kurze Anmerkung zu den Kosten eines Parks in einem Stadterweiterungs-gebiet: Im Vergleich zu den Gesamtkosten des Gebietes kommt ein Park nicht über die Promillegrenze hinaus, man spart also in der dritten bis vierten Stelle nach dem Komma.

Parkanlage „In der Wiesen“ in Wien 23.

Der städtebauliche Entwurf von Frau Architektin Ullmann sah den Park als urbanen Raum in einer Abfolge vom Innen- zum Außenraum. Der Außenraum sollte Außenraum spielen.

Wir nahmen Bezug auf den alten Flurnamen „In der Wiesen“ und entwarfen eine möglichst natürliche Landschaft als Antwort auf den Beton der Urbanität. „Gut und billig“ war auch diesmal die Devise: Alle Funktionen waren unterzubringen, viel Spiel, viel Sport – alle Bewohner des Viertels sollten sich hier treffen können. Als Draufgabe formten wir einen „Berg“ aus dem reichlich vorhandenen Aushubmaterial. Darauf sollten Schafe grasen. Doch wer hat Schafe, die dem TÜV entsprechen? Eine Odyssee begann und endete in Berlin beim Produktdesigner Michael Lehner. Die TÜV-Prüfung gelang, und einer Aufstellung steht nichts mehr im Wege. Es gelang hiermit, den Standard in die Grundausstattung einzuplanen – es wird sogar große Steine für den Berggipfel geben. Weitere Standard-



Park „In der Wiesen“ in Wien 23. Maßstabsebene 1:100. 9.500 m², 7.6 Mio. ATS (ATS 800.00/m²), im Auftrag der MA 42, 1999/2000.



In der Wiesen: Beleuchtungskonzept



In der Wiesen: Spielbereich



Park zur neuen Pathologie: Ca. 2.000 m², 4 Mio. ATS (ATS 2.000.00/m²), im Auftrag des Wiener Krankenanstaltenverbundes, 2000.

ausstattungen wird es allerdings aus den oben genannten Gründen auch diesmal nicht geben. Der Bezirk wird sich wieder die Hälfte seiner Verpflichtung sparen. Keine Pergola, keine beleuchteten Heckenkulissen, kein Schriftzug als Eingrenzung der Skateranlage.

Es bleibt ein Unbehagen, dass die politische Vertretung nur geringen Wert auf Freiraum legt und darin einen Luxus sieht, obwohl es doch um elementare Mindestanforderungen an die Infrastruktur einer Stadt geht. Was die Kosten betrifft, geht es auch in diesem Fall um Promille, nicht um wenige Prozente, wie man sie von Skontoabzügen kennt.

Park zur neuen Pathologie im Kaiser-Franz-Josef-Spital in Wien 10.

Zum Abschluss noch ein kurzer Blick über die „Promillegrenze“. Beim Neubau der Pathologie im Kaiser-Franz-Josef-Spital waren durch das Vorhandensein eines aktiven Zielplanungsteams, eines engagiertes Primars und einer modernen Direktion Platz und Geld für eine Standardanhebung vorhanden. Das Budget

ermöglichte attraktive Wegebeläge, aufwändige Mauern, Stauden- und Rosenbeete, automatische Bewässerung, Effektbeleuchtung und sogar einen Springbrunnen.

Ausblick und Wünsche:

Als Freiraumplaner wünschen wir uns weiterhin die gute Zusammenarbeit mit engagierten Kollegen vom Magistrat. Auf dieser Ebene gibt es zwar einige fachliche Diskurse, im Prinzip klappt aber die Zusammenarbeit sehr gut. Das Freiraumthema muss allerdings auf die politische Ebene durchschlagen. Stadträte müssen für das gute Klima sorgen, ihre Beamten unterstützen und decken. Fachliche Kompetenz unserer politischen Vertreter ist hilfreich, da es dringend ansteht, Landschafts- und Grünordnungspläne zu verordnen und durchzusetzen. Die Nachteile der Bezirksautonomie müssen erkannt werden, um die oben angeführten lächerlichen Einsparungen zu überwinden.



Park zur neuen Pathologie



Park zur neuen Pathologie: Beete mit Effektbeleuchtung.

Städtische Freiraumplanung zwischen Traum und Wirklichkeit

Die Podiumsdiskussion

RULAND: Ich möchte Sie alle noch einmal im Namen des Institutes begrüßen. Ich bin Gisa Ruland, Assistentin am Institut für Landschaftsplanung und Gartenkunst, und habe die Ehre, heute diese Diskussion zu leiten. „Städtische Freiraumplanung zwischen Traum und Wirklichkeit“: Das soll heute Nachmittag unser Thema sein. Wir haben im Laufe des Tages schon viel gehört zu verschiedenen Wirklichkeiten, zu den Strategien. Wir haben uns besonders vorgenommen, diese Strategien auf den verschiedenen Ebenen der Stadtplanung vorzustellen. Auf der städtischen Ebene haben wir heute zwei Vorträge, je einen aus Berlin und Wien, gehört und auf der Bezirksebene den Vortrag von der Bezirksbetreuung. Dazu muss man für die Besucher aus Berlin hinzufügen, dass die Bezirksebene in Wien nicht mit Naturschutz- und Grünflächenämtern ausgestattet ist – darin zeigt sich eine völlig andere Herangehensweise an die städtische Planung im Grünbereich. Dann kam die Projektebene mit der Frage: „Was kommt unten an?“

Damit sind wir eigentlich schon beim Thema „Zwischen Traum und Wirklichkeit“: Wo steht die Freiraumplanung in der Stadt heute? Was können wir realisieren? Dazu haben wir einige DiskutantInnen aus den verschiedenen Ebenen auf das Podium gebeten. Aus der Reihe der Politiker,

die heute bereits angesprochen wurden, aber auch Vertreter der Behörden und aus Planungsbüros. Ich möchte sie noch einmal kurz vorstellen: Ich fange an mit Frau Jirku von der Stadtplanung in Berlin, daneben sitzt der Bezirksvorsteher des fünften Wiener Gemeindebezirkes Herr Wimmer, dann kommt Thomas Proksch, Inhaber des Büros „Land in Sicht“ – der Name spricht ja bereits Bände –, daneben Frau Kiefer, eine engagierte Berliner Kollegin im Planungsbereich, daneben Frau Urbancic, Leiterin der Planungsabteilung für Neuplanung der Magistratsabteilung 42, des Stadtgartenamts, daneben sitzt Herr Dr. Niemann, Stadtrat für Gesundheit in Berlin Hellersdorf und in dieser Funktion für den Grünbereich zuständig. Ich möchte gleich auf der Projektebene einsteigen. Die Referate klangen für mich nicht so, als könne man nichts realisieren. Daher an Sie, Frau Kiefer, die Sie ja auf der untersten Ebene Projekte realisieren, die Frage, in welchem Ausmaß Sie ihre Träume von Qualität umsetzen können und wo es Probleme gibt.

KIEFER: Ich habe das Gefühl, dass wir unsere Ideen zu 99,9 Prozent umsetzen können. Woher kommt das? Vielleicht ist das ja nur eine Wunschvorstellung, die man irgendwann einmal glauben möchte. Trotzdem denke ich grundsätzlich, dass man als Landschaftsarchitekt – ich bezeichne mich

eher als Landschaftsarchitektin, weil ich im Bereich der Landschaftsplanung wenig mache – auf der Projektebene umdenken lernen muss, und zwar auf mehreren Ebenen. Wir begreifen uns nicht nur als Entwerfer, die eine Idee haben und darauf warten, dass der Bauherr oder die Stadtverwaltung dieser Idee folgen, sondern wir denken mit: Man bekommt nur Freiräume, wenn man Politiker gewinnen kann. Deshalb ist es für mich wichtig, bei jedem Park, bei jeder ganz banalen Baumpflanzaktion die Politiker vor die Presse zu holen. Irgendwann machen den das Spaß. Sie machen das gerne, und die Leute lieben sie dafür. Diese Dinge muss man schon im Planungsprozess mitdenken. In unseren Bauzeitenplänen steht, wann sich derartige Aktionen anbieten und wo. Politiker gehören einfach dazu, die muss man mit einplanen. Man muss aber auch andere Prozesse von vorneherein mitdenken. Die Bürger beispielsweise: Wir wollen Vandalismus vermeiden, wir wollen, dass sie sich mit den Projekten identifizieren. Auch bei den größeren Parkanlagen schließen wir uns mit Vereinen zusammen, sammeln Informationen, machen runde Tische und Zukunftswerkstätten. Bei einem Parkprojekt in Leipzig haben wir von den Baukosten Geld abgezweigt, um die Bürgerbeteiligung steuern zu können, weil wir glauben, dass man zwar günstiger bauen kann, dass man diesen Prozess aber auf alle Fälle in Gang

bringen muss. Außerdem ist es eine Frage des Entwurfes: Wenn man von „private public partnership“ spricht, stellt sich die Frage, ob es sich um einen Landschaftspark handelt oder ob das Gelände portioniert ist und somit die Suche nach Investoren oder – im Hinblick auf die Bürgerbeteiligung – Gruppen oder Vereinen, die einzelne Teile pflegen sollen, erleichtert wird. Die Baukosten und die Pflege müssen bereits Entwurfsmomente sein. In diesen Bereichen müssen Landschaftsarchitekten umdenken lernen, sie müssen Strategien entwickeln. Außerdem wird es wichtig sein – wie das in Berlin langsam passiert –, die Landschaftsarchitektur wieder als Kulturgut zu manifestieren. Für Berlin bedeutet das, dass die Landschaftsarchitekten wieder in Architekturgalerien gehen, dort ausstellen und Interviews für Zeitungen geben: Dinge, aus denen sie viel Energie ziehen. Am Anfang ist das immer relativ schwierig. Aber wenn wir als Landschaftsarchitekten aktiv sind, können wir einiges hinbekommen. Voraussetzung ist natürlich, dass es genügend Flächen gibt, die man gestalten kann, Flächen, die die obere Ebene erst einmal freischalten muss. So, wie ich das verstehe, ist das ein Problem in Wien. Aber ich glaube schon, dass viel machbar ist. Wir sind nicht die Opfer. Wir müssen einfach stattdessen versuchen, gute Täter zu werden.

RULAND: Sie haben sich eben noch in Ihrem Vortrag ein wenig irritiert über die Landschaftsarchitektur in Wien gezeigt. Sie, Herr Proksch, sind Wiener Landschaftsarchitekt und haben mit den hiesigen Verhältnissen zu tun. Inwieweit sind Grünplanungsstrategien in Wien auf der Bezirksebene überhaupt ein Thema? Wo sehen Sie als Planer Möglichkeiten einzugreifen? Lassen sich hoch gesteckte Zielsetzungen, wie sie ja auch in Wien existieren, auf der Projektebene überhaupt noch umsetzen, oder

müssen wir überhaupt ganz neue Ideen entwickeln?

PROKSCH: Wenn diese Veranstaltung vor fünf Jahren stattgefunden hätte, hätte Jakob Fina einen Haufen bunter Pläne gezeigt, von Wünschen gesprochen und sich darüber beklagt, dass wir nicht bauen. Tatsache ist, dass in den letzten fünf Jahren in Wien und in anderen österreichischen Städten wahnsinnig viel passiert ist. Es wird so viel gebaut wie nie zuvor. Wenn man die Kollegen beim Kaffee am Gang draußen fragt, wie es in den Büros geht, dann sagen alle, sie hätten zu viel zu tun. Dass die Honorarsituation nicht stimmt und wenig Geld dabei herauskommt, ist eine andere Sache. Die typische Wiener Larmoyanz ist also nicht angebracht. Es hat sich nur einiges verlagert. Wenn man sich die Projekte ansieht, die wir in unserem Büro realisieren und die in den anderen Büros realisiert werden, so sind nur die wenigsten davon Projekte der öffentlichen Hand. Wir haben andere Projektträger, wir haben andere Investoren, die sich auch Freiraum leisten, aus den unterschiedlichsten Motiven heraus. Was ganz wichtig ist und heute, glaube ich, noch nicht so deutlich gesagt wurde: Man muss eingestehen, dass das klassische „blue print planing“ tot ist, dass die klassische Ordnungsplanung nicht mehr funktioniert. Vor fünf Jahren hätten wir die Bezirksentwicklungsplanung, den Grünordnungsplan und eine höhere Verbindlichkeit des Landschaftsplans gefordert. Es wäre ein Fehler, zu sagen: „Ich fordere das nicht“ – ich fordere das auch. Allerdings muss uns bewusst sein, dass sich die Steuerungsfunktionen auf eine ganz andere Ebene verlagert haben. Wir haben einen deregulierten Planungssektor, wir haben Investoren, Bauträger und politische Lobbys, die bestimmen, wo was passiert. Herr Wimmer wird das nachher wahrscheinlich aus seiner Sicht bestätigen:

Früher war der Bezirksvorsteher Bezirkskaiser, heute ist er Bezirksmanager. Es gilt einen Ausgleich zwischen verschiedensten Interessen zu finden. Und darin liegt die Chance – auch der Verwaltung –, die Landschaftsplanung, die Freiraumplanung, die Landschaftsarchitektur einzubringen. Wir haben keine Ausgleichsregelung, weil wir kein Bundesnaturschutzgesetz haben, aber wir haben andere Ausgleichsregelungen. Jetzt werden Parks gebaut, weil ein Investor kommt, ein Vorhaben hat, das nicht von vorneherein auf Gefallen stößt, und dem ringe ich den Park ab. Es gibt den Garagenbetreiber, dem ich den Park auf der Garagendecke abringe. Das sind die Projekte, von denen wir derzeit leben und in Zukunft verstärkt leben werden. Es sind also weniger strategische Projekte der öffentlichen Hand, die von der Grüngürtelplanung bis auf die Bezirksebene hinuntergebracht werden, es ist vielmehr das Arbeiten mit den Gelegenheiten, die sich auftun. Wir müssen hellhörig sein – und wir müssen strategisch denken und ganz andere Partnerschaften eingehen. Auch wenn ich sonst immer sage: „Unzufriedenheit ist der wesentliche Motor gesellschaftlichen Weiterentwicklung“, wie das Mitscherlich sinngemäß propagiert hat, bin ich doch derzeit nicht unzufrieden mit der Situation. Wir müssen uns nur darauf einstellen. Falsch ist es zu glauben, dass wir mit dem Realisieren der klassischen grünplanerischen, ordnungsplanerischen Hierarchie, wie sie in Deutschland existiert und wie wir sie uns auch für hier immer gewünscht haben, die Probleme lösen und dadurch mehr Grün und höhere Freiraumqualität erreichen können. In Wien herrschen vollkommen andere Rahmenbedingungen, die wir uns nicht ausgesucht haben, mit denen wir aber trotzdem umgehen lernen müssen. Bei aller Liebe zur Kritik sehe ich für die Landschaftsplanung bei uns momentan durchaus viele Chancen.

RULAND: Frau Jirku, Sie haben in Ihrem Vortrag heute Morgen einiges von den Zielsetzungen auf der städtischen Ebene erzählt. Herr Proksch hat gerade gesagt, man müsse sich andere Partner suchen. Für Berlin haben wir von Herrn Schütze-Sieff gehört, dass man sich auf die Suche nach anderen Partnern begibt. Es scheint, als sei die traditionelle Strategie des staatlichen Handelns, bei dem die Entscheidungen von den politischen Spitzen getroffen werden, nicht mehr aktuell. Wo sehen Sie trotzdem Möglichkeiten, Ihre Zielsetzungen bis auf die unterste Ebene zu tragen? Denn generelle Grünplanungen sind doch in der herkömmlichen Form auch in Berlin nicht mehr umzusetzen.

JIRKU: Ich sehe das nicht ganz so. Natürlich stellt sich vieles erst einmal so dar. Aber ich denke schon, dass vieles von dem, was wir im Moment ernten – und es klang ja auch durch, dass wir in Berlin mehr und größere Projekte realisieren können, als das hier der Fall ist –, damit zu tun hat, dass wir vor gut zwanzig Jahren für die Landschaftsplanung auf allen Ebenen gesetzliche Grundlagen geschaffen habe. Und was ganz wichtig ist: Ich möchte behaupten, dass die Hälfte der Projekte, die wir im Moment bauen, durch die Eingriffsregelung finanziert wird. Die ist für uns ein ganz wichtiges Instrument, um aus unseren Träumen Wirklichkeit werden zu lassen. In der Tat sind auch in Berlin Landschaftsplanung und Naturschutz ein bisschen verpönt. Diesem Bereich haftet das Vorurteil an, altmodisch zu sein und aus einem falschen Bewusstsein heraus zu operieren; manche Politiker meinen, Landschaftsarchitekten würden Qualität verhindern. Sicher mag das im Einzelprojekt manchmal so sein, wenn – ich sage das einmal ganz salopp – der Naturschützer „rumnervt“. Aber ich denke trotzdem, dass mit der Landschaftsplanung auf allen Ebenen und vor allem mit der Eingriffs-

regelung erst die Grundlagen für viele sehr schöne und sehr gute Projekte geschaffen wurden. Das hat auch damit zu tun, dass im Laufe der Etablierung dieser ganzen Instrumente und Pläne viele Stadtplaner und Architekten gezwungen wurden, sich mit unserem Berufsstand auseinander zu setzen. Frau Kiefer hat schon unser abendliches Kneipengespräch erwähnt, bei dem diese jungen Architekten sagten, die meisten Wiener meinten, sie bräuchten den Landschaftsarchitekten oder Landschaftsplaner erst dann, wenn die Bäume, die sie bereits eingepflanzt hätten, einen Namen bekommen sollten. Das war bei uns vor zwanzig Jahren auch so. Da kam jemand mit einem Plänchen und fragte: „Sag mal, soll da nun eine Eiche hin, eine Linde oder eine Buche?“, und war beleidigt, wenn sich nicht jeder Landschaftsarchitekt dafür hergab, ihm den lateinischen Namen dranzuschreiben. Ich glaube, in diesem sehr langen, sehr mühsamen Auseinandersetzungsprozess hat zwischen den Berufsgruppen eine wichtige Annäherung stattgefunden, und es gibt in der Tat heute viele Stadtplaner und Architekten, die nicht mehr ohne unseren Berufsstand arbeiten. Das hat viel dazu beigetragen, dass wir heute so viele Projekte haben.

RULAND: Die Eingriffsausgleichsregelung zieht jetzt, obwohl sie schon vor langem zurückgenommen wurde. Sie werden also vielleicht wieder in dieselben Schwierigkeiten geraten, in denen wir in Wien derzeit stecken.

Frau Vrbancic, das Stadtgartenamt erfüllt in Wien die Hauptfunktion bei der Entwicklung des öffentlichen Grüns, indem es Park- und Gartenanlagen in der Stadt mitplant und mitprojektiert. Wir haben hier in Wien keine vergleichbaren Instrumentarien, mit denen Sie agieren könnten, wir haben nicht die Gelder aus der Eingriffsausgleichsregelung oder aus sonstigen Regelungen. Aber ich denke

doch, dass das Stadtgartenamt Strategien entwickelt hat, wie Grün in die Bezirke hineinkommen kann. Welche Initiativen haben Sie in letzter Zeit ergriffen, öffentliche Grünflächen bis auf die Bezirksebene herunter zu entwickeln, oder welchen Problemen stehen Sie gegenüber, auch im Zusammenhang mit den Budgets, die ja jetzt überwiegend bei den Bezirken liegen?

VRBANCIC: Wir haben mit heuer eine für uns sehr positive Phase der Stadterweiterung abgeschlossen, bei der wir Gelegenheit hatten, einige neue Parkanlagen – oder Pärkchen, Beseerparks – zu planen. Leider blieben nur die Restflächen übrig. Die Fläche, die Herr Fina gezeigt hat, wurde nur deshalb nicht EBK-gewidmet und nicht verbaut, weil dort dieser Hochspannungsmast stand. Aber man muss auch mit kleinen Dingen zufrieden sein. Wir sind dann natürlich in diesem Korsett gesteckt, dass die Bezirke zuerst gesagt haben: „So viel Geld für so viele Grünanlagen – das können wir nicht zahlen.“ Dann hat man zwei Jahre verhandelt und das vielleicht nicht sehr glückliche, aber damals einzige Modell herausgefiltert, eine so genannte Grundausrüstung zu bauen, die zu einem späteren Zeitpunkt ergänzt werden kann. Im Zuge dieses Modells wurden fast zehn neue Parkanlagen gebaut. Der andere Punkt, den Sie angesprochen haben, die Bezirksebene: Das ist eine sehr mühsame Angelegenheit. Es gilt jetzt – besonders in den innerstädtischen Bezirken, wo ein Mangel an Grünflächen herrscht und die Anlagen meist zu stark genutzt sind – Geld zu bekommen, um Altbestände neu zu gestalten. Das ist aber eigentlich ein Teufelskreis, denn wenn ich nicht mehr Fläche habe, kann sich jeder Planer noch so bemühen – er wird nicht den Stein des Weisen finden. Vor allem vor dem Hintergrund, dass auf dieser geringen Fläche für jede Bevölkerungsgruppe etwas angeboten wer-

den muss. Wir probieren immer neue Ansätze aus, natürlich nur mit gemischten Erfolgen. Es ist auch so, dass man immer wieder die Bezirkspolitiker motivieren muss, auch für die Grünflächen genug Geld bereitzustellen. Ich muss dazu sagen, dass es für den Bezirkspolitiker sehr schwer ist. Er hat eine Fülle von Aufgaben zu bewältigen. Wenn man bedenkt, dass die Bezirke sehr desolate Schulen und Kindertagesheime übernommen haben, die sie nun sanieren müssen, und dass auch die Straßen in keinem guten Zustand waren, kann man verstehen, dass gerade in Bezirken, die nur über ein kleines Budget verfügen, nicht sehr viel für die Grünflächen übrig bleibt. Aber ich habe immer noch die Hoffnung – es gibt da einige Bezirke, das ist so ein ewiges Auf und Ab, einmal hat der mehr für Grün übrig, dann wieder der –, dass im Verlauf der Zeit die Situation bei den Grünflächen etwas besser werden könnte.

RULAND: Das klingt ja fast so, als könnte man einen Park nur realisieren, wenn man Glück hat. Eine wirkliche generelle Strategie ist nicht herauszuhören. Es stellt sich die Frage, ob sie notwendig ist, da gibt es in dieser Runde inzwischen auch schon Zweifel. Vorerst möchte ich aber auf die Politikerebene überleiten und zuerst unseren Gast aus Berlin, Herrn Niemann, ansprechen. Wir haben heute schon gehört, dass auch in Berlin die Grünplanung und die Entwicklung der Bezirke durch leere Kassen geprägt sind. Trotzdem hat Herr Schütze-Sieff heute Morgen detaillierte Entwicklungsziele im Hinblick auf die Grünplanung und die ökologische Stadtentwicklung formuliert. Kommen Sie mit diesen Zielvorstellungen zurecht? Welche Chancen sehen Sie, dass Herr Schütze-Sieff mit seinen Vorstellungen durchkommt? Welche Maßnahmen können Sie im Bezirk unterstützend fördern? Wo gibt es Restriktionen? Welche Träume träumt ein Beteiligter,

der als Vertreter der politischen Ebene tätig ist?

NIEMANN: Ich bedanke mich für das Privileg, als erster der Politiker hier zu Wort zu kommen, und für den heutigen Tag an Politikberatung. Meine Abteilung im Stadtbezirk Berlin-Hellersdorf, der fast 270.000 Menschen beherbergt, betreut den öffentlichen Gesundheitsdienst und die ökologische Stadtentwicklung. Da sind also auch – Gott sei Dank! – die Stadtplanung und das Naturschutz- und Grünflächenamt dabei. Träume: Mehr Geld zu haben, ist immer ein richtiger Traum; dass das Geld in der Wirklichkeit nie reicht, ist leider auch wahr. Das ist traumatisch, und man kann es nicht hinnehmen. Aber Geld ist nicht alles. Ich stehe dazu: Es geht um die Frage, welche Stadt wir wollen. Wie soll die aussehen? Für diese Frage ist das Thema, das wir heute behandeln, von eminenter Wichtigkeit. Insofern ist das, was Herr Schütze-Sieff vorgetragen hat, auch mein Wunschenken. Es ist das Ergebnis eines verzweifelten Bemühens, trotz katastrophaler finanzieller Engpässe Lösungen zu finden. Und es gibt Lösungen. Politik hat neben der Aufgabe, um Geld zu streiten, immer auch die Aufgabe, Ziele zu formulieren. Diese Ziele sind gerade im Freiraum- und Grünbereich nicht so, dass sie automatisch viele Wählerstimmen bringen. So ist das nicht, dass automatisch Bürgerschaften voll hinter dem stehen, was wir ihnen so vortragen. Manchmal mit gutem Grund. Es gibt ja auch Misserleistungen, wenn schön geplante Plätze nicht den Effekt erzielen, den man gewollt hat. Bei dieser Zielfunktion haben wir also eine große Verantwortung. Frau Kiefer hat vorher etwas gesagt, was auch unserer Erfahrung entspricht: Man muss politischen Willen haben und versuchen, diesen Willen durch Steuerungsrunden, an denen die Bürger von Anfang an beteiligt sind, und durch relativ schnelle

Entscheidungen – die Verwaltung hat da ja auch ihre Schranken – durchsetzen. Man kann aber auch in der eigenen Fraktion gerade für diesen Sektor Unterstützung erkämpfen. Die ist nicht selbstverständlich. Wir haben natürlich auch in unserem Bezirk Konfliktlagen, bei denen verschiedene Interessen aufeinander stoßen und die verführerische Gewalt des „großzügigen Investors“ kommt, der beispielsweise im Falle des Stadtteilparks mit dem Angebot „Ich baue euch hier einen Sportplatz, denn den braucht ihr auch“ einen ganzen Wettbewerb und die gesamte konzeptionelle Planung in Frage stellt. Und denken Sie nicht, dass derartige Interventionen nicht auf Echo stoßen. Das durchzuhalten ist ganz schwierig. Gestatten Sie mir ein letztes Thema, das mich heute hier beschäftigt. Es geht für das Schicksal der Freiraum- und Grünplanung nicht so sehr um ein generelles Problem, sondern um den öffentlichen Raum. Es geht darum, was im Gemeinwesen zu verwalten ist und auf Grund seiner Funktion nicht die Eigenschaft hat, sich einfach zu vermarkten. Im Falle eines privaten Investors, der bauen will, bedarf es nur der Überzeugung des Bauherren, dann läuft das schon. Nur: Sie haben ja die Schwierigkeiten dargestellt. Im öffentlichen Raum geht es oft nicht nur um das Problem der finanziellen Krise, in der der öffentliche Haushalt steckt, sondern auch darum, ein Gefühl für die Bedeutung öffentlicher Spielplätze und jener öffentlichen Funktionen, die das Gemeinwesen bereitzustellen hat, zu wecken. In Berlin hat Senator Steler das angesprochen, aber es gibt meines Erachtens keine Diskussion darüber. Es gibt keine politische Auseinandersetzung darüber, wie sehr der öffentliche Raum in allen seinen Ausformungen – bis hin zum Kinderspielplatz, der mit Hundekot verdreckt ist, bis hin zu nicht sanierten Schulen – auch auf die Privaten, auch auf das gesamte Image der Stadt Auswirkungen hat. Hier neue

Lösungen zu finden, die die Eigenschaft haben, sich nicht von Deals mit Privaten abhängig zu machen, das ist natürlich ein Weg. Natürlich machen wir das auch in Hellersdorf, einem Bauherren für Grün etwas abzuwickeln, wofür wir dann bei bestimmten Flächen, die er bebauen kann, mit dem Baumaß großzügig sind. Aber es ist doch jedem klar, dass das ein ganz gefährlicher Weg ist. Denn es geht doch letztendlich darum, noch einen Baumarkt mehr zuzulassen. Dieser Preis ist nicht gering – das kann also keine Lösung sein. Vielleicht noch ein letztes Wort, damit Sie wissen, wo ich herkomme: Ich komme aus Hellersdorf, einer Plattenbausiedlung, dem Wahlkreis von Herrn Gysi. Ich bin dort in der Regierung, die PDS hat mich aufgestellt, ich bin also in der Bundes- und der Landespolitik in Opposition. Das hilft mir zwar nicht immer bei der Lösung der Probleme, mit denen man sich als Stadtentwicklungsstadtrat herumschlägt, manchmal hilft es aber doch: Andere Parteien sagen oft: „Wir müssen aufpassen, dass der Gysi dort nicht immer so viele Stimmen bekommt, also müssen wir dort ein bisschen investieren.“ Das läuft ganz schön zwischen den Parteien, zwischen CDU, SPD und PDS, und so wird es möglich, auch für die Stadtentwicklung dieser Großplattensiedlung, dieser dynamischen Siedlung mit den großen Siedlungsgebieten, etwas zu tun. Das vielleicht als ein kleines Extra, aber die Grundprobleme bleiben die gleichen.

RULAND: Die Probleme liegen im öffentlichen Raum, die privaten Investoren lassen sich zum Teil überzeugen. Wie ist das aber in einem dicht verbauten Wiener Bezirk? In einem solchen sind Sie, Herr Wimmer, Bezirksvorsteher und in dieser Funktion insbesondere auch für das Grün zuständig, für das es auf der Bezirksebene keine eigenen Fürsprecher gibt. Wir hörten hier bereits einen Vertreter der Ge-

bietsbetreuung, die überwiegend auf der Bezirksebene tätig ist. Sie haben in Ihrem Bezirk in den letzten Jahren einige Parkanlagen neu errichten können, einige konnten Sie in der Form von geschlechtsspezifischen Parkanlagen renovieren, und einiges konnten Sie auch im öffentlichen Straßenraum verbessern. Wie gehen Sie von Ihrer Warte aus konzeptionell vor, um den Grünraum zu fördern, welche Probleme sehen Sie im Vergleich zu Ihren Berliner Kollegen?

WIMMER: Ich möchte mich erst einmal bei einem der Vorredner bedanken. Jakob Fina hat den Wiener Politiker treffend umrissen, aber eines dabei vergessen: Es gehört ein Maß an Schlitzohrigkeit dazu, um in einem Bezirk wie dem meinen etwas weiterzubringen; ich hoffe, die habe ich noch einige Zeit. Mein Bezirk hat 53.000 Einwohner – das entspricht St. Pölten – auf einer Fläche von zwei Hektar. Wir sind also der am dichtesten besiedelte Punkt auf der österreichischen Landkarte. Zur Situation der Grünflächen würde Ihnen ein normaler Politiker, wie Sie ihn aus Sonntagsreden kennen, sagen: „In den letzten 21 Monaten konnte ich den Grünflächenanteil um ein Drittel erhöhen.“ Sie würden beeindruckt sein, es würde Schweigen, ja fast Hochachtung hochkommen. Ich sage Ihnen, wie es wirklich ist: Ich habe diesen Bezirk vor 21 Monaten mit 3,2 Prozent Frei- oder Grünfläche übernommen – das sehen Sie gar nicht, wenn Sie drüberfliegen –, und im Moment sind wir bei über vier Prozent. Das ist für uns in diesem eng verbauten Gebiet schon ein Erfolg. Daher gilt es, Partner zu suchen, wo immer es möglich ist. Auch Finas Darstellung der finanziellen Situation teile ich natürlich. Es wird jetzt am Schlitzohr liegen, Partner zu finden, beispielsweise eine private Firma, die unbedingt eine Lärmschutzwand am Rande eines Parks machen will, oder den Straßenbau, der

einfach aus seinem Budget einige Wege baut, oder einen Privaten, der sein Gebäude etwas anders, als in der Flächenwidmung vorgesehen, errichten möchte und nur dann in den Bauausschuss, der das auf Bezirksebene genehmigt, kommt, wenn er mir erklären kann, um wie viele Prozente Grünanteil mehr, als er verpflichtet ist, er dafür im Umkreis, in der Nähe, im Bauwerk – in einem so eng bebauten Bezirk sind Sie da nicht mehr wählerisch: irgendwo – zur Verfügung stellen kann. Wenn er das darstellen kann, nehmen wir das sehr gerne. Wir haben aber auch gegen die eigene Stadtverwaltung zu kämpfen. Die MA 21, die den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan erstellt, hat beispielsweise über einen EBK-gewidmeten Park eine ÖZ gelegt, was ermöglicht, dass dort Verkehrsflächen entstehen und der Park aus der Flächenwidmung herausgenommen wird. Da ist es dann einfach notwendig, aufzubegehren und zu sagen: „Nur über meine Leiche.“ Dann geht es auf einmal. Dabei kämpfen Sie in einem Bezirk wie meinem um 3500 Quadratmeter. Die gilt es zu erkämpfen. Wenn ich das alles erreicht habe, habe ich allerdings immer noch einen parteipolitischen Salat vor mir. Da wird dann da und dort das Thema der 27 Prozent nicht-österreichischer Mitbürger ins Spiel gebracht, da wird hin und wieder die Frage hineingeworfen: „Na ja, der Park ist eh da, warum sollen wir da überhaupt etwas machen?“ Das, bitte, hinterfragen Sie, zur parteipolitischen Szene möchte ich im Einstiegsstatement nicht allzu viel sagen.

RULAND: Noch einmal die Frage an die Runde: Welche Möglichkeiten sind nun wirklich gegeben? Wir haben gehört, dass man sich mit Investoren zusammentun muss; Planungen auf der oberen Ebene sind auch notwendig, um Vorgaben zu schaffen. Wie könnten generell Strategien weiterentwickelt werden, damit die er-

wünschte Qualität auf der untersten Ebene ankommt?

PUBLIKUMSBEITRAG: Mein Name ist Sabine Gretner. Ich bin vom grünen Klub im Rathaus. Wir haben auch versucht, einige Veranstaltungen zu diesem Thema in Wien zu organisieren; einige engagierte Planer sind auch gekommen und haben uns wertvolle Hinweise gegeben. An dieser Veranstaltung wundert mich, dass sie fast ein bisschen zu brav ist. Soviel ich weiß, können Landschaftsplaner von ihren Aufträgen in Wien sicher nicht leben. Dass die MA 18 oder auch die MA 42 sagen: „Irgendwann wird es schon besser werden“, wundert mich auch, denn die sollten doch Auftraggeber für die Landschaftsplaner sein. Eine Dame hat am Vormittag erzählt, dass es in Berlin 32 Wettbewerbe gab. Meinem Wissen nach gibt es in Wien keine Wettbewerbe aus der öffentlichen Hand. Ein weiterer Unterschied zu Berlin ist auch, dass der Tausend-Hektar-Plan in Wien zwar beschlossen wurde, aber keine gesetzliche Grundlage darstellt. Deshalb gibt es auch ständig Flächenwidmungen, die ihm völlig widersprechen. Die Grünen stimmen zwar gegen diese Widmungen, das bewirkt aber auch nichts. In Berlin kann man anscheinend diese Flächen nicht dauernd anknabbern.

PROKSCH: Mir ist es nicht bekannt, dass ein Großteil der Wiener Büros nicht von ihrer Arbeit leben kann. Wenn sie nicht von den Aufträgen für das Stadtgebiet Wien leben können, liegt das daran, dass wir eine große Dichte an Büros in Wien haben. Genauso, wie Büros aus anderen Bundesländern in Wien Planungen übernehmen, müssen die Büros in Wien auch bereit sein, österreichweit oder zumindest regional zu denken. Die Bürolandschaft in Wien ist enorm gewachsen. Wir haben eine größere Dichte als in Deutschland bei einer geringeren Auftragslage. Es gibt öster-

reichweit 150 Büros, von denen sich ein großer Teil im Osten konzentriert. Ich möchte das nicht in den Himmel loben, es muss vieles besser werden, aber allein, dass diese Büros – teilweise mehr schlecht als recht – existieren können, ist schon ein wesentlicher Fortschritt, und es wird immer besser. Zur Wettbewerbskultur: Wir haben zwar am Landschaftsplanungssektor keine ausgeprägte Wettbewerbskultur in Österreich, aber unser Büro – wie auch viele andere – lukriert einen Großteil der Objektplanungsprojekte aus Wettbewerben. Das heißt, dass die Teambildung zwischen Landschaftsplanern und Architekten bei städtebaulichen Wettbewerben wie bei ganz normalen baukünstlerischen Aufgaben immer mehr zur Selbstverständlichkeit für eine Reihe engagierter Architekten wird. Dass das immer noch zu wenig sind, ist eine andere Sache. Trotzdem hat sich auf diesem Gebiet wahnsinnig viel getan. Mich wundert es auch, dass Sie nur ignorante Wiener Architekten getroffen haben oder nur von solchen gehört haben. Wir machen die Erfahrung, dass immer mehr Architekten, Investoren und Bauträger erkennen, dass sie von einer guten Freiraumgestaltung profitieren.

RULAND: Das hört sich an, als ob in Wien alles Friede, Freude, Eierkuchen wäre. Das klang heute Morgen von Herrn Glotter ganz anders – er meldet sich auch schon vehement zu Wort. Vorher war da aber noch eine Wortmeldung von Herrn Wimmer.

WIMMER: Ob die Planer von ihrer Arbeit leben können oder nicht, ist eine andere Sache. Eines – das kann ich Ihnen an einem Beispiel in meinem Bezirk zeigen – stimmt schlicht und einfach nicht: Die mädchen- und frauenfreundliche Gestaltung des Einsiedler- und des St.-Johann-Parks ist auf Grund eines Wettbewerbs, vom Frauenbüro ausgeschrieben, erfolgt. Diese Projekte wurden in Zusammen-

arbeit mit LandschaftsplanerInnen durchgeführt. Das nur zur Richtigstellung. Wien hat zwar immer den Hang zum Raunzen, aber es passiert doch mehr, als angenommen wird.

RULAND: Große landschaftsplanerische oder freiraumplanerische Wettbewerbe sind mir aber nicht bekannt, und auch, wann der letzte Wettbewerb in Wien für einen großen Park stattfand, entzieht sich meiner Kenntnis.

VRBANCIC: Der letzte landschaftsplanerische Wettbewerb war für das Stadterweiterungsgebiet Leberberg. Leider ist die Expo nicht gekommen.

GLOTTER: Also ich kann ich mich nicht erinnern, Frau Gretner, dass ich je zufrieden gewesen sein sollte, dass ich je gesagt hätte: „Das wird schon alles in Ordnung gehen.“ Ganz im Gegenteil: Ich war immer jemand, dem nachgesagt wurde, er sei mit nichts zufrieden, der immer etwas Besseres gefordert hat. Da ich auch Vizepräsident der ÖGLA (Österreichische Gesellschaft für Landschaftsplanung und Landschaftsarchitektur) bin, erlaube ich mir, auch in dieser Funktion etwas zur Auftragsituation der LandschaftsplanerInnen und Landschaftsplaner zu sagen. In Wien hat zumindest die MA 18 immer versucht, Landschaftsplanerinnen und Landschaftsplaner regelmäßig zu beauftragen. Wir haben, oft zum Missfallen unserer vorgesetzten Politiker und Beamten, fast nie etwas alleine gemacht; wir haben durch die Bank Auftragnehmer gehabt. Mit Erfolg, weil wir immer der Meinung waren, dass wir nicht in unserem eigenen Saft weiterköcheln dürfen, sondern dass es Aufgabe einer modernen Stadtplanung ist, die freien Berufe einzusetzen, mit ihnen in Diskussion zu treten und das Beste herauszuholen. Für die MA 42 wird Monika Vrbancic etwas sagen können, das kann ich nicht tun. Aber ich möchte eines dazu sagen: Wir haben

am Vormittag einen Vortrag von Herrn Schneider von der Gebietsbetreuung gehört. Mir kommt vor, als würden sich die Situationen häufen, in denen die Gebietsbetreuung weit über ihre eigentliche Funktion hinausgeht und auch Planung betreibt. Das ist eigentlich nicht ihre Aufgabe. Die Gebietsbetreuung hat Probleme zu erkennen und dann dem Bezirk oder der Stadt, dem Magistrat, Mitteilung zu machen, wo angesetzt werden sollte. Das hängt nicht mit Margarethen zusammen, das ist auch in anderen Bezirken so. Da ist ein großes Feld an Beauftragungsmöglichkeiten auch für Landschaftsplanerinnen und Landschaftsplaner vorhanden. Eines allerdings spricht dagegen: Der Bezirk sagt auf Grund der finanziellen Notsituation, in der er steckt: „Die Gebietsbetreuung macht mir das billiger als ein Landschaftsplaner oder eine Landschaftsplanerin.“ Ich glaube, dass hier von Seiten der Stadt sehr genau aufgepasst werden muss, wie das in Zukunft gehandhabt wird. Es kann nicht sein, dass ein gesamter Berufsstand aus dieser Situation heraus übergangen wird und keine Aufträge mehr bekommt. Ich möchte den Architekten sehen, dem die Aufgabe weggenommen wird, ein Haus zu bauen, ein Haus zu planen, weil man sagt: „Das können wir ja im Rahmen der Gebietsbetreuung alleine machen.“ Das ist nicht möglich. Wir müssen darauf achten, dass die Freiraumplanung nicht von der Gebietsbetreuung gemacht wird, sondern durch freie Architekten.

PUBLIKUMSBEITRAG: Ich denke, es ist wichtig, dass sich auch eine Studentin meldet. Ich möchte mit meiner Frage der öffentlichen Seite den Vorzug geben, weil ich mit einer Vorgangsweise nicht viel anfangen kann, bei der sich Firmen und Sponsoren einschalten und dadurch ein gesamtheitliches Konzept, das eine Stadt oder eine öffentliche Stelle erstellt haben, zerstört wird. Angesichts der

Äußerungen, die hier von Vertretern der öffentlichen Seite getätigt wurden, muss ich doch Kritik anbringen. Vor allem in Österreich ist es oft der Fall, dass sich öffentliche Stellen in parteipolitischem und persönlichem Hin und Her verhaspeln, das vor dem Hintergrund der aktuellen Lage als politische Kritik verstanden wird, statt eine wirkliche Interessenvertretung zu sein. Man sollte sich nicht verhaspeln, unter anderem, indem man aufsteht und sagt: „Ich bin von den Grünen“, denn dann geht es natürlich weiter, und der nächste sagt: „Ich bin von der SPÖ.“ Dann werden sich alle anderen Fraktionen zu Wort melden und ihre Parteipolitik darstellen wollen.

RULAND: Was war jetzt eigentlich die Frage?

PUBLIKUMSBEITRAG: Die Frage war, ob durch Sponsoren ein gesamtheitliches Konzept zerstört wird.

JIRKU: Das kommt natürlich auf den Sponsor an. Wir hatten in Berlin das Glück, dass wir eine Stiftung für Natur und Kultur gewinnen konnten, uns drei Parks zumindest zur Hälfte zu finanzieren. Diese Stiftung hat den Grundsatz vertreten: „Wir mischen uns in den Entwurf nicht ein, solange dieser in Berlin konsensfähig ist und die Zustimmung der Bürger, der Politik und der Verwaltung findet.“ Das ist natürlich der Idealfall. Es gibt andere Fälle – und da hatten Herr Niemann und ich sehr viel Kontakt – in denen ein bestimmter Investor – in dem Fall gar nicht als Sponsor, sondern auf Grund seiner gesetzlichen Verpflichtung, ausgleichenden Ersatz zu zahlen – beginnt, sich in die Inhalte einzumischen. Dieser spezielle Investor hat dann leider bei manchen Politikern und auch in meiner eigenen Verwaltung zunächst Unterstützung gefunden. Das wieder rückgängig zu machen, war nicht einfach. Wieder ein anderer Fall ist es, wenn wir als Stadt

ein meist von freien Landschaftsarchitekten erarbeitetes und von uns beauftragtes größeres Konzept haben wie zum Beispiel für die Spreeufer, wenn wir also ganz klar wissen, was wir wollen, und dann dem Bauherren, der dieses Ufergrundstück bebauen will, sagen: „Du machst das Stück Uferweg, das muss so breit sein, und die Bäume musst du dort hinpflanzen und die Bank dort hinstellen.“ Dann haben wir auch den Zugriff. Gefährlich wird es immer dann, wenn Deals gemacht werden. Da muss man dann sehen, wer am stärkeren Hebel sitzt. Unser früherer Senator Hassemann sagte immer: „Man muss den Tiger reiten.“ Aber das ist ein gefährliches Spiel.

NIEMANN: Ich habe mich da vorher ja ganz vorsichtig dazu geäußert. Ich will das nicht wiederholen. Ich will nur bekräftigen – und ich sage das jetzt in keiner Weise parteipolitisch: Wenn wir in der öffentlichen Verwaltung nicht wissen, was wir wollen, wenn wir uns das nicht klar machen, dann wird das eine große Gefahr sein; und es ist leicht, der Versuchung zu erliegen. Zur Zeit hat die öffentliche Hand in der Regel eine schwache Verhandlungsposition. Zu mir kommen oft Leute, die mir zehntausend Arbeitsplätze und was sonst noch versprechen, und ich sage trotzdem nein. Wie ich herausgehört habe, haben wir vielleicht einen kleinen Vorteil, weil die bundesdeutsche Gesetzgebung ein Instrumentarium liefert, das, wenn man es gut anwendet und dabei hart bleibt, mehr Möglichkeiten zur Kontrolle bietet. Aber das eigentliche Problem ist, dass ich im Bezirk eine Vorstellung brauche, was ich will. Die ist immer wieder zu erneuern. Dafür muss man einen langen Atem haben, der über die nächste Wahl hinausreicht. Das ist nicht so einfach, weil dabei natürlich auch unterschiedliche Menschen eine Rolle spielen. Es muss daher Strukturen geben, die auch dann

noch gelten, wenn bestimmte Personen nicht mehr da sind, also Rechte und Befugnisse von Ämtern. Nach meiner Erfahrung ist es in diesem Zusammenhang gerade im Bezirk sehr wichtig zu wissen, wie die öffentliche Meinung wirklich ist, wer die Wortführer der Bürgerschaft sind und ob es gelingt, sie sachkundig einzubringen. Das ist eine große Gewalt. Eine qualifizierte öffentliche Meinung – in die muss man viel investieren. Es ist nicht so, dass es zu viele Bürger gibt. Es gibt ja Berufsbürger, die wir alle kennen, die sich die Mühe der Argumentation machen, die Mühe, sich darin zu vertiefen, warum das gut ist, was Sie als Landschaftsarchitekt auf einer professionellen Ebene vorlegen – das ist ja zum Teil nicht leicht nachzuvollziehen. Zum Beispiel die Bereitschaft, moderne Lösungen auszuprobieren. Ein klassischer Fall: Vor dem Hintergrund einer modernen Wettbewerbslösung, die nicht jedem gefällt, kann ein bestimmter Investor mit profanen Dingen, die an das Althergebrachte anknüpfen, und durch diverse Geschenke bestimmte Effekte erzielen. Hier haben wir eine große Verantwortung, Bürger einzubeziehen, sie zu gewinnen und ans Nachdenken zu gewöhnen, damit der Politiker oder wer auch immer eine Basis für seine Position hat.

PUBLIKUMSBEITRAG: Mein Name ist Lilli Licka. Ich denke, es ist eine sehr große Frage, wie man zur öffentlichen Meinung kommt. Die große Gefahr besteht ja auch darin, damit Schindluder zu treiben. Ich möchte niemanden diskreditieren, aber ich denke, dass diese kleinen Sofortlösungen, die unter anderem auch von Gebietsbetreuungen betrieben werden, oft dazu dienen, schnell eine Scheinlösung für einen Bürger oder eine Bürgerin zu finden, die oder der sich zu Wort gemeldet hat, vielleicht zu Ungunsten einer größeren Gruppe, die das nicht tut. Politiker haben manch-

mal einen Überanspruch auf eine Übersetzung von Bürgerwünschen, und es gibt wenige, wie es im fünften Bezirk eben der Fall ist, die sich trauen, zum Beispiel im St.-Johann-Park den Fußballkäfig, der eine Grundausrüstung ist, tatsächlich auf eine andere Fläche auszuquartieren. Ich denke, dass es auch für den Bezirksvorsteher Wimmer schwieriger gewesen wäre, das zu argumentieren, ohne das Instrument des Wettbewerbs und die damit verbundene Diskussion und Präsentation in der Hand zu haben. Ich möchte damit Frau Vrbancic fragen, wie ihr Standpunkt dazu ist und warum vom Stadtgartenamt nicht öfter die Initiative ausgeht, eine Diskussion über die Qualität der Gestaltung von öffentlichen Freiräumen hervorzurufen, indem verschiedene Projekte beispielsweise in einem Wettbewerbsprozess organisiert werden, ...

RULAND: ... warum Sie diese Wettbewerbsstrategie nicht vermehrt in anderen Bezirken betreiben können. Gibt es keine anderen Strategien, wie sich Parkanlagen oder überhaupt der öffentliche Raum gestalten lassen? Wir hören von Berlin, da gibt es Projekte, Platz, Programm. Gibt es Programme, die Sie von der MA 42 aus initiieren, um die Grünentwicklung in den Bezirken zu fördern.

VRBANCIC: Ich würde liebend gerne Wettbewerbe durchführen, aber Wettbewerbe bedürfen auch einer gewissen Finanzierung. Da das Stadtgartenamt in der unglückseligen Lage ist, keine eigenen Budgetmittel zur Verfügung zu haben, sondern Projekte nur über die Bezirke finanzieren kann, ist die Abwicklung von Wettbewerben ein sehr mühsames Thema. Ich glaube aber, dass man in Zukunft auf jeden Fall die Bürger stärker einbeziehen muss. Wie das Bürgerbeteiligungsverfahren am Yppenplatz gezeigt hat, sind die Bürger sehr reif. Es wäre vielleicht ein Ansatzpunkt – das könnte

von Landschaftsplanern gemeinsam mit den „Grünabteilungen“ der Stadt Wien erfolgen –, die Bürger besser zu informieren, ihnen mehr Beispiele für gute Qualität zu zeigen und so die Begehrlichkeit zu wecken. Dann könnte ich mir vorstellen, dass man all die wunderschönen Sachen, die wir uns alle wünschen, öfter realisieren kann. Ich möchte nur noch eines sagen: Wir haben in den letzten zehn Jahren versucht, 70 bis 80 Prozent der Neuanlagen mit Landschaftsplanern durchzuführen und bei größeren Bauvorhaben wie U-Bahn- oder Garagenbauten die Beiziehung eines Landschaftsplaners zu erreichen, weil wir erstens neue Ideen bekommen wollten und zweitens der Meinung sind, dass es genau dazu diesen Berufsstand gibt. Nur hat unser Berufsstand ein großes Manko, das er noch immer nicht beseitigt hat: Wir haben keine entsprechende Lobby. Ich glaube, das ist etwas, woran wir in Zukunft wirklich arbeiten sollten.

RULAND: Sie sprachen von der Dezentralisierung des Budgets, allerdings ist das in Berlin auch der Fall ...

ZWISCHENRUF

RULAND: ... nicht ganz, wie ich eben höre, wobei die Wettbewerbe und diese Programme nebenher laufen. Es stellt sich die Frage, ob das hier in Wien auch möglich ist.

WIMMER: Ich möchte zwei Dinge auseinander halten: Es gibt auf der einen Seite politische Verantwortung und auf der anderen sachliche Kompetenz. Zur politischen Verantwortung ist es schon nötig zu wissen, woher man kommt. Wäre ich hier Opportunist, dann würde jeder Park auf der einen Seite zu Parkplätzen, weil die gefordert werden, oder auf der anderen Seite wären Parks in Gebieten mit hohem Ausländeranteil unmöglich, denn das müssen Sie politisch durchstehen, dass

sie von einem Teil ihrer politischen Mitbewerber den Vorwurf bekommen: „Ja, der Wimmer macht ja nur die Parks für die Ausländer.“ Das habe ich auszuhalten, und daher stehe ich dazu, dass ich weiß, woher ich komme und warum ich etwas tue. Das ist die politische Seite. Die sachliche Seite liegt woanders. Die liegt dort, wo die Mitarbeit von Spezialisten zuzulassen ist. Wie käme ich mit meiner fachlichen Kompetenz – ich bin Elektrotechniker von Beruf – dazu, dass ich entscheide, wie ein Park auszuschauen hat, der das Spannungsfeld zwischen jenen Menschen, die schon ewig in Margarethen leben, und jenen, die neu dazugekommen sind, bewältigen soll, das Spannungsfeld zwischen Jung und Alt und das Spannungsfeld zwischen Mädchen und Buben. Da sind Sie gefordert, da habe ich Sie zu rufen, da sind Sie die Berater, die mich fachlich fit machen, da sind Sie diejenigen, die sich einem Wettbewerb stellen, in dessen Verlauf wir gemeinsam mit der MA 42 aus dem Idealbild das destillieren, was auch finanzierbar ist, mit allen möglichen Ideen, und – da schließt sich der Kreis zu dem, was ich Schlitzohrigkeit nannte – dass wir da und dort, ohne uns in der Sache dreinreden zu lassen, Geld beschaffen.

SCHÜTZE-SIEFF: Ich wollte keine Frage stellen, ich wollte nur etwas zum Thema Zeithorizont sagen und dabei an Frau Kiefer anschließen. Sie haben den Zeithorizont vom Maßstab abhängig gemacht. Das finde ich ganz interessant. Für mich ist der Wettbewerb für Groß-Berlin von 1910 im Maßstab 1:50.000 ein gutes Beispiel. Dem Maßstab entspricht auch der Zeithorizont, denn das, was damals über Hellersdorf-Marzahn ausgesagt wurde, ist noch heute für einen Großteil der Flächen, insbesondere für das Wuhletal und andere Teile, Realität, bestimmt den Planungshorizont mit und spielt für uns eine Rolle bei der Beantwortung der Frage: „Was wollen wir?“

Also: Maßstabsebene, Zeitebene, das Realisieren von Projekten, aber andererseits auch Konzepte, auch durch die Überlieferung von Traditionen: Das war mit ein Thema bei Frau Kiefer. Weitertragen und Im-Bewusstsein-Haben als Aufgabe für Planung. Das zweite Beispiel ist für mich Hannover im Wiederaufbau nach 1945. Dabei ist ein Projekt vorgelegt worden zur Freilegung der Ufer von Leine und Hime, den zwei Flüssen im Innenstadtbereich. Das Projekt hat vierzig Jahre geruht, und es ist gar nichts passiert, außer, dass es im Gedächtnis geblieben ist. In den letzten Jahren haben die Planer tatsächlich im Zuge von Neubaumaßnahmen begonnen, projektweise, Zug um Zug, diese Planung von 1948 zu realisieren. Das Dritte wäre unser Versuch in Hellersdorf mit dem grünen Stadtplan, den wir zur Bezirksfusion herausgegeben haben. Herr Doktor Niemann hat den sofort an die erste neue Bezirksversammlung zur Orientierung verteilt. Zum Ersten ist das für die Hellersdorfer der erste Plan, in dem sie Marzahn sehen, und zum Zweiten der ersten Plan für die Marzahner, in dem sie Hellersdorf sehen. Ganz zufällig finden sie darin alle unsere Grünflächen und alle unsere Wünsche an die Grünflächen, auch alles das, was wir uns für die Grünflächen so vorstellen. Ich hoffe, dass das entsprechende Wirkungen nach sich zieht.

RULAND: Adlershof war ja ein öffentlicher Park. Vielleicht können Sie, Frau Kiefer, dazu noch Stellung nehmen. Sie haben dort das Grundkonzept erstellt, das jetzt in kleinen Teilen umgesetzt werden soll. Wie haben Sie es vor Ort gelöst, die Mittel aufzubringen, damit das Projekt realisiert werden konnte?

KIEFER: Der Park Adlershof ist einer jener Parks, die zum Großteil aus Ausgleichsmitteln finanziert werden. Ringersherum wird ein Entwicklungs-

gebiet gebaut. Jeder Investor kauft das Grundstück für ein paar Mark pro Quadratmeter mehr, und dieses Geld füllt den Topf für den Park. Das Gleiche gilt für den Park am Potsdamer Platz und für den Hellersdorfer Graben – bei Letzterem war das bloß ein bisschen komplizierter. Wenn man viel baut, muss man Geld für die Grundfläche haben. Das Problem bei Adlershof ist, dass das eine Entwicklungsmaßnahme ist, die über zwanzig Jahre wächst, dass also nicht alle Gelder von vorneherein da sind. Dieses Problem haben wir gelöst, indem wir gesagt haben, wir machen eine Grundstruktur, das heißt die Abgrenzung des Naturschutzgebietes, die Wege und die Vegetation, also auch die Bäume, die in zwanzig Jahren dann schon groß sind: Das alles bauen wir jetzt schon, dafür haben wir die Gelder. Alles andere – also mehr Spiele oder Wasserbecken etc. –, was auch, aber nicht nur durch Ausgleichsmaßnahmen finanziert werden kann, das kommt nach und nach. Das ist diese Füllung in kleinen Stücken, von der wir sagen, dass sie sich wunderbar für private Investoren eignet. Die können dann sagen: „Das kleine Stück da nehme ich mir“, und gleichzeitig fällt der gesamte Park nicht auseinander. Irgendwelche Konzepte, also „private public partnership“ oder verstärkter Kontakt zu den Bürgern, bedeuten auch ein Umdenken beim Entwerfen. Das heißt für mich oft, andere Konzepte zu finden. Ich kann nicht einen Landschaftspark zur einen Hälfte von Bürgern bauen lassen und zur anderen Hälfte von der öffentlichen Hand. Vom ersten Gestaltungsschritt an braucht es Konzepte.

JIRKU: Am Anfang von Johannestal und Adlershof standen der Flächennutzungsplan und das Landschaftsprogramm, das an dieser Stelle einen großen Stadtpark im äußeren Parkring vorsah. Die waren die Vorgabe für alle weiteren Planungsschritte. Es gab erst

einmal einen städtebaulichen Wettbewerb, in dem die Grundfigur gefunden wurde, und dann kam das Verfahren, das Frau Kiefer für sich entscheiden konnte. Dem sind kleinere Wettbewerbe für die einzelnen Kammern gefolgt. Das ist ein Instrument. Zum anderen gibt es in unserem Baugesetzbuch das Instrument des städtebaulichen Entwicklungsgebiets. Ein solches wird in einem ganz normalen Verfahren förmlich festgesetzt, und dann hat man die Möglichkeit, Planungsgewinne, die abgeschöpft werden, für die Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur – dazu gehören auch die Grünflächen – zu verwenden, während der ausgleichende Ersatz immer und bei jedem Grundstück passieren muss – das bedarf keiner besonderen Prozedur. Wir haben eine ganze Reihe von Instrumenten. Man muss immer sehen, wo man was machen kann. Auch für die Innenstadt haben wir uns etwas ausgedacht, das Biotopflächenfaktor heißt. Unter Zuhilfenahme dieses Instrumentariums realisieren wir auch ganz kleine Sachen wie einen Spielplatz mit 3000 Quadratmetern. Das ist für unsere Innenstadtbezirke genauso wichtig wie die großen Parks. Wir hoffen jetzt auch, mit der neuen Ausgleichskonzeption Mittel in jene Innenstadtbezirke zu lenken, in denen nichts gebaut wird, die also keine eigenen Eingriffsmittel erwirtschaften, damit wir dort, wo es möglich ist, im Bestand etwas zu machen, ein Projekt realisieren können. Für die Wettbewerbe verfügen wir über einen eigenen Haushaltstitel, aber auch der ist – wie fast alle Titel des Landes Berlin in den letzten Jahren – von hundert auf zehn Prozent geschrumpft. Wir haben offiziell zwei Millionen und alle möglichen Sondermittel gehabt, für Hauptstadt und Olympia usw.; in manchen Jahren haben wir zehn Millionen umgesetzt. Jetzt haben wir 180.000 Mark für die gleichen Aufgaben. Damit können wir nicht

einmal einen Wettbewerb machen. Auch wir müssen jetzt immer sehen, wie wir eine Kofinanzierung finden, sei es durch den Bund, sei es durch irgendeinen Investor, sei es durch eine Entwicklungsmaßnahme. Das Auftreiben des Geldes ist auf allen Ebenen der Verwaltung zu einem wesentlichen Bestandteil der Arbeit geworden.

PROKSCH: Ich bin vielleicht ein bisschen missverstanden worden. Das ist natürlich falsch: Ich kann nicht die Verantwortung für das Gemeinwohl an den privaten Investor übertragen. Es ist natürlich so, dass die Summe an Einzelprojekten, die ich mit Bauträgern, mit Grundstücksfondsverwaltern, mit Baufirmen und sonstigen Projektbetreibern verwirkliche, nicht ein zusammenhängendes, sinnvolles Ganzes ergibt. Aber ich kann diese übergeordneten Konzeptionen, diesen Grüngürtel, nicht aus öffentlichen Budgets finanzieren. Ich wünsche mir das, und ich fordere es auch. Aber das ist nicht die Realität. Ich kann höchstens wesentliche Teile dieses Grüngürtels in den nächsten Jahren durch geschickte informelle Ausgleichsregelungen finanzieren – ich nenne das immer die „Huckepackthese“ der städtischen Freiraumplanung. Das erfordert ein neues Denken und eröffnet neue Chancen. Ich bin vorher kritisiert worden, weil ich vielleicht zu zufrieden gewirkt habe. Gut, ich bin wieder unzufrieden: Ich fordere auch eine bessere Beschäftigungssituation für die Landschaftsplaner in Wien. Hier ist viel zu fordern, und trotzdem hat sich der Status Quo, wenn ich ihn mit dem Stand von vor zehn Jahren vergleiche, wesentlich geändert. Die Entwicklung geht in die richtige Richtung, wenn wir in der Lage sind, auf diese sich ändernden Rahmenbedingungen flexibel zu reagieren, und nicht glauben, dass wir mit den klassischen Instrumenten unten ankommen, um den Freiraum zu realisieren. Noch eine letzte Randbemerkung. Kollegin

Kiefer hat zu Recht gefragt: „Wo ist die Wiener Landschaftsarchitektur? Wo hört man von ihr?“ Wir haben noch Probleme, auch qualitativ hoch stehende Beispiele herzeigen zu können. Die wenigen guten Beispiele bringen wir nicht hinüber – das liegt vielleicht daran, dass der Calvey Verlag in München und nicht in Wien sitzt und wir uns nicht gut vermarkten. Wir schaffen es nicht einmal in Wien, transparent zu machen, was wir leisten. Hier haben wir Defizite, und hier können wir von Berlin viel lernen. Da müssen wir auch mit mehr Selbstbewusstsein auftreten. Wir können uns sicher zu einem guten Teil, sowohl was die Verwaltung als auch die gebauten Beispiele betrifft, an Berlin orientieren. Und wir müssen vielleicht öfter den Weg gehen, uns anzusehen, was bei Ihnen passiert, auch was bei Ihnen falsch läuft, um daraus zu lernen. Dann müssen wir diesen Weg in Wien weitergehen, bereichert vielleicht um jene Erfahrungen, die es bringt, wenn man öfter über den Tellerrand hinausschaut, was sich international tut, insbesondere auch, was sich in Berlin tut.

RULAND: Das klingt jetzt so, als brächten wir hier in Wien überhaupt nichts zu Stande. Dem möchte ich entgegenhalten, dass es hier doch einiges Interessantes zu betrachten und einige Anstrengungen gibt. Es herrscht hier einfach ein anderes Planungssystem als in Berlin. Aber schlussendlich sollte diese Veranstaltung ja dem Austausch dienen. Dazu muss man sicher erst einmal die unterschiedlichen Systeme kennen.

Ich möchte mich noch einmal für Ihre rege Teilnahme an der Diskussion bedanken und übergebe noch an Herrn Professor Stiles für abschließende Worte.

STILES: Wir haben hier eine spannende Diskussion erlebt. Ich habe mir auch noch ein paar Punkte notiert. Ich

glaube, wenn wir argumentieren, dass die Landschaftsplanung nur dazu da ist, die Landschaftsplaner zu beschäftigen, befinden wir uns auf schwierigem Boden. Dafür bekommen wir auch sicher wenig Unterstützung von der Politik. Die Landschaftsplanung braucht die Gesellschaft, und die Gesellschaft ist letztlich Auftraggeberin für die Landschaftsplaner. Ein anderer Punkt, der mich beeindruckt hat, war der

Begriff „Arkopunktur“, des Planungskonzepts. Da war einiges dabei, von dem wir lernen können. In der nächsten Zeit wird die Entwicklung verstärkt in Richtung punktueller projektbezogener Eingriffe verlaufen. Arkopunktur funktioniert nur, wenn wir als Arkopunkturisten ein Bild vom gesamten Patienten haben beziehungsweise einen Plan, wo wir ihn stechen müssen. Projekte ohne Planung gehen sicher

auch nicht. Wir haben als Planer, Politiker und Gestalter eine gemeinsame Aufgabe: die Öffentlichkeit zu überzeugen, dass Landschaftsplanung für alle wichtig ist. Politiker zahlen die Planung, aber die Öffentlichkeit wählt die Politiker. Daher glaube ich, dass alle zusammenarbeiten müssen, damit die Wertschätzung für unseren Berufsstand erhöht wird. Hoffentlich hat die heutige Veranstaltung dazu beigetragen.

Die Teilnehmer

ORGANISATION, MODERATION, GESTALTUNG:

Richard Stiles Institut für Landschaftsplanung und Gartenkunst, Technische Universität Wien

Gisa Ruland Institut für Landschaftsplanung und Gartenkunst, Technische Universität Wien

Norbert Trolf Institut für Landschaftsplanung und Gartenkunst, Technische Universität Wien

VORTRAGENDE:

Karl Glotter Stadtplanung Wien, Gruppe Grün und Freiraum, Magistratsabteilung 18

Almut Jirku Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Referat für Wettbewerbe und Kunst im öff. Raum, Berlin

Erwin Schneider Gebietsbetreuung für den 6. und 7. Bezirk, Wien

Bernd Schütze Sieff Naturschutz- und Grünflächenamt Hellersdorf, Berlin

Gabriele Kiefer Landschaftsarchitektin, Berlin

Elmar Knippschild Landschaftsarchitekt, Berlin

Jakob Fina Garten und Landschaftsarchitekt, Wien

DISKUTANTEN:

Gisa Ruland Institut für Landschaftsplanung und Gartenkunst, Technische Universität Wien

Almut Jirku Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Referat für Wettbewerbe und Kunst im öff. Raum, Berlin

Kurt Wimmer Bezirksvorsteher Wien-Margareten

Thomas Proksch Landschaftsplaner, Wien

Gabriele Kiefer Landschaftsarchitektin, Berlin

Monika Vrbancic Stadtgartenamt Wien, Magistratsabteilung 42

Heinrich Niemann Bezirksstadtrat, für Gesundheit und ökologische Stadtentwicklung, Hellersdorf, Berlin
